

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnementspreis: 3.00 M., monatlich 1.10 M., wöchentlich 28 Pf., frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1.10 Mark pro Monat. Eingeschrieben in die Postzeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2.00 Mark, für das übrige Ausland 4 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ersteinst täglich.

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Sonntag, den 15. Februar 1914.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

## Die rote Woche.

Die gewaltige Bewegung, die in der roten Märzwoche entfaltet werden soll, hat zwei Ziele: die Stärkung unserer politischen Organisation und das Werben neuer Leser für die Parteipresse. Eins ist so wichtig wie das andere. Doppelt wichtig in einer Zeit, in der die Reaktion aller Schattierungen einsehen will zum vernichtenden Sturm auf die Arbeiterklasse. Täuschen wir uns darüber nicht, die Regierung des Herrn v. Bethmann Hollweg treibt auf den Konflikt zu. Sie muß versuchen, die Bahn freizumachen, um den Zollwucherer weiter ausbauen zu können. Dem steht die starke sozialdemokratische Reichstagsfraktion im Wege. Kann sie schließlich auch eine Erhöhung der Zölle nicht verhindern, so kann sie doch den Zollwuchereien ihr sauberes Geschäft ganz erheblich erschweren. Seit den Januarwahlen von 1912 ist der leitende Gedanke, der die Regierung und ihre Hintermänner bewegt, der: wie kann man sich der roten Hundertundzehn wieder entledigen? Ueber die enormen Schwierigkeiten, die der Lösung gerade dieser Frage entgegenstehen, gibt man sich in Regierungskreisen keiner Täuschung hin. Deshalb auch die unausgesprochenen Mahnungen an die bürgerlichen Parteien, sich wieder zu vertragen, nicht mehr in der offenen Wunde herumzuwühlen, sondern endlich eine geschlossene Phalanx gegen den gemeinsamen Feind, die Sozialdemokratie, zu bilden. Diese Mahnrufe werden ein lebhaftes Echo finden bei der bevorstehenden agrarischen Schausstellung, wie sie ein solches Echo bereits in den Reihen der Scharfmacher ausgelöst haben.

Mit breitem Behagen hat die der Regierung ergebene Presse betont, daß unsere sozialdemokratischen Organisationen da und dort einen Rückgang zu verzeichnen hätten. Die Gegner wollten in ihrer Verblendung darin bereits die Ansätze einer Bewegung sehen, die die Arbeitermassen in das gelbe Lager hinüberführe. In den „Welken“ verneint die Regierung überhaupt eine zuverlässige Truppe gegen die Sozialdemokratie zu haben. Wir sind uns über die Ursachen des Mitgliederverlustes klar, den eine Reihe von Parteiorganisationen erlitten hat — es ist die Krise, die in geradezu erschreckender Weise vorhandene Arbeitslosigkeit. Das Meer derer, die ihrer ganzen Klassenlage nach zu uns gehören, ist so gewaltig groß, daß uns noch ein reiches Gebiet für die Entfaltung fruchtbarer Tätigkeit offen steht. Es gibt Zehntausende von Arbeitern, die es als eine Beleidigung auffassen würden, wenn man an ihrer sozialdemokratischen Gesinnung zweifeln würde, die aber trotzdem keinem sozialdemokratischen Verein angehören. An Ausreden fehlt es ganz gewiß nicht, durchschlagend aber ist keine. Diese Massen sind es, die zunächst einmal zu erfassen sind, denen eine fast sträfliche Trägheit abgewöhnt werden muß.

Gerade in der Frage der Organisation war die Sozialdemokratie bis jetzt stets allen anderen politischen Parteien weit voraus. Das haben unsere Gegner auch stets, wenn auch plägend vor Reid, anerkennen müssen. So schrieb die „Germania“ am 25. Mai 1907:

„Je mehr das öffentliche politische Leben in Deutschland sich entwickelt, um so mehr macht sich das Bedürfnis nach einer festgelegten politischen Organisation geltend. Gerade für die Zentrumspartei ist eine Organisation um so dringender notwendig, als andere Parteien im Laufe der letzten Jahrzehnte bereits zu einer mehr oder minder straffen Organisation, wenigstens für die Wahlen, unter einer einheitlichen Spitze gelangt sind oder wenigstens danach streben, ihre Organisation ins Leben zu rufen oder auszubauen. Die Sozialdemokratie ist, was ihr der Reid lassen muß, in diesem Punkte allen anderen Parteien weit voraus.“

Selbst der miederliche „Reichsbote“ mußte bei der Betrachtung über den Bericht des Parteivorstandes 1909 anerkennend schreiben:

„Diese Zahlen reden eine starke, eindringliche Sprache. So stark, so arbeitskräftig und so reich ist in Deutschland die revolutionäre, den Umsturz von Staat und Gesellschaft erstrebende Partei, die in immer weitere Kreise vordringt. . . . Alles, was heute aus irgend einem Grunde mit feiner Lage unzufrieden ist, wendet sich, wie früher der Fortschrittspartei, jetzt der Sozialdemokratie zu. Nicht bloß die Arbeiter, sondern auch Beamte in Staat und Gemeinde, Lehrer und Professoren, Ärzte und sogar Geistliche gibt es, die der Sozialdemokratie zugeneigt sind, wenn ihre Namen auch nicht in dem Parteiverzeichnis stehen. . . . Dieser Glaube an die sozialdemokratischen Theorien, so verfehlt und trügerisch dieselben auch sind, und nichts weiter als höchstens blutige Revolutionskonflikte, aber keine dauernden friedlichen Zustände hervordringen können, erweckt doch große Strebsamkeit, Arbeitskraft und opferfreudige Begeisterung, und eine ganze Anzahl radikaler intelligenter Akademiker hat der Sozialdemokratie öffentlich oder mehr noch im geheimen ihre Dienste gewidmet.“

Künftige Siege haben zur unbedingten Voraussetzung eine starke Organisation. Die Erkenntnis, die der Arbeiterklasse seit langem eigen ist, ist heute Gemeingut aller bürgerlichen Parteien geworden. Wir sehen sie alle am Werk, sich Organisationen zu schaffen, bestehende Organisationen auszubauen. Das muß an-

spornend und begeisternd auf unsere Freunde wirken, und der sieghafte Gedanke der Organisation muß in der roten Woche selbst in das entgegenste Proletariat getragen werden. Das Resultat muß den Gegnern einen geradezu verblüffenden Beweis dafür bieten, daß sie mit ihrer phantastischen Hoffnung auf einen Rückgang der Sozialdemokratie auf dem Holzwege sind.

## Die Nachwahl in Offenburg-Kehl.

Bei der gestrigen Stichwahl im 7. badischen Reichstagswahlkreise wurde der Zentrumskandidat Professor Dr. Birch-Freiburg mit 1317 Stimmen gewählt. Der nationalliberale Stadtrat Kölsch ist mit 13056 Stimmen in der Minorität geblieben. Damit ist der Kreis, der seit 1890 ununterbrochen im Besitze des Zentrums war und erst bei den Hauptwahlen im Jahre 1912 den Nationalliberalen zufiel, noch einmal vom Zentrum zurückerobert worden. Im ersten Wahlgange am 3. Februar entfielen auf den Zentrums-kandidaten 12259, auf den nationalliberalen Kandidaten 9616 und auf den sozialdemokratischen Kandidaten 3032 Stimmen. Die sozialdemokratischen Stimmen sind entsprechend der Stichwahlparole für den nationalliberalen Kandidaten abgegeben worden. Wenn es trotzdem dem Zentrum noch einmal gelang, den Sieg an seine Fahne zu heften, so hat es diesen Sieg nur der skrupellosen Demagogie zuschreiben, mit der es den Wahlkampf führte. Die Nationalliberalen und die Sozialdemokratie konnten für den Stichwahlkampf nur noch auf ganz geringen Zuwachs ihrer Stimmen rechnen, während das Zentrum in den zurückgebliebenen bauerlichen Bezirken noch verhältnismäßig starke Reserven an die Wahlurne bringen konnte.

## Um die Olympischen Spiele.

Am Sonnabend hat der Reichstag die Beratung des Haushaltsplans für das Reichsamt des Innern beendet. Es war nur noch eine Streitfrage zu beantworten: soll der Reichstag einen Beitrag zu den Kosten der Olympischen Spiele in Berlin leisten?

Der Beitrag beläuft sich auf 200 000 M. Davon hat die Reichsverwaltung bereits 14 000 M. anheretatsmäßig zur Verfügung gestellt. 46 000 M. soll der Reichstag in diesem Jahre und je 70 000 M. in den beiden nächsten Jahren bewilligen. Die Olympischen Spiele umfassen sportliche Vorführungen aller Art, vorgeführt von Sportfreunden aus allen Ländern, um den Sport zu fördern. In früheren Jahren sandten die Olympischen Spiele in den Städten anderer Länder statt. Die nächsten Olympischen Spiele sollen 1916 in Berlin veranstaltet werden.

In der Budgetkommission hatten unsere Genossen, das Zentrum und der Pole den Beitrag abgelehnt. Darüber haben die gegnerischen Parteien ein großes Geschrei erhoben. Zahlreiche Petitionen sind beim Reichstage eingegangen, die die Bewilligung des Beitrages verlangen. Aus diesem Grunde wurde der Ausspruch, die im Plenum zu erwarten war, mit Spannung entgegengesessen.

Genosse Rühle begründete die Stellung unserer Partei. Wir treten jederzeit für die Förderung des Sports ein, soweit er sich in angemessenen Grenzen hält. Daher wären wir gerne bereit, den Beitrag zu bewilligen, wenn uns dies nicht durch den Mißbrauch unmöglich gemacht würde, den die herrschende Klasse in Deutschland mit dem Sport, insbesondere der Turnerei, treibt. Unser Redner schilderte eingehend, wie die Arbeiterturnvereine geschädigt werden, nur weil ihre Mitglieder nicht ihre Gesinnung als klassenbewußte Arbeiter preisgeben. Diese Behandlung der Turnvereine zeigt, daß es der herrschenden Klasse mit der Begeisterung für die Turnerei und die anderen Zweige des Sports gar nicht ernst ist. Und diese Leute wollen sich dem Ausland gegenüber als Förderer des Sports aufspielen! Wenn wir dieses Spiel mitmachen, würden wir die schmachliche Behandlung unserer Turnvereine verdienen, würde uns jedes Gefühl für unsere Ehre, für unsere Gleichberechtigung abgehen.

Gegen diese klare und durchschlagende Begründung konnten unsere Gegner nichts als die allbekanntesten sogenannten nationalen Redensarten vorbringen. Die Wirtschaft im eigenen Lande konnte keiner von ihnen rechtfertigen, wenn auch die meisten sich jedes tadelnden Wortes enthalten. Aber sie beriefen sich darauf, daß es sich um eine Höflichkeit gegenüber dem Auslande handle. Wir mühten uns schämen, wenn wir hier nicht die Ehre unseres Vaterlandes wahren wollten. So in edlem Wetteifer Herr Stöve von den Nationalliberalen, Herr v. Massow von den Konservativen, Herr Bertin von der Reichspartei und Herr Bruhns von der „Wahrheit“. Denselben Ton schlug der Regierungsvertreter, Herr Direktor Dr. Lewald, an.

Der Fortschrittler Müller-Weinigen verurteilte entschieden die Mißhandlung der Arbeiterturnvereine. Aber — für den Beitrag trat er doch ein. Die echte „Staatskunst“ des politischen Philisters: er schimpft, aber bewilligt, was eine hohe Regierung verlangt.

Der Däne Hanssen ergänzte das vom Genossen Rühle gezeichnete Bild der Zustände in Deutschland, indem er die Leidensgeschichte der Turnvereine vortrug, die dänischer — Gesinnung verdächtig sind.

Dann aber rechnete Genosse Heine mit unseren Gegnern gründlich ab. Er wies die Annahme der Leute zurück, die von der Ehre unseres Vaterlandes sprechen, aber kein Verständnis dafür haben, daß die Behandlung unserer Turnvereine und der der Dänen usw. unserem Vaterlande zur Schande gereicht. Er lehnte es nachdrücklich ab, die Verheugung der Völker und die Beerdigung

des eigenen Volkes mitzumachen, die jene Leute „national“ nennen. Wir sind überzeugt, daß wir mit unserem Kampfe für Freiheit und Fortschritt schließlich unserer Nation einen besseren Dienst leisten. Dem Abgeordneten Müller antwortete unserer Redner, daß wir unseren Unterdrückten ein Vertrauensvotum ausstellen würden, wenn wir uns mit Worten begnügten und das Geld bewilligten.

Die Abstimmung wurde vertagt. Vor dieser Aussprache hatte der Reichstag gegen die Stimmen der Konservativen zwei Anträge angenommen, die fordern, daß die Bewilligung gewisser Volksversicherungen besetzt werde. Dann hatte Genosse König Anregungen zu weiteren Maßnahmen gegen den Typhus gegeben und Genosse Brühne hatte gefordert, daß das vom Reich unterstützte Handwerkerblatt auch wirklich belebende Artikel bringe.

Montag beginnt die Justizdebatte.

## Die Wiener Maffia.

Aus Wien wird uns geschrieben: Wieder einmal ist durch einen „Verräter“ in die Welt, wo die christlichsozialen Siege fabriziert werden, ein Bild ermöglicht worden. Diese Weltstadt ist der Zentralwahlkaster der Wiener städtischen Behörde, des Magistrats, wo die Listen für alle Wahlen hergesteuert und zum Nutzen der Christlichsozialen mit ungläublichem Raffinement gefälscht werden. Was man den Wiener Wahlwindel nennt, ist ein systematischer, großzügiger und bis ins kleinste Detail organisierter Rechtsraub: der so umfangreich und so tüchtig durchgeführt ist, daß daran selbst in Wien der Uneingeweihte, also die große Menge, nicht glauben will und wie es dem an Ordnung und Einhaltung gesetzlicher Vorschriften gewöhnten Ausland überhaupt nicht zu veranschaulichen sein wird. Man würde nicht glauben, daß derlei im dunkelsten Galizien möglich ist; es geschieht aber in Wien, in der Hauptstadt und gleichsam unter den Augen der Zentralbehörden!

Die Anlegung der Wählerlisten obliegt in Oesterreich nach dem Geleite dem „Gemeindevorsteher“, also in Wien der Behörde der Stadt, dem Magistrat, der aber zugleich die staatliche (politische) Behörde erster Instanz ist. Nachdem die ganze Macht der Gemeinde in den Händen der Christlichsozialen ist, so natürlich auch der Magistrat; und so haufen sie in der Abteilung für Wahlen wie nur in einem ihrer Wahlkomitees. Schon die Anlegung der Listen geschieht in der denkbar parteiischsten Weise: die Regel ist: daß die den Christlichsozialen gegnerischen Parteien in jedem Wahlbezirk nach Tausenden ausgelassen werden. Unsere Partei hat vor zwei Jahren durch Umfrage bei den reichsdeutschen Parteigenossen die Zahl der in den großen Städten vorgekommenen Einsprüche ermittelt. Daraus hat sich folgendes ergeben: In den 38 größten deutschen Städten, die zusammen 11 1/2 Millionen Einwohner und 26 Millionen Wähler zählen, gab es bei der Reichstagswahl 1912 23 509 Einsprüche gegen die Wählerlisten. In Wien mußten bei den Reichsratswahlen im Jahre 1911 42 087 Reklamationen (wie sie hier heißen) erhoben werden! Wohl hatten davon nur 30 370 Erfolg, aber erstens ist natürlich auch das eine Ungeheuerlichkeit — es fehlte in der Wählerliste jeder zehnte Wähler — und zweitens bedeuten die Abweisungen nur, daß der Wahlberechtigte im Zuge des Reklamationsverfahrens die Wahlrechtsfordernisse nicht bis aufs Haar bewiesen hat; das muß er nämlich selber, die Behörde rührt für ihn keinen Finger!

Nun stelle man sich vor, was das bedeutet, die gesamte Wählerliste, und zwar bei jeder Wahl haarig durchzuprüfen, die gesamte Wählerliste zur Einsichtnahme zu veranlassen, alle Dokumente herbeizuschaffen, mit anderen Worten, die obfichtlichen und tendenziösen Unterlassungen der Behörden aufzumachen! Tatsächlich ist in den vierzehn Tagen, da die Wählerlisten ausliegen, die ganze Partei auf den Beinen, und viele Tausende von Vertrauensmännern müssen Tag und Nacht arbeiten, um den 30 000 bis 40 000 Arbeitern, denen der Magistrat das Wahlrecht stehlen wollte, die Eintragung zu erringen. Wie man dann mit der eigentlichen Wahl-agitation ins Hintertreffen kommt und was schon da an Geldmitteln aufgeht, kann man sich denken.

Und die Dinge werden mit der Zeit nicht etwa besser; ganz im Gegenteil, die Zahl der Reklamationen wächst mit jeder Wahl, die Fehlerhaftigkeit der Listen wird immer ärger: ein durchschlagender Beweis, daß die Mängel in die Listen mit Absicht hineingetragen werden, daß die Auslassung gegnerischer Wähler nach Zehntausenden mit Absicht geschieht!

Freilich kann man wegen dieses Betruges niemanden einsperren: denn die Listen werden ja zum „Brock“ der Einbringung nötiger Reklamationen aufgelegt, und die Mängel gelten in den Verhöhnungen der Rathsherrn lediglich als statistische Tatsache: als die „unvermeidliche Fehlerquelle“! Natürlich wird man in dem gesamten Wahlverfahren nicht eine Spur der Billigkeit finden, und was in einer ausländischen Gemeindeverwaltung als selbstverständlich gilt: daß alle Parteien gleichmäßig behandelt werden, ist in Wien ausgeschlossen, und es zu verlangen und zu erwarten, hieße sich lächerlich machen. In die Wahlkommission entsendend der Bürgermeister ausschließlich christlichsoziale Parteigänger; zu Vorsitzenden der Wahlkommission bestimmt er ausschließlich die rohesten seiner Leute. In Oesterreich gilt der amtliche Stimmzettel, den jeder Wähler mit der Legitimation erhält;

### Die Interfions-Gebühr

Befragt für die sechsmonatige Kolonialzeile oder deren Raum 60 Pf. für politische und gesellschaftliche Berichts- und Besprechungs-Belegungen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das feingedruckte Wort 20 Pf. (zweiwöchige 2-fache Drucke Wortel, jedes weitere Wort 10 Pf. Stellengröße und Schlußzeilenanzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Anzeigebriefe für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.



die Christlichsozialen bekommen zur Wahlagitatio noch extra Zehntausende und können sich den Vorteil leisten, sie bedrücken zu lassen; die Sozialdemokraten kriegen nicht einen. Weil der Magistrat früher den Gegnern nicht einmal eine Abschrift der Wählerliste überlassen wollte — keine Partei bekommt ihrer, soviel sie nur braucht — hat man in der Wahlreform die Bestimmung aufgenommen, daß die Listen gegen Bezahlung verlangt werden können.

Die Wiener Gemeinde läßt sich nun von den Sozialdemokraten für die Wiener Wählerliste 272 Kronen bezahlen! Aber all das sind „nur“ Gemeinheiten; in den letzten Tagen ist es aber bekannt geworden, daß in der städtischen Wahlbehörde dem schamlosesten Wahlbetrug direkt Vorschub geleistet wird! Da Sie in Berlin nun bald Gelegenheit haben werden, die Wiener Herren zu „begrüßen“, und gezwungen sein werden, die schauerhaften Antrudlungen solcher Gelegenheiten zu übersehen, so ist es doch nötig, vor der Berliner Bevölkerung die Wiener Gemeindefuror an einem Exempel darzutun!

In Oesterreich muß sich der Wahlberechtigte bei der Abstimmung mit der für diesen Zweck von der Behörde ausgestellten Legitimation ausweisen. Diese Legitimation ist wohl eine nützliche Einrichtung; indem sie nämlich den Wähler ohne weitere Förmlichkeiten und ausreichend legitimiert; aber in der Atmosphäre der verdammten österreichischen Gefeselosigkeit ist sie zu einem Instrument des frechtlichen Wahlschwindels geworden. Sie machen es nämlich möglich, das Wahlrecht von der Person zu trennen und es gleichsam in einem Stück Papier zu verkörpern; wonach dann nicht die Wähler abstimmen und entscheiden, sondern die Legitimationen, — die man einsammelt und mit denen falsch gewählt werden kann. Die Anhäufung von Legitimationen haben die Christlichsozialen von jeher betrieben und das „Schwarzwählen“ wie sie es nennen, immer getrieben; aber in den Anfängen ihrer Schwindelkünste haben sie sich bescheiden müssen, die Legitimationen bei den indifferenten Wählern abzusammeln, womit noch eine gewisse Miße verbunden und in dem Effekt beschränkt war. Seither ist das „Corriger la fortune“ aber ganz großartig ausgebaut worden. Der Magistrat hat so in jedem Wahlbezirk an tausend Wähler in der Liste, die entweder gar nicht existieren, oder die nicht mehr existieren: die weggezogen oder gestorben oder sonst verschwunden sind. Deren Legitimationen kommen natürlich von der Post als unbestellbar zurück. Am Wahltag nun werden diese „unbestellbaren“ Legitimationen von Beamten veruntrent, das heißt den Christlichsozialen Wahlkomitees ausgefolgt, die dann mit ihnen instruierten Agitatoren wählen schicken! Das nennen sie (es gibt in dieser Partei schon einen ganzen Diebsjargon!) „das Material verarbeiten“! So ein Agitator geht dann oft bis dreihundertmal „wählen“ und dafür, daß er nicht erwischt werde, ist dadurch gesorgt, daß die Vorsitzenden der Wahlkommission auf den Schwindel wohl präpariert sind; es werden mit ihnen nämlich eigene Erkennungszeichen verabrebet! (Zum Beispiel ein Umblegen der Legitimation oder eine bestimmte Art, die Handfläche zu zeigen und so weiter.) Ganz bestimmt wird bei jeder Wahl eine eigene Diebschule gehalten. . . . Das alles hat man ja immer gehört, es ist auch für eine Wahl schon mit allen Einzelheiten bewiesen worden; aber so deutlich wie unlängst hat es die Deffentlichkeit noch nicht gehört. Das kam so: der berüchtigtste dieser Christlichsozialen professionellen Wahlschwindler war durch die ganzen Luengerjahre ein gewisser Guth, der der Form nach Portier im städtischen Gaswerk war, dessen Beschäftigung aber erstens die Bestellung der Claque zu den Christlichsozialen Versammlungen (die aus den städtischen Angehörigen gewonnen wird), dann die Sprengung gegnerischer Versammlungen und vor allem das Wahlfälschen war. Sie mußten den Ehrenmann aber ausschiffen; er kam nämlich in den Verdacht, daß er einmal das „Kofal“, von wo das „Verarbeiten des Materials“ geschah, an die Sozialdemokraten verraten hatte, die dann das Diebesnest richtig auch aushoben; sie konnten ihm also ihre feinen Geheimnisse nicht mehr anvertrauen. Der Mann ist nun zu den Liberalen „übergegangen“ und plaudert jetzt wahrscheinlich mehr für Geld als gute Worte, die Christlichsozialen Erfahrungen aus. Er erschien nun vorige Woche als Zeuge in einem Ehrenbeleidigungsprozesse, der die Möglichkeit dieser Aussage bot, und erzählte dort unter Eid, was er alles für die Christlichsozialen geleistet hat. Aber das muß man wirklich lesen! Also erzählte der Christlichsoziale Wahlschwindler über die Christlichsozialen Wahlen:

Ich war im Jahre 1911, als Dr. Kleinböck für den zweiten Bezirk kandidierte, von den Christlichsozialen als Wahlschwindler bestellt.

Richter: Ich mache Sie aufmerksam, daß Sie sich selbst dadurch einer strafbaren Handlung begünstigen.

Zeuge: Das macht nichts; ich sage die Wahrheit! Ich hätte nicht nur bei dieser, sondern auch bei allen Wahlen für die Christlichsozialen zu arbeiten. Ich wurde vor der Wahl von einem Beamten des magistratischen Bezirksamtes für den II. Bezirk, dessen Namen ich nicht nennen will, da er noch in Diensten des Magistrats steht, in das Amtszimmer Nr. 108 geführt, wo ich den Bezirksrat Boufal, den gewesenen Bezirksvorsteher Jägerberger und den Stadtrat Oppenberger traf, vor denen in einer langen Reihe Schachteln mit unbestellbaren Legitimationen standen. Der Beamte sagte, indem er auf die Legitimationen zeigte: „So, Guth, das ist Ihr Material.“ Ich nahm mir zwei Stöße dieser Legitimationen und in demselben Augenblick gingen die drei Herren hinaus. Ich „verarbeitete“ nun diese Legitimationen. Ich entfernte die Coupons mit den Fehlselationen und schrieb eigenhändig den Namen des betreffenden nicht auffindbaren Wählers auf den Rückseite.

Richter: Das ist doch unglaublich, wessen Sie sich hier selbst beschuldigen! Das ist ja nicht mehr Vergehen gegen das Wahlschutzgesetz, das ist ja Fälschung einer öffentlichen Urkunde.

Zeuge: Die Folgen fürchte ich nicht, ich habe schon mehr um die Christlichsoziale Partei geübt, ich werde auch eine Abstrafung ertragen. Dieses Mandat machte ich mit ungefähr fünfhundert bis achthundert Legitimationen und dann war ich mit Leute an, welche für die un-auffindbaren Wähler die Stimme abgaben. Ein solcher Mann bekam von mir für den Wahltag zehn Kronen. Gegen diesen Lohn mußte er natürlich öfter bei den verschiedenen Sektionen wählen gehen. Einige waren auf diese Weise vierzehn bis sechzehnmal wählen gegangen. Ich kam dabei immer auf meine Rechnung, da ich von der Partei fünfundzwanzigtausend Kronen zur Durchführung dieser Wahl erhalten habe. Es ist nun allerdings vorgekommen, daß

die wirklichen Wähler aufs Bezirksamt kamen und ihre Legitimationen reklamierten. Waren die noch vorhanden, so folgte man sie ihnen aus. Fehlt sie, so verwies man auf den unterschriebenen Rückseite und sagte, man wisse nicht, wo die Legitimation sei. Ich habe es aber wohl gewußt.

Alle Schuldienere wußten von meiner Tätigkeit, daß ich mit falschen Legitimationen nicht bloß selbst wählen ging, sondern auch andere wählen schickte. Das wußten sie von den vertraulichen Sitzungen, die vor den Wahlen stattfanden und an denen auch die Schuldienere teilnahmen. Es wurde ihnen ja bekanntgegeben, daß Guth der „Verarbeiter“ sei. Ich konnte doch nur in Wahllokale gehen, deren Aufsichtsborgane nicht kannten. Ja die Schuldienere waren sogar soweit instruiert, für mich einen Notausgang bereit zu halten, falls ich erfaßt und „aufs Land geschickt“ werden sollte.

Richter: Was heißt das?

Zeuge: Nun, daß ich eingesperrt werden sollte. Der Zeuge weist zwei Pakete von unbestellten Legitimationen vor, die er in der oben geschilderten Weise verwenden sollte.

Richter: Wieso sind Sie heute noch im Besitz dieser Legitimationen? Sie sollten Sie ja verwenden.

Zeuge: Ich wurde von sozialdemokratischen Agitatoren überfallen und dabei wurden mir diese Legitimationen abgenommen.

Richter: Weshalb sind Sie nicht mehr bei der Christlichsozialen Partei?

Zeuge: Ich kam in eine Zwickmühle. Ich erhielt nämlich einerseits vom Parteisekretariat, dessen Präsident Dr. Sejmann (der frühere Christlichsoziale Minister) war, den Auftrag, eine Versammlung in der Volkshalle mit hundert Hand- und fälschlichsten Ordnern zu besetzen, weil es Kunschaf und Führer der Christlichen Selben und Bruder des Birtes; jetzt zur Belohnung niederösterreichischer Landesauschuss) nicht zulassen wollte, daß sein Gegner Kogler in dieser Versammlung spreche. Andererseits wollte der frühere Bürgermeister Dr. Reumayer durchaus, daß diese Versammlung stattfinden und einen ruhigen Verlauf nehme. Durch diese Kollision verlor ich das Vertrauen der Ratschaber und schließlich wurde mir die Pensionierung nahegelegt, da es anlässlich der Wahlen im Jahre 1911 hieß, ich hätte mich um fünfhundert Kronen an Schmeier verkauft.

In der Urteilsbegründung bemerkte der Richter, Landesgerichtsrat Bid, daß die Aussage des Zeugen Guth, die durch die Legitimationen, also gewissermaßen durch ein Aktenmaterial erhärtet worden sei, von solcher Art sei, daß man über derartige Vorgänge einfach sprachlos sei und sich an den Kopf greifen müsse!

Rett, nicht? Und diese Lumpereien geschehen in Wien, und Behörden sind ihre eigentlichen Veranstalter! Da kann man wirklich nur mit dem Richter sagen: man ist sprachlos und greift sich an den Kopf, wie derlei möglich ist. . . .

Wir haben mit der Berichterstattung abschließende einige Tage gewartet, um gleich berichten zu können, was nun die staatlichen Aufsichtsbehörden und was insbesondere die Staatsanwaltschaft getan hat. Das ist bald berichtet: Nichts! Aber rein und gar nichts! Ja, das ist eben das „gemütsliche“ Oesterreich! Nämlich die Christlichsozialen sind beidermaßen eine höchst patriotische und kaiser-treue Partei, ein Ball überdies gegen die umstürzlerische Sozialdemokratie! Wer wird also derart vermessene sein, sich an sie zu wagen. Der würde ja in den Geruch kommen, selber ein Umstürzler zu sein, und jedenfalls würde er dazun, daß er den Wert einer so dynastischen Partei, wie es die Schwarzen und die Schwarzgelben sind, nicht richtig einzuschätzen versteht. Und das könnte ihm zum Beispiel bei dem Thronfolger übel bekommen! Davon nicht zu sprechen, daß es der Regierung die Opposition der Christlichsozialen im Reichsrat einwirtschaften könnte! Da man in Oesterreich nun alles nur aus der politischen Opportunität heraus betrachtet und für Gesetz und Recht von Natur aus die allergrößte Verachtung hegt, so wird man sich wegen der Christlichsozialen Wahlbetrügereien doch nicht politische Verbrießlichkeiten auf den Hals laden! Die kleinen Wahlschwindler mag man strafen; aber den großen und ganz großen Betrug, hinter dem die ganze Christlichsoziale Partei steht, den der Bürgermeister selbst anstiftet und leitet, an den sich zu wagen, wäre gefährlich, und sich die Finger wegen des Respektes vor dem Gesetz zu verbrennen, fällt in dem „gemütslichen“ Oesterreich selbstverständlich seiner Seele ein. . . . Aber wenn die Wiener Ehrenmänner nach Berlin kommen, so werden fortan die Berliner Arbeiter wenigstens wissen, was für seine „Waldower“ da anrücken. . . .

## Um das Koalitionsrecht.

### Ein Staatsanwalt gegen Innungsterror.

Jetzt hat endlich sich ein Staatsanwalt gefunden, der wegen des von uns wiederholt niedriger gebängten expressiven Innungsterrors Anklage erhoben hat, freilich nur auf Grund des § 153 der Gewerbeordnung.

Der Sachverhalt ist kurz folgender: Im Frühjahr 1913 brach in Eberswalde ein Bäckerstreik aus. Eine Anzahl Bäckermeister bewilligten die Forderungen der Bäckergehilfen, darunter auch der zum Lohngebiet gehörige Bäckermeister Margendorff zu Heegermühle bei Eberswalde. Die Zwangsinnung der Bäcker von Eberswalde und Umgegend hatte beschlossen, daß jeder Meister, der die Forderungen der Gehilfen bewillige, 20 Mark Innungsstrafe bezahlen müsse. Obermeister Schäfer von der Zwangsinnung forderte den Meister Margendorff auf, die genannte Innungsstrafe innerhalb 10 Tagen zu bezahlen, worauf auf Veranlassung des Bäckerverbandes Dr. Heinemann die Strafanzeige erstattete. Der Staatsanwalt am Amtsgericht Eberswalde lehnte ein Einschreiten ab, weil die Innungsmitglieder zu Gemeininn und Standesehre durch Strafen angehalten werden dürften. Auf die Beschwerde bei der Staatsanwaltschaft beim Landgericht zu Prenzlau hat jetzt der dortige Erste Staatsanwalt die öffentliche Anklage wegen Vergehens gegen die §§ 152, 153 der Reichsgewerbeordnung erhoben.

Wird der Obermeister Schäfer auch so billig fortkommen wie der Obermeister Fröh Schmidt (Berlin), der 3 Tage Gefängnis erhielt, aber dann begnadigt wurde? Und wird nicht nur wegen § 153 der Gewerbeordnung, sondern auch wegen Erpressungsverfuch Beurteilung erfolgen?

### Das Zentrum zu den Koalitionsrechtsanträgen.

Unsere Feststellung, daß die M.-Gladbacher in der Frage des Koalitionsrechts falsches Spiel trieben (Nr. 34 des „Vorwärts“), hat die Redaktion der „Westdeutschen Arbeiterzeitung“ in Verlegenheit gebracht. Sie wehrt sich nicht anders zu helfen, als durch einen recht plumpen Versuch, die Streitfrage zu verschieben. Sie antwortet (Nr. 7 der „Westdeutschen Arbeiterzeitung“) also:

„. . . Vielleicht sieht uns der „Vorwärts“ demnächst einmal in einem häufig fälschlich gehaltenen Artikel in ruhigem Ton aus einander, daß aus einer Verwirklichung des beantragten Teiles der sozialdemokratischen Anträge den nichtsozialistischen Gewerkschaften keinerlei Gefahren gegenüber den sozialistischen erwachsen können. Dann werden wir uns fälschlich des näheren mit ihm befassen. . . .“

In Nr. 6 nannte die „Westdeutsche Arbeiterzeitung“ die Forderungen der Sozialdemokratie zu weitgehend. Jetzt spricht sie so, als ob die Verwirklichung der sozialdemokratischen Anträge den nichtsozialistischen Gewerkschaften Gefahren bereiten könnten. Welche Gefahren sollten denn aus einer Sicherung des Koalitionsrechts für alle Arbeiter den nichtsozialistischen Gewerkschaften erwachsen können? Schlechterdings keine zwei Forderungen sind es, denen die „Westdeutsche Arbeiterzeitung“ ablehnend gegenübersteht. Im sozialdemokratischen Antrag wird niemals verlangt, daß jede Abrede ausdrücklich als gegen die guten Sitten verstößend zu erklären ist, nach denen der Arbeiter gewissen politische oder soziale Interessen vertretenden Vereinen nicht beitreten darf oder aus ihnen auszutreten hat. Daß eine solche Abrede einen Angriff gegen das Koalitionsrecht jedes Arbeiters darstellt, ist klar und ist auch vom Zentrum im Jahre 1896 bei Gelegenheit der Beratung des Bürgerlichen Gesetzbuches anerkannt. Der sozialdemokratische Antrag ist durch die Erklärung des Staatssekretärs Dr. Debus und den Teil der Praxis erforderlich geworden, die entgegen den bei Beratung des § 138 B.G.B. von den Regierungen und allen Parteien abgegebenen Erklärungen eine solche Abrede als nicht teils gegen die guten Sitten verstößend (§ 138 B.G.B.) erachten. Der zweite Differenzpunkt betrifft die Landarbeiter und die anderen, nicht unter die Gewerbeordnung fallenden Arbeiter und Angestellten, denen das Koalitionsrecht vorenthalten wird. Da hilft kein Deuteln und Drehen: wer den sozialdemokratischen Antrag ablehnt, zeigt, daß er dieser Kategorie von Arbeitern und Angestellten das volle Koalitionsrecht vorenthalten will. Wenn andererseits das Zentrum dies nach dem Rezept der M.-Gladbacher tut, so gefährdet es die Interessen der Christlichen Arbeiter genau so, wie die der freien Gewerkschaften. Das ist ja des Pudels Kern: das Zentrum steht mehr auf der Seite der arbeitereindlichen Junker und Scharfmacher, als auf der der Arbeiter. Daher die verdächtige Stellung der Christenführer unter dem Zentrumsjoch.

### Unternehmerterror schlimmster Art.

In Odenburg legten im vergangenen Sommer die im Zentralverband der Schlächter organisierten Gesellen bei einem Hofschlächtermeister die Arbeit nieder, um eine bessere Vergütung und eine Verkürzung der Arbeitszeit zu erreichen. Darob großes Geschrei gegen den Gesellenterror. Streikbrüche wurden herangeholt und das Bestreben der Gesellen, bessere Arbeitsverhältnisse zu schaffen, wurde vereitelt. Nun setzte aber ein schamloses Treiben der Meister gegen den Zentralverband der Gesellen ein. Das ging schließlich so weit, daß die Innungsmeister ihren Gesellen einen Kebers zur Unterschrift vorlegten, wonach sie erklären sollten, mit dem Zentralverbände nichts zu tun zu haben und nicht dessen Mitglied zu sein. Wer nicht unterschrieb, flog auf die Strafe. Einer unterschrieb nicht! Der Altgeselle Dannemann des Schlächtermeisters Hepp erklärte, er lasse sich sein ihm durch Gesetz gewährtes Recht der Koalition nicht rauben. Dannemann ist ein tüchtiger Geselle. Sein Meister entließ ihn nicht. Jetzt setzte in der Innung in der unerhörtesten Weise die Hepp gegen den Meister ein. Darauf ging Dannemann zum Innungsoberrmeister, erklärte, daß er unterschreiben werde, aber nur durch den Terror gezwungen, er würde nach wie vor Mitglied des Verbandes bleiben. Auf eine solche Unterschift verzichtete die Innung. Sie forderte erneut energisch die Entlassung des Gesellen und schloß den Meister Hepp, als er das ablehnte, aus der Innung aus.

So terrorisiert das nach Streikbrocherichung schreiende Unternehmertum. Der Staatsanwalt ist noch nicht gegen die Meister eingeschritten; ein Karr, der darauf warten würde. Das Wort: „Schwerste Strafe dem, der andere an freiwilliger Arbeit hindert“, gilt auch im liberalen Odenburg nur für Arbeiter!

## Politische Uebersicht.

### Abgeordnetenhaus.

Aus der Generaldebatte zum Etat des Ministeriums des Innern waren die Anträge des Zentrums betr. Uebernahme der Fürsorge für die gemeingefährlichen Geisteskranken auf den Staat und der Sozialdemokraten betr. Regelung des Jrenzrechts ausgeschieden. Diese Anträge, die am Sonnabend gesondert beraten wurden, fanden auf allen Seiten des Hauses Zustimmung, nur Herr v. Dallwitz will nichts davon wissen. Er und mit ihm die Regierung steht der Frage, die der Zentrumsantrag regeln will, nach wie vor ablehnend gegenüber. Die Frage der Regelung des Jrenzrechts, deren Notwendigkeit Genosse Liebknecht überzeugend nachwies, ist für die Regierung noch nicht spruchreif. Inbes hat sich das Abgeordnetenhaus im vorigen Jahre nach eingehender Kommissionsberatung einstimmig für die schon damals von sozialdemokratischer Seite beantragte Regelung des Jrenzrechts ausgesprochen; aber die Erwägungen zwischen den beteiligten Ressortministern schweben noch. Immerhin ist es schon ein Erfolg unserer Fraktion, daß der Minister des Innern sich wenigstens mit dem Justizminister in Verbindung gesetzt hat. Aber etwas größere Eile könnte nicht schaden.

Die Abstimmung über die Anträge wurde ausgesetzt, und die Debatte wandte sich zur nord-schleswigschen Frage. Wie den Parlamenten das Vorgehen gegen die Polen, so ist ihren scharfmacherischen Brüdern in der Nordmark das Vorgehen gegen die Dänen noch nicht schmeidig genug. Zwar hat sich die Regierung durch ihre Politik vor aller Welt lächerlich gemacht, aber den Johannsen (H.), Schifferer (nall.) und Konsorten genügt das noch nicht; nach ihrer Meinung zeigt sie den Dänen gegenüber noch allzu viel Nachgiebigkeit. Obwohl die gerechten Klagen des Dänen Rissen ein beschämendes Bild von der in Nord-schleswig geübten Gewaltpolitik gaben, obwohl Herr Rissen für jeden objektiven Denkenden überzeugend nachwies, wie in Schleswig-Holstein das Vereins- und Versammlungsrecht außer Kraft gesetzt ist, verlangen die unentwegten Dänenstetser einen scharferen Kurs, und Herr v. Dallwitz hatte alle Mühe, die Regierung ob ihrer zu „milden“ Behandlung der Dänen zu verteidigen. Fürwahr, die Nachhater Preußens verstehen es vortrefflich, den neu gewonnenen Brüdern das preuhische Vaterland angenehm und begehrendwert zu machen. Am Montag wird die Debatte fortgesetzt.

### Die verteuernde Wirkung der deutschen Zollpolitik

tritt am augenscheinlichsten zutage bei dem sogenannten Grenzverkehr. Das Zollgesetz gestattet bekanntlich, kleinere Mengen Lebens- und Genußmittel in den Grenzbezirken zollfrei einzuführen. Von dieser Bestimmung wird besonders an der Schweizer Grenze ein außerordentlich umfangreicher Gebrauch gemacht; natürlicherweise nur deshalb, weil in der Schweiz die Lebensmittel sehr erheblich billiger sind als innerhalb der deutschen Grenzpfähle. Die Stadt Konstanz registriert in ihrer städtischen Statistik regelmäßig den Umfang dieses Grenzverkehrs. Es werden von der Stadt als Legitimationen den Zollbeamten gegenüber Protokarten ausgegeben, gegen eine Gebühr von 30 Pf. Die Karten haben ein volles Jahr Gültigkeit. Im Jahre 1911 wurden in Konstanz 8800, 1912 4087 und 1913 bis zum August 4100 Protokarten gelöst, so daß die Zahl im Jahre 1913 wahrscheinlich 5000 überstieg hat. Wenn man bedenkt, daß Konstanz nur 5800 Haushaltungen zählt, so ergibt sich, daß alle Schichten der Bevölkerung sich diesen billigen Grenzverkehr



zumake machen. — Nicht zum wenigsten auch die in Konstanz vertretenen Zentrumskreise, deren politische Vertretung die Lebensmittelpolitik im wesentlichen auf dem Gewissen hat.

Das Konstanzer Statistische Amt hat, um ein Bild über den Umfang des kleinen Grenzverkehrs zu bekommen, Stichproben gemacht. Danach wurden im April vorigen Jahres an drei Tagen und an drei Zollstellen von 4227 Personen 1014 Kilogramm Mehl und 8310 Kilogramm Brot eingeführt; die durchschnittliche Einfuhr von Brot aus der Schweiz nach Konstanz wird auf 3500 Kilogramm täglich geschätzt.

Diese starke Inanspruchnahme des kleinen Grenzverkehrs wird verursacht durch die Preisunterschiede. In Konstanz kostet das Kilogramm Weißbrot 22 Pf., in der Schweiz 27 Pf., also ein Preisunterschied von 5 Pf. Schwarzbrot kostet in Konstanz 20 Pf., in der Schweiz 23 Pf. und eine etwas geringere Sorte gar nur 20 Pf. Mehl kostet in Konstanz 23—24 Pf. das Pfund, in der Schweiz dieselben Sorten 18—20 Pf. Dabei aber ist es haben wie drüben deutsches Mehl, das verkauft und verbraucht wird. Die Ausfuhrprämie, die dem deutschen Agrarier gezahlt wird, gestattet den Schweizern, billigeres Brot und Mehl an die deutschen Grenzbevölkerung abzugeben.

Ähnliche Preisunterschiede sind auch bei anderen Lebensmitteln festzustellen. Salz aus deutschen Salinen kostet in der Schweiz 1/2 Pfund 5 Pf., in Konstanz 7 1/2 Pf. Ähnlich verhält es sich bei Zucker, Reis, Gerste, Erbsen, Grieß, Schokolade, Kaffee, Rindfleisch und ganz besonders bei Zigarren. An Markttagen können auch frische Gemüse zollfrei eingeführt werden. Die Summe, die für Brot und Lebensmittel alljährlich in die Schweiz getragen wird, beträgt nach oberflächlicher Schätzung 75 000 M., wozu noch 75 000 M. für die Einfuhr von Milch aus der Schweiz kommen.

Treffender als durch diese Zahlen kann wohl die Behauptung, die Öffnung der Grenzen hätte keinen Wert, nicht widerlegt werden. Man darf nur ausrechnen, was z. B. eine fünfköpfige Familie allein an Ausgaben für Brot, das sie aus der Schweiz beziehen kann, spart, um ermessen zu können, in welcher Höhe der Brotwucher das deutsche Volk belastet.

### Amtliches Wahlergebnis in Jerichow.

Bei der Reichstagswahl im Wahlkreis Magdeburg 8 (Jerichow I und II) am 10. d. Mts. wurden 31 692 gültige Stimmen abgegeben. Davon erhielten Rittergutsbesitzer Schiele-Schollene (L.) 12 080, Fleischermeister Nobell-Magdeburg (fortschr. Sp.) 8911 und Expedient Haupt-Magdeburg (Soz.) 12 084 Stimmen. Zerplittert waren 8 Stimmen.

### Militärischer Waffengebrauch.

In der gestrigen Sitzung des bairischen Abgeordnetenhauses erklärte der Minister des Innern auf die Frage des Abgeordneten Segig über den militärischen Waffengebrauch, daß eine Aenderung der betreffenden bayerischen Bestimmungen nicht beabsichtigt sei. Von geplanten Verhandlungen der Bundesstaatslichen Kriegsminister sei ihm nichts bekannt.

### Aufsichtsratsposten als Belohnungen für nationalliberale Politiker.

Der aus der nationalliberalen Reichstagsfraktion ausgeschlossene Abgeordnete Hestermann ist von Hehl zu Dornheim mit offenen Armen aufgenommen worden. Er benützt jetzt das unter Hehl's Einfluß erscheinende Blatt zu allerlei „Enthüllungen über den liberalen Bauernbund“. Er schreibt:

„Wenn finanzielle Interessen mich geleitet hätten, dann hätte ich auf Herrn Bachhoff hören müssen, der mir und auch Herrn Dr. Böhme gelegentlich in meinem Beisein folgende Politik empfahl: Da meine Reden im Reichstag die Geldgeber des Bauernbundes verstimmt hätten und wie kein Geld von den Rechtsnationalen zum Bauernbund fließen würde, käme der Bauernbund durch mich in schwierige Geldverhältnisse. Ich könnte ein großer Mann werden, wenn ich nur im Reichstag die Rechte angriffe und nach links hin einige Lebenswürdigkeiten jagte. Dann würde ich durch die nationalliberale Partei Aufsichtsratsposten erhalten und eine glänzende Stellung. In Gegenwart von Herrn Dr. Böhme sagte mir Herr Bachhoff auch: Sie und Herr Dr. Böhme müßten fürs erste Ihren Antise mit dem Bauernbund ablegen. Wenn wir erst im Bauernbund auf selbständigen Füßen stehen, brauchen wir keine Rücksicht darauf zu nehmen. Auch erwähnte Herr Bachhoff, daß wir mit Rücksicht auf die Bauern für einen Abzug des Grenzzolles eintreten müßten. Aus diesem Grunde hat auch wohl Herr Dr. Böhme, der bei den jetzigen billigen Getreide- und Getreidepreisen den Abzug des Grenzzolles nicht befürworten konnte, auf die Herabsetzung des Randzolles hingewiesen.“

### Ein bayerisches Musterstatut zur Arbeitslosenversicherung.

Der bayerische Städtetag hat beschlossen, ein Musterstatut über die Frage der Arbeitslosenversicherung auszuarbeiten und dieses den einzelnen Städten zur Entscheidung zu unterbreiten. — Ein Musterstatut fehlt es nicht, sondern an dem Willen, endlich mit der praktischen Durchführung Ernst zu machen.

### Die schwedische Verfassungskrise.

Stockholm, 13. Februar. (Eig. Ber.) Die Ministerkrise hält an, und einstweilen ist noch keine Aussicht zu einer Beilegung vorhanden. Ein rechtsliberales Ministerium De Geer kommt nicht zustande, weil Mitglieder der liberalen Fraktion nicht zu gewinnen sind. Auch innerhalb der Bureaucratie ist, soweit diese liberal ist, keine Neigung vorhanden, dem persönlichen Regiment aus der Tasche zu helfen. Es scheidet übrigens auch durch, daß selbst am Hofe keine Einigkeit besteht, daß vielmehr sowohl der Kronprinz als höhere Hofbeamte den König seinerzeit warnen, jene Brückung der Regierung vorzunehmen, die in seiner Rede vor den Bauern enthalten war und die die Verfassungskrise einleitete. Aber der König steht vollständig unter dem Einfluß der Königin und der Militärkommandanten, die den Krieg gegen die Demokratie führen. Jetzt erst sieht man die Sadgaffe, in die man die Dynastie gebracht hat, und aus der kaum ein anderer Weg als die Unterwerfung herausführt.

Die Reichstagsmehrheit ist jedenfalls entschlossen, zur Lösung der Verfassungskrise keine Mittel für irgendeinen Zweck zu bewilligen. Davon ist auch der König unterrichtet. Hat die Dynastie den Kampf gegen die verfassungsmäßigen Grundgesetze der Regierung, die Konstitution, begonnen, so muß dieser Kampf durchgefochten werden. Das ist die allgemeine Auffassung im liberalen wie im sozialdemokratischen Lager.

Das einzig Sichere ist die nahe bevorstehende Reichstagsauflösung. Allgemein wird mit einem baldigen Wahlkampf gerechnet. Kommt ein konservatives Ministerium zustande, so muß die Reichstagsauflösung erfolgen, weil die Konservativen die Minderheit im Reichstag sind, keine Mehrheit also bilden können. Sie werden daher versuchen, durch

Neuwahlen mit Hilfe des Ruffensjähres eine Mehrheit zu erzielen. Das ist leichter gesagt als getan. Denn das Proportionalwahlrecht wirkt hinsichtlich Mehrheitsveränderungen sehr konservativ. Es ist sehr schwer, eine andere Zusammensetzung der Kammer zu erzielen, sofern nicht eine Partei Stimmen in größerem Maße verliert, was nicht anzunehmen ist.

Einem Geschäftministerium bleibt auch nichts als Neuwahlen übrig.

Stockholm, 14. Februar. Auf erneute Aufforderung seitens des Königs hat Landeshauptmann Hammarström heute versprochen, die Bildung eines neuen Ministeriums zu versuchen. Der König hat heute einen Staatsrat abgehalten.

## Frankreich.

### Die Soldatenerkrankungen.

Paris, 14. Februar. Gegen Ende der gestrigen Kammer Sitzung ergriff Ministerpräsident Doumergue das Wort. Ueberall, wo Fehler gemacht worden seien, habe die Regierung bereits Gegenmaßnahmen ergriffen, die sie fortsetzen werde. Die Regierung werde sich jedoch nicht auf Mandate einlassen, die darin beständen, sich der Soldaten zu politischen Zwecken zu bedienen und die Abstimmung über das Budget hinauszuschieben. Doumergue forderte, die Kammer solle am Montag in der Abstimmung über das Budget fortfahren und der Regierung ihr Vertrauen aussprechen. Ein Antrag Reinach, die Beratung der Interpellation über den Gesundheitszustand der Soldaten am Montag fortzusetzen, wurde mit 353 gegen 150 Stimmen nach lebhafter Diskussion abgelehnt. Die Besprechung der Interpellation wird am Freitag fortgesetzt werden.

## Belgien.

### Ein Gesetz für billige Wohnungen.

Brüssel, 13. Februar. (Eig. Ber.) Die belgische Kammer beschäftigt sich augenblicklich mit der Beratung eines Gesetzes für billige Wohnungen. Das Gesetz hat wie manches andere soziale Gesetz der Merkmalen einen schönen Titel, aber es bleibt dem wirklichen Problem der Wohnungsfrage für das große Heer der Bedürftigen vom Leibe. Wie das frühere, aus dem Jahre 1889 stammende Gesetz wird es wieder nur einer verhältnismäßig geringen Gruppe von besser gestellten Arbeitern und kleinen Leuten zugute kommen und die schlechtesten, die große Zahl derer, die am meisten unter den heutigen Wohnungsverhältnissen leiden, bleibt in der alten Misere. Gleichfalls ist das Gesetz der Anfang wenigstens auf einem Wege zur Hebung des Wohnungselends in der heutigen Gesellschaft.

Das Gesetz, dem in der Hauptidee Vorschläge des verstorbenen Hector Denis zugrunde liegen, schlägt die Gründung einer Aktiengesellschaft, genannt „Nationalgesellschaft für billige Wohnungen“, vor, an der sich der Staat, die Provinzen und die genehmigten regionalen und lokalen Gesellschaften beteiligen sollen. Der Staat beteiligt sich mit einem Kapital von hundert Millionen an der Gesellschaft. Ein Anrecht auf die Ausnutzung des Gesetzes haben Arbeiter im allgemeinen und Angehörige mit einem bestimmten, vom Staat festzusetzenden Maximalerwerb. — In der Diskussion schlug Vandervelde vor, daß sich der Staat außer den vorgesehenen 100 Millionen noch mit 25 Millionen beteiligen soll, um dem Gesetz auch eine Wirkung auf ärmere Schichten der Bevölkerung zu sichern.

## Griechenland.

### Die Inselfrage.

Athen, 14. Februar. Die Gesandten der Großmächte überreichten heute der griechischen Regierung die Kollektivnote betreffend die Ägäischen Inseln und die Grenze Süd-Albanien. In der Note heißt es: Die sechs Großmächte beschließen, Griechenland die von ihm besetzten Inseln mit Ausnahme von Tenedos, Imbros und Kastellorizo zu überlassen. Von der griechischen Regierung wurden genügende Garantien für die Nichtverwendung der Inseln zu Flotten- und militärischen Zwecken, sowie für die muslimischen Minoritäten verlangt. Die Zuweisung der Inseln an Griechenland wird erst dann endgültig sein, wenn die griechischen Truppen das Albanien zugehörige Gebiet geräumt haben werden. Die griechische Regierung wird aufgefordert, keinen Widerstand zu leisten und weder direkt noch indirekt den Widerstand der Epitoten zu ermutigen. Die Räumung wird mit Koriza beginnen und bis zum 31. März beendet sein müssen.

## Japan.

### Ein Versteckungsprozess wird eingeleitet.

Tokio, 14. Februar. Im Oberhause gab heute der Marineminister in Beantwortung von Interpellationen über die Versteckungsfälle in der Marine zu, daß bereits genug belastende Tatsache zutage gefördert worden seien, um die Ueberweisung der Angelegenheit vor ein Kriegsgericht nötig zu machen.

## Aus der Partei.

### Die Abonnentenversicherung der „Münchener Post“.

Mehreren Zuschriften aus München entnehmen wir, daß auch unter den Münchener Parteigenossen eine große Mißstimmung wegen der Einführung der Abonnentenversicherung herrscht. Besonders unzufrieden ist man darüber, daß der entscheidende Beschluß vom Gesamtanstand und der Prekommission gefaßt worden ist, ohne daß der Generalversammlung des Wahlvereins Gelegenheit gegeben wurde, dazu Stellung zu nehmen.

Unser Münchener Parteiblatt, die „Frankische Tagespost“, schreibt zu der unerfreulichen Angelegenheit: „Wir würden es unangenehm empfinden, wenn irgend ein Blatt behaupten wollte, daß nun die bayerische Sozialdemokratie oder die bayerische Parteipresse im Gegensatz zu der übrigen sozialdemokratischen Partei und Presse für die Abonnentenversicherung wäre. Um auch diesen Mißdeutungen die Spitze abzubrechen, stellen wir fest, daß die Abonnentenversicherung eine ausschließlich Spezialität der „Münchener Post“ in der Sozialdemokratie ist.“

### Gemeindevorwahl.

Bei der Gemeindevorwahl in Penzig (O.S.) wurden trotz der größten Anstrengungen der Gegner die beiden sozialdemokratischen Kandidaten gewählt. Unsere Genossen erhielten 265 und 268, die Gegner 194 und 196 Stimmen.

Personalien der Parteipresse. Zum Redakteur für den gewerkschaftlichen Teil der „Dresdener Volkszeitung“ wurde an Stelle des durch den Tod abgegangenen Genossen Gustav Niem Genosse Paul Barthel in Friedrichshagen bei Berlin, seither Redakteur der „Graphischen Presse“, gewählt.

## Die christlichen Gewerkschaften im Joch.

Die „Kölnische Volkszeitung“ veröffentlicht eine Kundgebung der am Freitag in Köln versammelten Bischöfe an die Geistlichen ihrer Diözesen, die von dem Erzbischof von Köln, den Bischöfen von Trier, Osnabrück, Hildesheim, Baderborn und Münster unterzeichnet ist. Die Kundgebung lautet:

Die Oberhirten der niederrheinischen Kirchenprovinz und der ihr angeschlossenen Diözesen halten es angeht der zeitig in weiten Kreisen des katholischen Volkes, namentlich in den großen Industriezentren ihrer Sprengel, hinsichtlich der gewerkschaftlichen Organisation entstandenen Beunruhigungen für zweckmäßig, die Grundzüge für die Haltung der Mitglieder katholischer Arbeitervereine und der katholischen Arbeiter überhaupt in Erinnerung zu bringen. Auf dem Grundsatze der katholischen Kirche stehend, daß die soziale Frage in erster Linie eine sittlich-religiöse Frage war, ist und bleibt, wird betont, daß auch bei Angelegenheiten, die als „rein wirtschaftliche“ bezeichnet werden, oft sittliche Pflichten mit berührt und sittlich-religiöse Interessen häufig sehr in Mitleidenschaft gezogen werden. Zur Verknüpfung der sittlichen Normen dieser Interessen und zur Aufrechterhaltung über die Haltung der Katholiken in dieser Hinsicht, zur Abwehr von Gefahren, die der sittlichen Auffassung und Haltung erwachsen können, sind der Heilige Vater und mit ihm die vereinigten Bischöfe zuständig und verpflichtet. Aus dieser Stellung des kirchlichen Hirtenamts folgt dessen treue und autoritative Wachsamkeit über den Anschluß der katholischen Christen an Vereinigungen. Diese Wachsamkeit sei nötig zur Wahrung von Interessen religiöser und sittlicher Natur.

Die Kundgebung geht dann auf die päpstliche Enzyklika Singulari quadam vom 24. September 1912 ein, die nach sorgfältigster Prüfung der Angelegenheit und nach Einholung gutachtlicher Äußerungen aller einzelnen deutschen Bischöfe erlassen worden sei, und sagt dann weiter: Daß die katholische Kirche nach den in dieser Enzyklika dargelegten Grundzügen in erster Linie ihre Empfehlung und Förderung rein katholischen Vereinen zuwenden muß, ergibt sich aus der dargelegten Aufgabe des kirchlichen Hirtenamts. Demgemäß wenden auch die Oberhirten der Diözesen Deutschlands ausnahmslos ihre Liebe und Unterstützung den katholischen Ständevereinen, insbesondere den katholischen Arbeitervereinen zu, weil diese Vereine sowohl durch Zusammenziehung und Satzungen, wie durch ihren engeren Anschluß an die kirchliche Autorität am ehesten Gewähr dafür bieten, daß die katholischen Grundzüge voll zur Geltung kommen. Wo die katholischen Arbeitervereine, die zugleich den gewerkschaftlichen Interessen der arbeitenden Klassen dienen, mit einem zum Schutze der wirtschaftlichen Interessen genügenden Erfolg eingeführt sind oder friedlich eingeführt werden können, wäre es in keiner Weise zu billigen, daß katholische Arbeiter sich interkonfessionellen Gewerkschaften anschließen. Wo dies nicht der Fall ist, hat der Heilige Stuhl in wohlwollender Berücksichtigung der örtlichen und der allgemeinen Verhältnisse die Verbündung und die Erlaubnis der Mitgliedschaft von Katholiken bei den in Deutschland bestehenden christlichen Gewerkschaften unter jenen besonderen Vorbehaltswahregeln ausgesprochen, die der Stellung und der Pflicht des kirchlichen Amtes entsprechen und daher jedem Katholiken als durch die Umstände geboten erscheinen müssen.

Diese Vorbehaltswahregeln sind folgende: An erster Stelle ist dafür zu sorgen, daß katholische Arbeiter, welche Mitglieder solcher Gewerkschaften sind, zugleich den katholischen Arbeitervereinen angehören. Ferner müssen die Gewerkschaften, damit ihnen Katholiken beitreten können, sich von allem fernhalten, was grundsätzlich oder tatsächlich mit den Lehren und Geboten der Kirche, wie mit den Vorschriften der zuständigen kirchlichen Obrigkeit nicht im Einklang steht. Auch dürfen katholische Mitglieder, die Gewerkschaften angehören, niemals zulassen, daß dieselben, in Sorge für die weltlichen Angelegenheiten der Mitglieder, sich durch Wort oder Tat irgendwie mit den vom obersten kirchlichen Lehramt verfaßten Vorschriften in Widerspruch setzen. Die Kundgebung erkennt weiter an, daß dieselbe höchste Autorität, die solche Normen aufgestellt hat, zu deren authentischer Auslegung allein zuständig ist. Die Aufhebung darüber, ob die Organisation sich in Widerspruch mit dem Sittengesetz der katholischen Kirche setzt, hat sich der Heilige Stuhl vorbehalten. Diese Frage soll daher nicht Gegenstand der Polemik seitens katholischer Kreise werden. Indem die Kundgebung alle Beteiligten ermahnt, für die Beobachtung der dargelegten Grundzüge tätig zu sein, versichert sie, daß der Heilige Vater sowohl wie die Unterzeichneten für ihre vielfachen Räte und Beibringnisse das wolle Verständnis und die innigste Teilnahme haben.

Die Bischofskonferenz war zu dem Zweck einberufen worden, eine Klarstellung in der Frage der Enzyklika Singulari quadam herbeizuführen und zugleich eine Verübung des christlichen Gewerkschaftsrechts zu schaffen. Der Erfolg dürfte aber nicht erreicht sein, wenn man nicht etwa annehmen sollte, daß die christlichen Gewerkschaften sich, ohne zu mühen, unter dieses Joch beugen werden.

## Letzte Nachrichten.

### Ein Nachspiel zur Zabernaffäre.

Strasburg, 14. Februar. Der „Elsässer“ verbreitet die Nachricht, daß dem Schuhmacher Blank 150 M. Schmerzensgeld angeboten worden wären, wenn er von einer Klage gegen den Leutnant von Forstner abstehe. Weiter verriet, daß der Vater des Schuhmachers Blank in Dettweiler gegen alle Zeittungen Strafantrag stellte, die die von früheren Soldaten des 90. Infanterie-Regiments aufgestellten Behauptungen betr. des feindseligen Verhaltens, das Blank dem Militär gegenüber an den Tag gelegt haben soll, verbreitet haben. Die gerichtliche Verfolgung ist bereits in vollem Gange.

### Der Tarifkampf der österreichischen Buchdrucker beendet.

Wien, 14. Februar. (W. T. B.) Die in das Handelsministerium einberufene große Tarifkommission der österreichischen Buchdrucker hat ihre Beratungen, an welchen in Vertretung des Deutschen Tarifamts der Geschäftsführer Schliebs teilnahm, beendet, während zahlreiche Fragen, über die eine Einigung zwischen den Parteien nicht erzielt werden konnte, vom Schiedsrichter Seltschick Malaja, dem sich der Präsident der deutschen Tarifgemeinschaft, Kommerzienrat Bügenstein, zur Verfügung stellte, teils durch Vergleich, teils durch Schiedspruch erledigt wurden. Damit ist der Tarifkonflikt im Buchdruckgewerbe vollständig erledigt; die Wiederaufnahme der Arbeit wird vom 16. Februar ab erfolgen.





# Persil

Der grosse Erfolg!

Das selbsttätige **Waschmittel**

## Trotz

der allgemeinen Verbreitung von Persil gibt es immer noch Hausfrauen, die die hervorragenden Eigenschaften dieses selbsttätigen Waschmittels nicht voll auszunutzen verstehen.

Mühelos, einfach, schnell und billig

bei grösster Schonung des Gewebes wäscht man mit Persil nach folgender

## Gebrauchs-Anweisung:

### Für Weisswäsche

löst man Persil in kaltem Wasser durch Umrühren im Kessel auf, legt die Wäsche in die kalte Lauge, bringt sie langsam zum Kochen und läßt sie nur einmal  $\frac{1}{4}$ — $\frac{1}{2}$  Stunde unter zeitweiligem Umrühren kochen. Nach dem Kochen bleibt die Wäsche einige Zeit in der Lauge stehen und wird dann einigemal in klarem, möglichst warmem bis heißem Wasser sorgfältig ausgespült.

Jede Zutat von Seife, Seifenpulver oder anderen Waschmitteln ist unbedingt zu vermeiden, da diese die selbsttätige Wirkung von Persil nur beeinträchtigen und dessen Gebrauch unnütz verteuern!

Zu empfehlen ist ein Einweichen der Wäsche in Henkel's Bleich-Soda.

! Alle Schmutz-, Staub-, Schweiß-, Fett-, Kakao-, Tee-, Blut-, Tinten-, ja auch Obstflecken verschwinden; die Wäsche wird vollkommen rein und blendend weiss, wie auf dem Rasen gebleicht. !

### Für Wollwäsche

wird Persil nicht in kaltem, sondern handwarmem Wasser (35° C.) aufgelöst und die Wäsche darin etwa  $\frac{1}{4}$  Stunde geschwenkt (also nicht gekocht!). Besondere Schmutzstellen reibt man leicht über der Hand nach. Nach gutem, wiederholtem Ausspülen wird die Wäsche ausgedrückt, nicht ausgewrungen! Das Trocknen darf an nicht zu heissen Orten, auch nicht unmittelbar an der Sonne geschehen. Gestrickte Sachen sind nach Möglichkeit liegend zu trocknen.

! Nach solchem Waschen mit Persil wird die Wolle nie filzig, sondern bleibt locker und griffig, Krankenwäsche wird gleichzeitig völlig frei von Krankheitskeimen, da Persil nach wissenschaftlichen Feststellungen stark bakterientötend wirkt und zwar schon in handwarmer Lauge. !

Machen auch Sie einen Versuch; denn

so waschen Millionen Hausfrauen  
seit Jahren mit bestem Erfolg und schonen dabei ihre Wäsche.

Überall erhältlich, niemals lose, nur in Original-Paketen.

HENKEL & Cie. DÜSSELDORF. Alleinige Fabrikanten auch des allbeliebten Wasch- und Reinigungsmittels:

# Henkel's Bleich-Soda.

Brendamour-Simbol



Die heutigen Kaufmannsgerichtswahlen

finden in der Zeit von 10 bis 3 Uhr statt. Da die Wahlen nach dem Verhältniswahlssystem stattfinden, kommt es auf jede Stimme an! Deshalb bleibe kein Wahlberechtigter der Wahl fern! Jeder aufgeklärte Handlungsgeselle wählt nur die Liste 2

des Zentralverbandes der Handlungsgesellen. Nur diese Liste gibt die Gewähr für eine wirklich objektive Rechtsprechung.

Handlungsgesellen! Wählt heute Liste 2. Die Wahl ist geheim.

Gewerkschaftliches.

Keiling preussischer Polizeispitzel?

Aus Bodenbach wird berichtet: Der Nordbube Keiling ist am 10. d. M. in aller Eile geschlossen mittels eines Fiakers zum Leitmeritzer Bahnhof und von dort ins Leitmeritzer Kreisgericht gebracht worden. Wie wir erfahren, spielte sich Keiling bei der Vernehmung vor Gericht auf den Verböden und den Verfolgten hinaus, der lediglich in berechtigter Notwehr gehandelt hat. Davon kann jedoch absolut keine Rede sein. Für Keiling bestand auch nicht die geringste Gefahr für sein teures Leben. Keiling legte seine schweren, 9 Jahre betragenden Fuchthaus- und Gefängnisstrafen weg und gestand nur zu, wegen Körperverletzungen einigemal „leicht“ bestraft worden zu sein. Außer einem Gelddbetrag von 400 Kronen hatte er eine kurze Schließfette zur Fesselung der Hände bei sich. Hat er am Ende Streikbrecher auf diese Weise mit sich geschleppt? Mit Schließfetten wußte der Schutz besonders gut umzugehen, denn er entpuppte sich als ein ehemaliger preussischer — Polizeiagent!

Da Keiling als ehemaliger Polizeiagent auch die Methode der Fingerabdrücke kannte, nahm er nach anfänglichem Sträuben — er sei ja kein gemeiner Verbrecher (!) — selbst den Abdruck seiner rechten Hand vor. Der Abdruck wird wie keine Photographie dem Verbrecheralbum einverleibt. Das L. K. Kreisgericht in Leitmeritz scheint die Absicht zu haben, den Fall möglichst schnell abzutun, denn es beschleunigt die Zeugenvernehmung sehr. Möglicherweise kommt die Affäre noch in diesem Monat vor die Geschworenen. Die Scharfmacher suchen aufs eifrigste nach einem geeigneten Verteidiger.

Wir sind neugierig, ob die Berliner Polizei, die ja allein als Protogebirg des Herrn Keiling in Frage kommen kann, Veranlassung nehmen wird, sich zu den Feststellungen der österreichischen Behörden zu äußern!

Berlin und Umgegend.

Die Forderungen der Brauereiarbeiter abgelehnt!

Der Verein der Brauereien Berlin und Umgegend hat gestern in einer Plenarsitzung Stellung zu den Forderungen der Brauereiarbeiter genommen, über die wir mehrfach berichtet haben. Es wurde beschlossen, die Forderungen der Arbeiterkassabzulehnen, ja, selbst Verhandlungen darüber sollen mit aller Entschiedenheit abgelehnt werden. Der Verein der Brauereien ist der Meinung, daß die Lohnerhöhungen im Jahre 1910 und zuletzt im Herbst 1912 für die Brauereiarbeiter ausreichen müßten, da durch diese die Gestaltung der Lebensverhältnisse der Arbeiter im Brauereigewerbe mit der Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse in den letzten Jahren durchaus Schritt gehalten hätte und als derzeit vollkommen angemessen bezeichnet werden dürfte. Die geforderte Lohnerhöhung würde für einzelne Brauereien 80 000 bis 1 1/2 Millionen Mark betragen und damit die Rentabilität derselben zum Teil aufheben. Auf Einzelheiten läßt sich das Antwortschreiben des Vereins der Brauereien an die Arbeiterkassabzulehnen, sondern erklärt, die Unternehmer könnten den eingereichten Entwurf als geeignete Grundlage für Verhandlungen nicht ansehen. Dagegen ist der Verein der Brauereien bereit, mit den in Frage kommenden Organisationen der Arbeiter in Verhandlungen über die Verlängerung der jetzigen Tarifverträge einzutreten.

Kleines Feuilleton.

Der Flug über den Mont Blanc. Es waren Tage unruhiger und nervöser Spannung, die der Flieger Parmelin in Genf zu durchleben hatte, bis endlich die Stunde schlug, da er zu seinem kühnen Wagnis der Ueberfliegung des Mont Blanc starten konnte. Immer wieder kamen ihm letzten Augenblick aus Italien Wetterberichte, die eine Vertagung des Ausfluges geraten erscheinen ließen: Nebel, Regen, Sturm, wieder Regen. Mittwoch früh erfuhr er die Gewissheit, daß am Samstag Parmelin unter allen Umständen aufbrechen wolle. Die Nachrichten über die Wetterlage auf der italienischen Seite sind leider günstig; und länger will Parmelin die Spannung und Ungewißheit nicht mehr ertragen. Um 1 Uhr beginnt die Prüfung des Apparates; eine letzte Umarmung der Freunde und im nächsten Augenblick rattert das Flugzeug davon und steigt in die Höhe. Die Aufregung läßt alle schweigen. Bis zu 700 Meter schraubt sich das Flugzeug empor; dann entzündet es in Richtung auf das Massiv des Mont Blanc. Erst jetzt merkt ein Freund Parmelins den Grund, der den Flieger zu dem Wagnis antreibt. Sein Onkel ist Mitglied des Schweizer Fliegerkorps zu werden, aber nach den Vorschriften werden nur Junggeheilen aufgenommen, während Parmelin verheiratet ist und Frau und Kinder hat. Nun will er zeigen, daß Frau und Kinder einen Mann nicht hindern, vermehrte Leistungen zu vollbringen.

In Costa auf der italienischen Seite herrscht Aufregung und auch Zweifel. Schon viermal kamen aus Genf falsche Nachrichten, die den Abflug Parmelins meldeten. Wird er heute kommen? Aber trotz der leisen Stiefel sind alle Blicke auf den Horizont gerichtet, der Hauptplatz der Stadt ist von Neugierigen besetzt. Wird er kommen? Da plötzlich rauscht es auf, erst eine Stimme, dann viele und zum Schluß ein ganzer Sturm: „Eccolo, eccolo! Da ist er, da kommt er.“ Und deutlich sieht man fern im Einschnitt der Bergketten dunkel das Flugzeug im Sonnenlicht, sieht es näher kommen, beginnt das Rauschen der Motoren zu vernehmen; und eine Viertelstunde später ist Parmelin vor der Stadt gelandet. Alles stürzt hinaus, die Behörden, die Menge; er aber ist schon abgestiegen und beginnt seinen Apparat auf das genaueste zu untersuchen. Man packt ihn in ein Automobil und im Triumph bringt man ihn in die Stadt. Die Freude spricht aus seinen Zügen. Und dann, als man ihn mit Fragen bestürmt, beginnt er zu erzählen. „Ja, was soll ich denn erzählen? Meine Einblicke? Wenige, aber klare. Ich stieg langsam auf, und dann nahm ich geradewegs Richtung auf den Mont Blanc, der sich prachtvoll vom blauen Hintergrunde abhob. Während der ersten 1500 Meter kamen einige bange Augenblicke, ich fürchtete, die Fahrt nicht durchzuführen zu können, denn der Motor arbeitete nicht regelmäßig. Dann aber gelang es mir, ihn zu bändigen. Im Aretal stieg ich sofort hoch empor, auf 3000 Meter, und hier kamen heftige Windböen, die mich umher warfen. Der Augenblick war gekommen, da ich absolute Herrschaft über meine Nerven gewinnen mußte: vor mir lag der Mont Blanc. In dieser Minute setzte ein starker Südwest ein, der mich vom Wege abtreiben wollte, es gab einen ziemlich heftigen Kampf. Die Kälte war außerordentlich, noch jetzt ist meine Schulter halb erfroren. Dann aber

erreichte ich 5300 Meter Höhe, glitt über den Mont Blanc hin, stieg dann auf 4000 Meter hinab, und als ich fern in der Ebene große Nebelwolken sah, beschloß ich, bald zu landen.“

Die Aussperrung der Kellner im Café Borussia, Hasenheide 5.

Die Verhandlungen zwischen dem Unternehmer Rüseler und der Organisation haben zu einem befriedigenden Resultat geführt, so daß die Aussperrung beendet ist. Die organisierten Kellner werden wieder eingestellt und ist dadurch die Sperre für das Café Borussia aufgehoben. Ganze acht Tage haben die Gelben Gelegenheit gehabt, ihre Lässigkeit als Arbeitswillige zu beweisen und — obgleich die Solidarität der Berliner Arbeiterkassabzulehnen, dem kühnen Tatendrang der Unternehmerföhrlinge wenig Gelegenheit bot — hat ihre „Qualität“ den Unternehmer nicht befriedigt, so daß sie, gleich dem Mohren der seine Schuldigkeit getan hat, von dannen ziehen mußten. Bis auf das „Café Wörz“ am Rollendorplatz ist diesen sauberen Herrschaften in jedem bestrittenen Betriebe dasselbe Schicksal begegnet, so daß man eigentlich annehmen müßte, daß diesen irregulierten Elementen das Verwerfliche ihres Tuns endlich einmal zum Bewußtsein kommen müßte. Aber vergebliche Mühe, handelt es sich doch hier um Leute, die als Arbeitswillige nur dann arbeiten wollen, wenn es gilt, organisierten Gesellen in den Rücken zu fallen. Sei es „Abbazia“, „Gardenberg“ oder „Wörz“, es sind in der Mehrzahl immer dieselben Personen. Und wenn sie nicht durch Friedensschluß wieder an die Luft befördert werden, dann wirft sie der Unternehmer nach acht Tagen so wie so auf die Straße, weil sie sich bis dahin gewöhnlich als allzu tüchtig erwiesen haben. Um so mehr fühlen sich Scharfmacher und Reaktionsäre verpflichtet, ein „Arbeitswilligen“-Schutzgesetz zu schaffen, um diesen Stützen des Staates die nötige Bewegungsfreiheit zu verschaffen. Denn an ein dauerndes Zurückdrängen der modernen Arbeiterbewegung ernstlich zu glauben, fällt auch keinem Scharfmacher mehr ein. Durch die finanzielle und moralische Unterstützung der Gelben will man nur die organisierten Arbeiter in Schach halten. Daß die gelbe Bewegung auch im Caféhausgewerbe keine Fortschritte machen will, ist allerdings nicht die Schuld der Unternehmer.

Aus dem Fleischnegewerbe. Die Firma Scheruch, Haderpeter-Wierhalla Rosenhaller Tor, hat den Tarifvertrag der Organisation anerkannt.

Ueber die Firmen Poschmann, Koloniestr. 7, Löffel, Fleischzentrale Ede Forster- und Reichenberger Straße, Sperlich, Fleischzentrale Brunnentrost 78, Wirt, Rattenstr. 6 hat die Organisation der Fleischer wegen Nichtanerkennung des Tarifvertrages die Sperre verhängt.

Die Tarifkommission. Achtung, Schuhmacher! Der Streik bei der Firma Schach, Münzstr. 4 dauert fort. Da vom Arbeitsnachweis des Gewerksvereins der Lederarbeiter (H. D.) Arbeitswillige vermittelt werden, erlauben wir alle Kräfte für Fernhaltung des Zuganges einzusetzen. Zentralverband der Schuhmacher, Ordoviertelverwaltung Berlin.

Deutsches Reich.

Der § 153 der Gewerbeordnung gegen Arbeiter.

Das Bremer Schöffengericht verurteilte am Donnerstag einen Maurer zu 10 Tagen Gefängnis, weil er einen anderen Arbeiter durch Verurteilung zu bestimmen versucht haben soll, aus dem polnischen Berufsverband auszutreten und in den deutschen oder christlichen Bauarbeiterverband einzutreten. Die Verurteilung

erreichte ich 5300 Meter Höhe, glitt über den Mont Blanc hin, stieg dann auf 4000 Meter hinab, und als ich fern in der Ebene große Nebelwolken sah, beschloß ich, bald zu landen.“

Die Zeitschrift des Herrn. Vor einigen Tagen sprang uns in einer großen Tageszeitung eine Annonce ins Gesicht, die uns unwillkürlich etwas zurückweichen ließ. Es war da ein neues Unternehmen angekündigt, das sich „Die Zeitschrift des Herrn“ nannte, und obwohl wir in modernen Deutschland gegen pöfische Annahmen erheblich abgedröhnt sind, schien uns das doch ein allzu starker Tabak zu sein.

Man überlege: eine Zeitschrift, die sich schlankweg die Zeitschrift Gottes nennt, denn einen anderen Begriff kann man mit einer „Zeitschrift des Herrn“ so wenig verbinden wie etwa mit dem „Tag des Herrn“. Welche Blaffenclique mochte diese Gotteslästerung ausgebrütet haben? Wir haben uns den Verlag an, er verriet nichts von den Tendenz des Organs. Ein Herausgeber war nicht genannt. Wozu — braucht man auch einen Herausgeber, wenn der liebe Gott selber die Chefredaktion übernommen hat? Dagegen wurde man völlig zuverlässig darüber unterrichtet, daß die einzelne Nummer 50 Pf. kosten sollte, was gewiß preiswürdig ist.

Wir erschrafen ganz ehrlich über die religiöse Annahme des Titels und wollten eben etwas ehlich über die Absichten des Organs erfahren. Wie gesagt, gelang uns das zunächst nicht; aber schließlich kam die Erläuterung. In einzelnen Worten, die recht unauffällig über den Text der Annonce verstreut waren, spiegelte sich der Inhalt. Als da waren: Sport, Mode, Kunst, Theater, Gesellschaft. Und nun ging uns ein Seufzender auf: Die „Zeitschrift des Herrn“ war eine Zeitschrift für einen Herrn, im Gegensatz zu einer solchen für eine Dame.

Das man auf so erste Dinge auch nicht gleich verfällt! Was könnte wohl mehr einem tiefgefühlten Bedürfnis entsprechen als eine Zeitschrift, die den reichen Proleten von Berlin W den letzten Firtelchen der Etikette serviert? Und wie vortrefflich, wie außerordentlich würdig, daß neben Sport und Mode auch Theater und Kunst behandelt werden sollen.

Wir wissen uns vor Freude kaum zu lassen und hoffen nur, daß die Aeschylus, Schiller und Shakespeare nicht allzu sehr vom Detrenschneider überschattet werden mögen.

Humor und Satire.

Zweizeiler von Glasbrenner jun. Bayern. Immer noch glaubt die Gewalt, sie kneble und spieße den Weltgeist. War es so frech nicht und dumm, glaubt man nicht, daß sie's glaubt.

Eisach-Lothringen. Gut hat Preußen gehandelt an euch. Wenn ihr es bestrittet, Pfui, ihr verdientet fürwahr, preussisch zu werden folglich.

Zum Begräbnis der heutigen Gesellschaft. Als sie begraben nun ward, da erwiesene die Ehrende, die Letzte, Ihr nur die Ritter vom Kreuz, die man vom Panger geholt.

Die Edelsten der Nation! Euch, ihr Herren, die Lust! Und die Last den Millionen der Arbeit, Wästen noch müssen sie euch, daß ihr sie peinigen könnt!

zung wurde darin erblid, daß der Angeklagte als Parteilegitimer auf Veranlassung seiner Kollegen beim Bolier des Hauses vorstellig wurde und verlangte, der betreffende polnisch organisierte Arbeiter möge auf einem anderen Bau beschäftigt werden; er sei ihnen unsympathisch. Der Angeklagte und seine Kollegen ließen sich bei ihrem Vorgehen davon leiten, daß der Bauarbeiteractif von dem polnischen Berufsverband nicht mit abgeschlossen worden ist. — Der Staatsanwalt hatte einen Monat Gefängnis beantragt.

Ausland.

Der Generalfreistreich in Zürich.

Statt über die große Blamage der Züricher Behörden beim Generalfreistreich vom 12. Juli 1912 ruhig Gras wachsen zu lassen und davon nicht mehr zu reden, wollen sie nun noch mit wahrer Todesberachtung vor aller Öffentlichkeit darüber verhandeln und einen Massenprozeß veranstalten.

Wie mitgeteilt wird, sollen nicht weniger als 113 Personen auf die Anklagebank des Bezirksgerichts Zürich geschleppt werden. Die in fünf Kategorien ausgeschriebenen Anklagen richten sich gegen neun Angeklagte, welche den Generalfreistreich empfanden; gegen 7 Angeklagte, welche speziell die Arbeiter des städtischen Gaswerkes zum Generalfreistreich ermunterten; gegen 47 Arbeiter des städtischen Gaswerkes; gegen 34 Arbeiter des städtischen Elektrizitätswerkes; gegen 12 Arbeiter der Werkstätte auf dem Guggach und gegen 4 Arbeiter der städtischen Wasserwerkverlegung. Die Anklagen lauten auf Dienstpflichtverletzung bezw. Anstiftung dazu und auf Nötigung. Die Strafanträge lauten auf Bußen von 20 bis 100 Fr. und auf Gefängnis von 4 Tagen bis auf 3 Monate. Letztere Strafe ist beantragt gegen den Genossen Fritz Klatten. Gegen den Eisenbahnersekretär Genossen Rimathe lautet der Antrag auf 1 Monat Gefängnis. Die Gerichtsverhandlungen werden wahrscheinlich im April stattfinden.

Dem ursprünglichen „Aufbruch“ ist also nicht mehr die Rede, dagegen sollen die „Generalfreistreicher“ an anderen Paragraphen des Strafgesetzes aufgehängt werden. Die sogenannte „Staatsautorität“ würde nichts eingelebt haben, wenn jede weitere Verfolgung der Angelegenheit unterblieben wäre. Aber die herrschenden Klassen wollen für die während des Generalfreistreichs ausgesandene Angst eine Genugtuung haben und so schleppt die Staatsanwaltschaft die gewünschten Opfer herbei.

Die amerikanischen Vergleute, welche in Indianapolis ihren Kongreß abgehalten haben, erklärten sich für eine politische Aktion im sozialistischen Sinne. Auf dem Kongreß waren 450 000 Vergleute aus den Vereinigten Staaten und von Kanada vertreten. Von den 1000 Delegierten erklärten sich alle bis auf etwa 200 für folgende Resolution: „In Anbetracht der gegenwärtigen Verhältnisse in unserer Industrie und denen in vielen anderen, gegenüber des Gebrauches der politischen und richterlichen Gewalt gegen die im Kampfe stehenden Vergarbeiter in Alabama, im westlichen Virginien, in Colorado und auf der Insel Vancouver erklärt der Kongreß, daß die Zeit gekommen ist, wo es unbedingt notwendig wird für die Arbeiter dieses Landes und Kanadas, sich zu einer politischen Klassenorganisation in ihren ökonomischen Organisationen zu vereinigen.“

Die Bildungsarbeit an der proletarischen Jugend.

Nachdem unsere proletarische Jugendbewegung nahezu ein Jahrzehnt besteht, ist es wohl an der Zeit, ab und zu eine orientierende Umschau zu halten, sei es auch nur, um uns zu vergegenwärtigen, daß wir auf dem rechten Wege sind. Das Bewußtsein, auf dem rechten Wege zu gehen, gibt uns die Hoffnung und Laikraft, die notwendig vorhanden sein müssen, wenn wir unser Ziel erreichen wollen. Wenn nicht alle Zeichen trügen, dann hat sich das Bedürfnis nach solcher Umschau bei recht vielen Genossen und Genossinnen, die in unserer Jugendbewegung tätig sind, schon eingestellt und, soweit heute ein Urteil möglich ist, scheint das Ergebnis ihrer Prüfung nicht eben

Gleichheit vor dem Gericht. Vor dem Gesetz sind wir alle gleich. Doch hinter demselben läßt man die Herzen bei Krupp ruhig entweichen dafür.

Der Agrarier. Blid und Gedeihen mir bringet der preussische Absolutismus! Freilich den Volk nicht, jedoch: Mir. — Ja, befinde mich wohl!

Im Landtag. Kommet ihr Wäffeln und Ochsen zu nah und sonstigem Rindvieh; Tragt kein Rot! Wie sie's sein, werden sie wütend folglich!

Nur nicht ängstlich! A la lanterno! so würde es heißen, wenn wir bereinst regier'n? Sei nicht ängstlich, du Lump. Wir — wir begnadeten den Strid!

(Diese zeitgemäßen Glasbrennerien entnehmen wir dem Käsblatt, einer von der Frankfurter Verlagsanstalt, unfern Partei-Verlag in Künzberg, herausgegebenen satirisch-humoristischen Faschingszeitung, die als Organ des Preußenbundes erscheint.)

Notizen.

— Vorträge. Im Institut für Meereskunde spricht Montag Dr. A. Nihil über „New York und San Francisco“. Dienstag A. Nihil über „Die Kautschuk im Altertum“. — Die Sturmfluten an der deutschen Ostseeküste werden am 3. März von Prof. Stahlberg in einem Vortrag mit Lichtbildern behandelt werden. Der Vortragende hat alsbald nach der zweiten Sturmflut die Küste Hinterpommerns von Kolberg bis Rixhöft besucht und zahlreiche Photographien über die Wirkungen der Sturmflut aufgenommen.

— Die Zensur in Bayern. Die Münchener Polizei hat die Kolportage der Karnevalsnummer des „Simplicissimus“ verboten. Warum? Ludwig Thoma behauptet in der „Münchener Post“: Angeblich wegen einer Zeichnung von Dubowich, in Wirklichkeit wegen Anstellung des Herrn Lenzo zum Generalkonsulatsrat. Der vorsichtige Mann, der seine tiefste Ueberzeugung über die Möglichkeit des Thronwechsels so leicht wie eine Wursthaut abstreift, will uns hier seine Amberger Meinung über künstlerische Freiheit aufzwingen.

— Wie's gemacht wird. Ein deutscher Kunsthändler aus Paris plauderte bei Caffiere sehr nonchalant und urweltweise über die jüngste Pariser Malerei. Er verurteilte die Kunstkritik und betrieb dann selbst eine sehr gönnerhafte Kellame für Rousseau und den Picasso einer gewissen Stufe. Erfreulich war sein Eingeständnis, daß man selber Bilder von Malern besitzen müsse, die man lieben — und in Kurs bringen wolle. Zu dem Zweck täten sich meist ein paar Kenner mit einem Kunsthändler zusammen usw. Wie heißt der Kunsthändler des Herrn?

— Eine Totengräber-Konkurrenz. In Sankt Ingbert in der Pfalz wurde, wie die „Frankf. Ztg.“ berichtet, kürzlich der Posten eines Totengräbers ausgeschrieben. 75 Bewerber aus allen Schichten der Bevölkerung meldeten sich. Da gab es denn auch recht interessant abgefaßte Bewerbungen. Einer z. B. bemerkte ausdrücklich, daß er furchlos sei, was ihm seine Frau bestätigen könne. Den Vogel abgeschossen hat aber ein anderer, der in seinem Gesuch an den Stadtrat versprach, alle Stadträte umsonst zu erdigen und noch einen Meter tiefer als die gewöhnlichen Menschen.



berkennend zu sein, d. h. nicht solcherart, daß wir auf Grund der erreichten Erfolge ziellos weiterarbeiten könnten. In der Fortschrittspresse sowohl als in zahlreichen mündlichen Erörterungen über dieses Thema kamen recht pessimistische Ansichten zum Ausdruck. Nun bin ich zwar der Meinung, daß an diesem Pessimismus in hohem Grade die Ungebildetheit Schuld trägt, die auch da Erfolg sehen will, wo unter den obwaltenden Verhältnissen noch keine zu erwarten sind. Es widerspricht doch beinahe aller Erfahrung, daß eine Massenbewegung — und das ist auch unsere Jugendbewegung zweifellos — sich in ununterbrochen aufsteigender Linie entwickelt. Mit einem gelegentlichen Stillstande, ja Rückschlägen werden wir notwendig rechnen müssen, und je klarer uns diese Tatsache vor Augen steht, desto weniger sind wir berechtigt, aus ihr einen Grund zur Hoffnungslosigkeit herzuleiten. Unser mächtigster Bundesgenosse, auf den wir uns in der Bewegung der Erwachsenen immer wieder berufen: die wirtschaftlichen Verhältnisse, steht auch in der Jugendbewegung zur Seite. Unsere Jugendbewegung ist ein Stück Arbeiterbewegung, nichts anderes, und muß demgemäß beurteilt und — behandelt werden.

Indessen, hiermit sind die Ursachen für jenen Pessimismus nicht erschöpft; denn was ich über die Entwicklung unserer Jugendbewegung ausführte, das alles werden sich unsere tätigen Genossen und Genossinnen, wenn sie sich die Verhältnisse in aller Ruhe klar machen, selber sagen. Die Gründe für die gegenwärtige und sicher vorübergehende Unsicherheit müssen also doch wohl tiefer liegen.

Wenn ich nun auch keineswegs zu den Verzagenden gehöre, so bin ich allerdings der Meinung, daß die Erfolge in unserer Jugendbewegung durchaus nicht der großen Summe von gutem Willen, ehrlicher Begeisterung, tätiger Arbeit, die alljährlich darin geleistet wird, entsprechen. Das liegt nach der Meinung vieler, vielleicht der meisten Genossen und Genossinnen daran, daß uns von Partei und Gewerkschaften nicht hinlängliche Mittel zur Verfügung gestellt werden. Sicher ist es wünschenswert, daß die Gleichgültigkeit gegenüber einer so wichtigen Sache aufhört, und daß viel mehr dafür aufgewendet werde; aber damit allein ist nach meiner Auffassung die Aufgabe nicht gelöst. Das kann uns unter anderem vor allem die bürgerliche Jugendbewegung lehren; die hat Millionen und die Günst der Herrschenden zur Verfügung, und was hat sie bisher erreicht? Nicht man klümmert, Trara und faulen Jauber davon ab, was bleibt? Eine hundertfache, nur oberflächlich zusammengehaltene Menge, die sehr — aber sehr! — verschiedene Ziele verfolgt.

Nach meiner Auffassung liegt der wesentliche Grund für die gegenwärtige Stagnation unserer Jugendbewegung in der mangelhaften Organisation unserer Bildungsarbeit. Es wird vielerlei geboten; aber im Grunde doch nicht viel. Unsere Arbeit läßt vielfach die Planmäßigkeit, eine nach festen Zielen orientierte Methode vermissen. Das liegt sicher in sehr vielen Fällen daran, daß man sich gewöhnt hat, die Jugendbewegung als ein Ding für sich zu betrachten, statt sie, wie es ja auch unserer proletarischen Weltanschauung entsprechen würde, in ihrem natürlichen Zusammenhang zu lassen, das heißt in ihrem Zusammenhang mit der Arbeiterbewegung. Der Lebensabschnitt vom 14. bis 18. bzw. 20. Jahre darf nicht isoliert werden; wir müssen berücksichtigen sowohl was ihm vorausgeht wie auch, was ihm folgt. Auf die Volksschule, die ihm vorausgeht, können wir uns bei unserer Arbeit wenig kümmern; sie vermittelt unserer Jugend zwar eine Summe von Kenntnissen und Fertigkeiten; aber ihre Tätigkeit wird von einem Geiste beherrscht, den wir sehr häufig energisch bekämpfen müssen. Das ist das Eine, was wir uns klar machen müssen; und das Andere ist das Ziel unserer Jugendarbeit.

Welches ist dieses Ziel? „Wir wollen die körperlichen und geistigen Kräfte unserer Jugend harmonisch entwickeln.“ Wir wollen unsere Jugend zu tätigen Menschen machen.“ So liest und hört man. Rhetorisch ist das richtig; selbstverständlich wollen wir das; aber nach meiner Auffassung fehlt in dieser Zielbestimmung ein wichtiges Stück; sie ist zu farblos, zu allgemein. Um es kurz zu sagen: Wir wollen die körperlichen und geistigen Kräfte unserer Arbeiterjugend so zu entwickeln versuchen, daß unsere Jungen und Mädchen, wenn sie dereinst politisch mündig werden, ganz genau wissen, wozu sie gehören, nämlich in die Reihen des um seine Befreiung ringenden Proletariats. Daraus folgt notwendig, daß es uns bei unserer Bildungsarbeit nicht um irgendeine „allgemeine“ Bildung zu tun ist, sondern um eine Bildung im proletarischen Geiste. Viel mehr als das Was muß das Wie Berücksichtigung finden.

Unsere Gegner werden sagen, wir wollen die Arbeiterjugend zu Sozialdemokraten erziehen. Die sind zwar überzeugt, daß jeder junge Arbeiter, der später nicht in die Reihen seiner kämpfenden Brüder eintritt, sozusagen seinen Beruf verfehlt hat. Richtiger ist die Behauptung unserer Gegner eine Verleumdung, denn wir lehnen jede Behelligung unserer Jugend mit politischen Dogmen und Streitfragen grundsätzlich, aus pädagogischen Gründen, ab. Wenn aber unsere Gegner den Unterschied zwischen einer Erziehung zu politischem Denken und einer Aufforderung zu politischem Handeln nicht begreifen wollen, dann — müssen sie's eben bleiben lassen. Das wichtigste für uns bleibt immer, daß wir selber, die wir die Jugendarbeit leisten müssen, uns klar sind über das Ziel unserer Bestrebungen; denn nur dann ist es überhaupt möglich, den rechten Weg zu finden.

Nun ist es ja zweifellos richtig, daß verschiedene Wege nach Rom führen, und man kann, besonders auf dem Gebiete der Jugendbildung, gar nicht laut genug warnen vor der Gefahr einer Schablone; indessen würde es für unsere Arbeit von großem Vorteil sein, wenn wir uns über gewisse Grundzüge der Methode, die wir einschlagen wollen, einigen könnten.

Zunächst: Was wollen wir unseren jungen Freundinnen und Freunden bieten? In erster Linie kommen Naturgeschichte und Menschengeschichte in Betracht. Mit vorläufiger Hand müssen solche Stoffe ausgewählt werden, die für dieses Lebensalter Interesse erwecken, und zwar so, daß für die ersten Jahrgänge, vielleicht bis zum 16. Jahre, das Hauptgewicht auf lebensvolle Einzelbilder interessanter Ereignisse und Persönlichkeiten gelegt wird. Für die folgende Stufe, etwa bis zum 18. Jahre, bildet auf beiden Gebieten der Entwicklungsgedanke sozusagen den Kristallisationsstein; in der Naturgeschichte bildet die sogenannte Entwicklungslehre und in der Menschengeschichte die Entwicklung der Technik (Erfindungen, Entdeckungen) den Mittelpunkt. Vom 18. Jahre an werden die Grundgedanken des wissenschaftlichen Sozialismus behandelt.

Dann auf solche Weise ein einheitlicher Lehrplan innegehalten werden könnte, würde auch mit Leichtigkeit eine Schwierigkeit überwunden, die uns gegenwärtig sehr viel Kopfzerbrechen verursacht: die „besonderen“ Veranstaltungen für diejenigen unter unseren jungen Freunden, die das 18. Lebensjahr überschritten haben. Es würde sich folgerichtig ein Kursus an den andern reißen, und es wäre dann nicht nötig, die über 18 Jahre alten Jugendlichen aus dem Verbände der Jugend herauszulassen, ohne ihnen Erfolg bieten zu können.

Damit sind wir bei der Frage angelangt: Wie wollen wir unsere Darbietungen gestalten? Es ist mir keinen Augenblick zweifelhaft, daß die zahlreichen wahl- und zusammenhangslos Einzelvorträge, so viel Mühe und Kosten auch darauf verwendet

werden, nicht den Erfolg haben können, den man von ihnen erwartet. Das sieht alles unvermittelt im Geiste der Jugendlichen nebeneinander und wird, da Anknüpfungen und Verbindungen fehlen, schnell wieder vergessen. Damit soll natürlich nicht gesagt werden, daß Einzelvorträge überflüssig sind; sie können, geschickt ausgewählt und dargeboten, eine höchst willkommene Abwechslung bringen. Aber die Hauptarbeit muß in regelmäßige Kurse verlegt werden. Die Einzelvorträge, und mögen sie noch so vortrefflich sein, verpflichten die Jugendlichen zu nichts als zum Zuhören, und das ist zu wenig; vor allem ist es nicht eine diesem Lebensalter angemessene Methode. Ganz anders ist es in Kursen möglich, die Teilnehmer zu geistiger Mitarbeit heranzuziehen; hier ist eine Fülle von Möglichkeiten gegeben, die, wenn sie benutzt werden, einen Erfolg verbürgen. Ich habe mich über diese Methode an anderer Stelle eingehender geäußert und darf hier darauf verweisen.\*

Die Arbeit in den Kursen bildet den Grundstock unserer ganzen Bildungsarbeit an der Jugend; nebenher bleibt dann noch ein weites Feld für gefellige usw. Veranstaltungen. Im allgemeinen wird es sich empfehlen, die Kurse in das Winterhalbjahr zu verlegen, damit die schöne Jahreszeit frei bleibt für Wandern, Sport und Spiel.

Früher oder später, das ist meine Überzeugung, werden wir zu festen Normen in unserer Arbeit kommen müssen, denn es geht nicht an, daß auf die Dauer jodelt Kraft und Fleiß unnütz verpulvert wird.

Daß die Schwierigkeiten einer einheitlichen Regelung, besonders in kleinen Verhältnissen, nicht gering sein werden, liegt auf der Hand; aber Schwierigkeiten sind für uns nur dazu da, um überwunden zu werden. Jedenfalls wäre schon viel gewonnen, wenn die Städte auf diesem Gebiete vorangingen.

Sonnemann.

## Jugendbewegung.

### Eine schleimige Gesellschaft.

Zu den übelsten Erzeugnissen der christlichen Jugendliteratur gehört „Der Leuchtturm“, das Organ für die westdeutschen Männer- und Junglingsvereine. Wissenswerter steht in diesem Blättchen nie, dafür kriecht es aber von schleimiger Sühlichkeit. Als Probe seien eine Reihe von Sätzen serviert, die wir der Soldatenede (Nr. 7) entnehmen.

Wesel. Eine liebliche Weihnachtsfeier im Weseler Soldatenheim. Das war eine Weihnachtsfeier, wie wir im christlichen Verein junger Männer noch keine erlebt haben. Die Feier konnte erst am 11. Januar stattfinden, weil die Lieben Rekruten erst spät vom Heimaturlaub zurückkehrten. . . . Wie schön da doch unsere lieben Soldatenbrüder mit vergnügten Gesichtern bei strahlendem Christbaum! Wie freuten sie sich, mit uns zusammen zu sein. Unser lieber Soldatenpfleger, Herr Oberlagarretinspektor Hinz, eröffnete die Feier mit einer warmen Begrüßungsansprache. Darauf hielt Herr Divisionspfarrer Herrich eine recht herzliche Ansprache. . . . Dem Herrn Divisionspfarrer sind wir von Herzen dankbar, daß er unserer Sache so freundlich gegenübersteht. . . . Es mundete unsern Lieben Vaterlandsverteidigern vorzüglich. Der liebe Bruder Hinz, Bruder Hartz und die Vorstandsmitglieder hatten die große Freude, den 167 Mitgliedern ihre Weihnachts-tüten überreichen zu dürfen. — Es werden manche liebe Vereinsmitglieder wohl gern wissen wollen, was denn für die Lieben Freunde in den großen Tüten war. Ganz still! Ihr sollt es erfahren. Zunächst gab's ein Paar gute, extra angefertigte Strümpfe, dann 3 Äpfelkuchen, Gafel- und Ballnüsse und Spekulatius, 1 Stück Käse, 6 Zigarren. . . .

Und so fort wie Donquixot.

Nach all den herzlichsten Liebesbetreibungen ging ein noch herzlicheres Danken los.

„Herr Unterkassier Herr Harke dankte in herzlich bewegten Worten für den Nachmittag und Abend, den man den Soldatenbrüdern geboten habe.“

Dann hielt noch einer eine „zu Herzen gehende“ Ansprache; ein anderer appellierte an die Herzen, und schließlich mußten die Lieben jungen Soldaten“ zu den Kasernen eilen. — Aber auch nun ist der Verfasser mit seinen Liebes- und Dankbetreibungen nicht fertig. Er legt noch einmal los:

„Wir haben dem Herrn von Herzen gedankt für die herrliche und erhebende Feier. Der Herr führe noch diese Soldaten durch unseren Verein und gebe sich ihnen zu erkennen als der starke und mächtige Heiland, der auch (!) die Soldaten lieb hat. Allen Freunden sei auch hier herzlich Dank gesagt. Der Herr vergesse reichlich!“

Alles in einem einzigen „Feh“bericht von jungen Männern für junge Männer. Wie müssen die jungen Leute beschaffen sein, die sich in einer solchen Atmosphäre aufhalten können.

## Soziales.

### Reichsversicherungsordnung und Ersparnisse.

Große Schwierigkeiten werden den Mitgliedern der „Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer, Ersparnisse Hamburg“ unter der neuen Reichsversicherungsordnung bereitet. Mehrere Mitglieder dieser Kasse waren bei den Vorgesandteninhaber Karl und Emil Schneider zu Steglitz beschäftigt. Sie machten Gebrauch von den §§ 517 und 519 der Reichsversicherungsordnung und stellten rechtzeitig an die zuständige Pflichtenbehörde, die „Allgemeine Ortskrankenkasse zu Steglitz-Dahlem“, den Antrag auf Befreiung von den Rechten und Pflichten bei dieser Kasse. Trotzdem wurde ihnen jede Woche der Beitrag für die Pflichtkasse vom Lohn abgezogen. Alles Protestieren und der Hinweis auf das Ungeheuerliche dieser Maßnahme nützte nichts. Es wurde ihnen vielmehr erklärt, die Arbeitgeber hätten von der Ortskrankenkasse die Anweisung bekommen, so zu verfahren.

Am 17. Januar 1914 wurden die Arbeiter entlassen, nachdem ihnen für drei Wochen Beiträge in Höhe von 8,24 M. zu Unrecht abgezogen waren.

Eine Anfrage ihres Kassierers bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse zu Steglitz-Dahlem ergab dann die fast ungläubliche Tatsache, daß tatsächlich die Arbeitgeber von der Kasse angewiesen waren, so zu handeln, wie geschehen. Es erklärte der Rentant, es wäre ihm nicht früher möglich gewesen, den Mitgliedern der Ersparnisse, welche den Befreiungsantrag gestellt haben, eine Bescheinigung hierüber auszustellen; sie wären aber jetzt dabei, dies zu bewerkstelligen. Nach Eingang dieser Bescheinigung können dann die betreffenden Mitglieder das zu Unrecht abgezogene Geld vom Arbeitgeber — abholen.

Mit dieser Erklärung waren die Arbeiter natürlich nicht zufrieden. Deshalb sollten sie zu dem schon erlittenen Unrecht noch weitere Opfer an Zeit und Geld verwenden, um zu ihrem Recht zu gelangen?

Auf persönliche Intervention des Vorsitzenden der Ersparnisse und eines der beteiligten Mitglieder wurden die Bescheinigungen für die in Frage kommenden Mitglieder ausgestellt und ausgehändigt. Es bedurfte allerdings erst längerer Auseinandersetzungen, um dies zu erreichen.

Um nun in den Besitz der einbehaltenen Beiträge für die entlassenen Mitglieder zu gelangen, bedurfte es ebenfalls erst einer längeren Debatte mit dem Arbeitgeber, wobei ihm die Bemerkung einschlug, daß er in Zukunft (um Scherereien zu vermeiden) Mitglieder der Ersparnisse nicht mehr einstellen und seinem Polier hierzu Anweisung geben würde. Den Hinweis auf die Strafbarkeit einer solchen Handlungsweise fertigte der Herr da-

mit ab, daß er erklärte, es wird sich ein Mobus finden, ohne mit dem Gesetz zu kollidieren.

Welche moralische Ohrfeige durch dies Verhalten denjenigen Arbeitgebern erteilt worden ist, die bisher aus Sparfühlensgründen nur Mitglieder der freien Hilfskassen eingestellt haben, scheint dem Herrn nicht zum Bewußtsein gekommen zu sein.

Den Mitgliedern der Ersparnisse diene aber dieses Vorkommenis zur größten Nachsicht. Bei allen Verjähren gegen das Gesetz haben sie sofort ihrem Kassierer Mitteilung zu machen, damit die Willkür der Unternehmer zurückgewiesen und sie veranlaßt werden, Recht und Gesetz zu achten. Freilich trägt in erster Reihe nicht der Arbeitgeber, sondern die Kasse die Schuld.

### Die Vorsitzendenwahl in der Dresdener Ortskrankenkasse.

Die am 12. Februar stattfand, ist, wie vorhin zu sehen war, ergebnislos verlaufen. Genosse Krüger erhielt 11 Stimmen der Arbeitervertreter und 3 Stimmen der Unternehmervertreter, der Kandidat der Scharmacher erhielt 4 Stimmen der Unternehmervertreter und die Stimme eines nationalen Arbeitervertreters. Da zur Wahl 7 Arbeitervertreter und Unternehmervertreterstimmen nötig sind, muß eine zweite Wahl vorgenommen werden, die am 24. Februar stattfinden soll. Kommt auch dann keine Einigung zustande, so bestimmt das Versicherungsamt den Vorsitzenden.

### Der Zweck der Werbung.

Die Geher gegen die Krankenversicherungspflicht der Dienstboten haben, wie wir mitteilen, einen Erfolg zu verzeichnen; wenn gleich recht zweifelhaft ist, ob die Anweisung des Ministers im Gesetz eine Stütze findet.

In Groß-Berlin hatten die Treibererien, die vorwiegend in der liberalen Presse ihren Stützpunkt fanden, den Zweck, die Befreiung von der Versicherungspflicht ganz in das Verleihen der berechtigten Dienstherren zu stellen. Nach dem Erlaß des Ministers können unter Ausschaltung der Selbstverwaltung die Unternehmer fast selbstherrlich darüber entscheiden, ob sie die Hausangestellten zur Krankenkasse anmelden oder nicht.

Welche Kräfte hinter den Treibererien wirksam waren, das verrät das „Berliner Tageblatt“, indem sie den erwähnten Erlaß also kommentiert:

„Damit ist wohl in den meisten Fällen für Berlin die Möglichkeit gegeben, die Versicherung der Dienstboten beim Abkommensverein fortzusetzen, wenn auch unter erheblich höheren Kosten als bisher.“

Im Interesse der Dienstboten ist das nur zu bedauern. Die Versicherung mit allen ihren Mängeln ist doch besser als die in dem sattem bekannten Abkommensverein. Die Herrschaften werden in den meisten Fällen aus der Unwissenheit der Dienstboten über die ihnen zustehenden Ansprüche Vorteile ziehen, und weiter wird mancher Hausarzt mit einem armen Dienstmädchen, das sich nicht zu helfen weiß, ganz anders umspringen, als ein Kassenarzt tun würde, der nicht auf das Vertrauen der hochmögenden Herrschaften angewiesen ist. Daß die Krankenverpflegung im Hause des Dienstherrn oder -herin vielleicht gar eine Krankenhauspflege ersetzen soll, das zu glauben, verbietet schon die bekannte Erfahrung, die man meistens bei denen, die sich bedienen lassen, gegenüber dem Dienstboten beobachten kann. Für manches Dienstmädchen würde das Kranken unter dem Kommando der Gnädigen eine größere Qual bedeuten, als das Weiterdauern mit einem kranken Körper. — Auf jeden Fall bedeutet der liberale Erfolg eine erhebliche Schädigung der Dienstboten.

## Aus Industrie und Handel.

### Friedenszeichen im Schifffahrtskrieg.

Nachdem die Hamburg-Amerika-Linie und der Norddeutsche Lloyd nicht nur ihre Hehde beendet sondern sich sogar zu einer engen Interessengemeinschaft zusammengelassen haben, machen auch die Ausschüsse für die Erneuerung der nordatlantischen Schifffahrtssensation. Die Verhandlungen sind bereits im Gange, um eine neue Versammlung der britischen und der kontinentalen Schifffahrtsgesellschaften zustande zu bringen und wieder ein Übereinkommen über den nordatlantischen Verkehr herzustellen.

Es wird weiter gemeldet, daß die Hamburg-Amerika-Linie die Arbeiten an dem fünfmaster „Bohemia“, der in ein Passagierschiff III. Klasse umgebaut werden sollte, plötzlich hat einstellen lassen. Man schließt daraus, daß der Ratenkampf zwischen den transatlantischen Schifffahrtsgesellschaften eine endgültige Lösung gefunden hat. Auch an anderen Schiffen, die für den Auswandererverkehr ausgebaut werden sollten, ist die Arbeit eingestellt worden.

### Deutschlands Fleischkonsum.

Der gesamte deutsche Fleischkonsum ist in den letzten beiden Jahren von 2649 848 Tonnen auf 2805 634 Tonnen zur U z g a n g e n. Das ergibt für das Jahr 1913 einen Mehrverbrauch von 156 786 Tonnen. Verfolgt man Deutschlands gesamten Fleischverbrauch seit dem Jahre 1906, so zeigt sich eine stetige geringe Zunahme der absoluten Verbrauchsmenge bis zum Jahre 1911. In den beiden folgenden Jahren trat bereits ein Rückgang ein. Bringt man jedoch die gesamte Verbrauchsmenge mit der jeweiligen Bevölkerungszahl in Beziehung, so bewegt sich der Fleischkonsum pro Kopf der Bevölkerung bereits seit dem Jahre 1908 auf absteigendem Niveau. Nur das Jahr 1911 brachte eine vorübergehende Steigerung der Verbrauchsmenge, die sich aus dem in Folge der sehr schlechten Futtermittelernte des genannten Jahres stark gewachsenen Angebot erklärt. Der Verbrauch der wichtigsten Fleischsorten betrug pro Kopf der Bevölkerung:

	1909	1910	1911	1912	1913
Rindfleisch . . .	16,81	15,56	14,80	14,27	13,84
Schweinefleisch . . .	8,23	7,93	7,79	7,84	7,44
Schaf- und Ziegenfleisch . . .	19,69	20,98	22,86	22,28	21,62
Gammelfleisch . . .	0,88	0,82	0,76	0,74	0,70
Ziegenfleisch . . .	0,11	0,11	0,11	0,11	0,11

Die Riffen für den Konsum von Rind- und Kalbfleisch sind von Jahr zu Jahr auf ein tieferes Niveau gesunken. Der Verbrauch von Schweinefleisch zeigte bis zum Jahre 1911 steigende Tendenz, in den letzten beiden Jahren hat er sich jedoch ebenfalls vermindert. Auch Gammelfleisch wurde immer weniger konsumiert, während der unbedeutende Verbrauch von Ziegenfleisch sich auf dem gleichen Niveau hielt.

### Putschismus und Börse.

Die putschistischen Bestrebungen der Vorkämpfer für die Selbstständigkeit der englischen Landwirtschaft 11 f e r werden in der letzten Nummer des Londoner „Economist“ einer ironischen Kritik unterzogen. Die Zeitschrift weist darauf hin, daß die 11 f e r -Frage ein bemerkenswertes Steigen der irischen Werte nicht verhindert habe. Der Kurs der irischen Ländeleise ist in der letzten Woche entschieden gestiegen, der Markt für Welfaster Werte ist stetig. Das Blatt bemerkt dazu: Wir unterzusehen können nicht verfehlen, weshalb das Welfaster Anlagepublikum die alten Werte bezieht, wenn das Land wirklich von Blutvergießen und Bürgerkrieg bedroht wäre. Man kann scherzhaft an einen Bürgerkrieg auf der Wais von 4 Proz. glauben.

Ein Streik großer Arbeitergruppen wird in der Tat von der Börse ernsthafter genommen, Kursverluste sind stets die Begleiterscheinung von großen Lohnbewegungen.

## Eingegangene Druckschriften.

Nachblatt für Holzarbeiter, 2. Heft. Herausgegeben vom Deutschen Holzarbeiterverband. Erscheint am 15. jedes Monats. Viertel. 1,20 M. — Selbstverlag, Berlin SO. 16.

Die Syphilis und ihre Selbstheilung. Von J. G. Bergmann. 1 M. — Verlag H. Schröder, Hamburg.



# Leisers' Einsegnungsstiefel

Tautenzien-Strasse 20  
König-Strasse 34  
Leipziger-Strasse 65  
Oranien-Strasse 47a  
Müller-Strasse 3a  
Oranien-Strasse 34  
Moabit, Turmstr. 50  
Friedenau, Rheinst. 14  
Neukölln, Bergstr. 7/8



haben neueste Formen & zeichnen sich durch fachmännisch richtigen Schaffschnitt aus. ☺

Von **6,90** bis **10,50**

## Koche mit Knorr

Von unschätzbarem Wert für alle Kranken bei Magen- und Darmkrankheiten ist Knorr-Bafermehl. Das Paket kostet nur 30 Pfennig.

Sehr beliebt sind auch Knorr-Suppenwürfel in 48 Sorten.  
1 Würfel 3 Teller 10 Pfg.  
Versuchen Sie Knorr-Cumberland-Suppe!



## Genossenschaft Berliner Bandagisten

80, 16, Köpenicker Str. 98b  
(zwischen Neander- und Neus Jakobstraße)  
Gegr. am 1. Juli 1907  
von organisierten Bandagisten-Gehilfen.

Bruchbandagen, Leibbinden, Artikel zur Krankenpflege u. dergl.  
Lieferant der Krankenkassen Berlins u. Vororte, des Verbandes der Hausarzt-Vereine und der Konsum-Genossenschaft Berlin u. Umg.  
Eigene Werkstatt. Fachgemäße Bedienung.  
Für Damen weibliche Bedienung.



Jeder Witterung, selbst grimmigster Kälte gewachsen!

## Wer sich nicht wohl fühlt der nehme Reichels Echten Wachholder-Extrakt „Medico“.

Ein wahres universelles Naturheilmittel und alterprobt, durchaus reelles, jederzeit unschädliches Hausmittel von kräftig blutreinigender, lösender und ableitender, zugleich magenlindernder, speziell barnstreichender, Unreinigkeiten ausweisender Wirkung, das als wirksames Gegenmittel hauptsächlich bei Rheumatismus, Jodias, Gliederschmerzen, besonders Gicht, Leber bei Hämorrhoiden, Stuhlbeschwerden, Magenschwäche, Erkältung, Brustschmerzen, Hustenleiden mit Hämoptoe, sowie Hautleiden, überhaupt allen durch schlechtes Blut herrührenden Krankheiten erfolgreiche Anwendung findet, ebenso aber auch bei Darm-, Nieren- und Blasen- und damit verbundenen Frauenleiden, sowie Beschwerden der Wechseljahre und sonstigen Folgen von unheillichem Werte ist. Er wirkt, die Natur unterstützend, nach vielen Richtungen hin auf die inneren Organe in nur wohlthätiger, erleichternder Weise ein, gleichzeitig erneuernd auf den ganzen Menschen, für ältere Leute die reine Medizin! Die ständigen Erfolgsergebnisse bestätigen die vielseitige Wirkungskraft. — Niemals offen ausgezogen, garantiert rein und frisch nur in Original-Packungen mit Marke „Medico“ und meiner Firma, M. 1,50, 2,50 und für längeren Gebrauch große Kanne (sehr vorzuziehen) M. 6,— in den Drogerien und Apotheken, wo nicht erhältlich, werde man sich an **Otto Reichel, Berlin 43, Eisenbahnstr. 4.** Man achte scharf auf Marke „MEDICO“ und vermeide Nachahmungen.



Tabakarbeitergenossenschaft Stuttgart.

Spezialität No. III.

Beste Qualitäts-Ware.

Fragen Sie Ihren Händler nach unseren Zigaretten.

Wir brauchen Ihre Unterstützung.

Vertreter für Groß-Berlin:  
**P. Horsch, Engelufer 15**  
Gewerkschaftshaus.

## Möbel-Cohn

1. Geschäft: Gr. Frankfurter Str. 58  
2. Geschäft: Grüner Weg 109

## Möbel auf Kredit

Riesen-Auswahl  
Anzahlungen auf Stube und Küche:  
Mark 15 bis 25    30 bis 45    50 bis 70    75 bis 100

Moderne Schlaf-, Speise-, Herren- und Wohnzimmer  
jeder gewünschten Art von 40 M. Anzahlung an.  
Einzelne Möbelstücke    Größte Rücksicht bei von 5 M. Anzahlung an.    Krankheit und Arbeitslosigkeit.  
Liefere auch auswärts, Abzahlung wöchentlich, monatlich, resp. nach Vereinbarung.  
Vorzeiger dies. Inserats erhält beim Kauf 5 M. gutgeschrieben.  
Sonntags 12-2 Uhr geöffnet.

## Gardinen.

Größtenteils Gardinen-Spezialfirma  
**Gardinenhaus Bernhard Schwartz**  
(früher Wallstr. 29)  
jetzt Spindlershof (Wallstr. 13)

verkauft auch alle mit der Gardinen-Branchen verwandten Artikel (Vorhänge, Kissen, Teppiche, Mäntel usw.) von einfach bis hochlegant **außergewöhnlich billig.**

Bernspr.: Sente. 1906.    Zgr.-K.: Gardinenhaus.

## Möbel-Angebot.

Solide Möbel-Firma liefert Spezial-Ein- und Zweizimmer-Einrichtungen sowie Einzelmöbel gegen mäßige Rindvergütung bei kleiner Anzahlung und geringen monatlichen Ratenzahlungen. Anfragen: Postkarte 806. Postamt 27. Keine Kassierer.    Größte Kulanz.

## Arbeitermöbel

Die Arbeiterwohnung im Gewerkschaftshaus ist geschlossen. Es können die Möbel aber an jedem Hochtag bis 7 Uhr abends in der Fabrik (mit Ausnahme von 1/2-1/2 Uhr)

20 Zeughofstraße 20

bestellt werden.  
Sonntags nur nach vorheriger Anmeldung. Teilzahlungen werden zu den bekannten Bedingungen gewährt.

## Hautleiden

Jetzt bin ich in der Lage, Ihnen meinen herzlichsten Dank für Ihre wundervoll heilende Medizin, die mich vollständig von dem schmerzhaften Hautleiden befreit hat, voll und ganz zu sagen. Gutes Gelingen, München (Bez. Halle).  
Die patentamtlich in Berlin geschützten **Hauptpillen** in allen Vororten in allen Apotheken zu haben.  
Bestand nach auswärts durch Biomarek-Apothek, Berlin, Wrangelfstraße 47. Volkarte genügt.

## Butterhandlung



Billigste Einkaufsquelle.  
Höchste Rabattsätze. ☺  
35 Filialen  
in Berlin u. Vororten.

## Kuren für Kassenkranke.

Was für die Weiden eine Badereise, das ist für das Kassenkassen-Mitglied eine Djetbäder-Kur, die es, falls eine Badewanne vorhanden, im eigenen Hause oder in einer Badeanstalt vornehmen kann. Zu einer kleinen Kur gehören mindestens 12 Djetbäder. Die Erfolge, welche die Forschungsergebnisse aus bedeutenden Kliniken bestätigt haben, sind so bedeutend, daß auch von Kassenpatienten, deren Gesundheit ja ihr einziges Kapital und für die daher das Beste gerade gut genug ist, noch weit mehr Gebrauch davon gemacht werden sollte, als es bereits seitens einsichtiger Kassenverwaltungen geschieht. Gewiß kosten (in der Spezialpackung für Kassenkassen und bei direktem Bezug von mindestens einem Postpaket zu je 12 Stück von der Firma 2. Eilan-Eden, Berlin-Westend, D/1) Djetbäder

das Stück 1,25 Mark, aber dafür bedeutet eine richtig durchgemachte Djetkur für chronisch Kranke auch einen ganz anderen Eingriff, als etwa eine bloße Medizin. Eine Djetbäder-Kur dreht den Körper loszulassen um und um und greift an den Wurzeln des Lebens an. Und das auf naturgemäßen Wege, durch reichliche Zufuhr von Djet, wie man eine Zwischenstufe zwischen dem gewöhnlichen Sauerstoff und dem Ozon nennt.  
Die Hauptangriffspunkte der Djetbäder sind die Ausscheidungsorgane, das Blut, die Nerven und vor allem das Herz; auch, wie kirchlich in italienischen Kliniken gefunden wurde, die Nierenleiderorgane. Seit fast 10 Jahren sind die Djetbäder in immer steigendem Gebrauche, leider hauptsächlich in den Häusern der Wohlhabenden. Wenn sich nun die Fabrik entschlossen hat, ihre Original-Djet-Bäder in völlig gleicher Zusammensetzung zur Hälfte des gewöhnlichen Preises

auch den Kassen zugänglich zu machen, so ist das im Interesse der kranken Mitglieder freudig zu begrüßen und auch die Firma wird es infolge des gesteigerten Absatzes nicht zu bereuen haben. Die Krankheitszustände, bei denen Djetbäder sich bewährt haben, sind im wesentlichen folgende: Gicht und nervöse Herzleiden, Ersterkrankung, Nierenentzündung, Joderkrantheit, funktionelle und organische Nervenleiden (z. B. Neurasthenie, Dystonie, Vasomotorische Krankheit, Tabes, Lähmungen, Neuralgie, Jodias, Krampfzustände, Aufgereiztheit, Kopfschmerz, Migräne u. a.), Muskelschwäche und Rheumatismus, Atembellemungen, Erkrankungen der Lungen, Blutarmut, jugendliche Hautleiden, Frauenleiden, besonders bei den Beschwerden der Periode und der Wechseljahre, während der Schwangerschaft, nervöse Stuhlträgheit, Hämorrhoidalleiden, akute Infektionskrankheiten, allgemeine Schwächezustände.

noch eine Bemerkung bezüglich der bei jeder guten Sache unausbleiblichen Surrogate, die sich meist Sauerstoffbäder nennen, aber häufig von erstaunlicher Unwertigkeit sind, auch bezüglich des Preises. Denn wenn derartige Surrogatzeugnisse nicht die gleiche Zusammensetzung haben, wie die echten Djetbäder, welche den Untersuchungen medizinischer Forscher zu Grunde liegen, wenn sie um 20 bis 60 Proz. weniger Djet enthalten als die echten Bäder und nur um wenige Pfennige billiger, also im Grunde genommen teurer sind, dann lohnt es wohl kaum, wegen einer nur scheinbaren Ersparnis von dem Originalpräparat abzugehen. Wer sich über Djetbäder genauer unterrichten will, lasse sich von oben genannter Firma Druckfachen und Probebäder schicken, was Kassenverwaltungen gegenüber gratis geschieht.    Dr. med. — 2.





# A. Wertheim



Leipziger Str. Königstr.

Schriftliche Bestellungen an die Versand-Abteilung Berlin W 66 erbeten.

Rosenthaler Str. Moritzplatz

## Besonders preiswerte Angebote

### Damenkleider

Kleid aus gepunktetem Woll-Musselin, doppelter Volantrock, aparte Blusenform farbiger Frotte-Kragen	17 M.
Kleid aus weissem Wasch-Voile, mit reicher Stickerei	26.75
Kleid aus reinseid. Paillette, aparte, lose Form u. Knopfgarnierg.	29 M.
Kleid aus reinseid. Paillette, lose Form, Geishaschal mit Tüllrüsche	39 M.
Kleid aus leicht. Woll-Krepp, gestickt. Taille u. Plissee-falt.-Ueberrock	46 M.
Kleid aus reinseidenem gestreiftem Surah	67 M.
Sportrock aus farbig. Loden, ganz z. Durchknöpf., mod. Gürtel	13.50
Moirérock mit Jettelknebeln und Taillenkrause	15.50
Blusenrock a. reins. Duch, Musselin, aparte Fall., vorn m. Gürt.	25 M.

### Damenhüte

Handgenähte Bortenhüte Toredorform, mit einfarbigem oder schottischem Stoff garn.	5.50
Moiré-Uebergangshüte neueste Formen	8.50
Trotteur handgenähter Bortenhut mit Seidenstoff, mit Tüll- oder Federpompas garniert	7.25
Weißer Hute mit Borten genäht, mit Rips- oder Moirékopf u. Pompons oder Phantasiegarnitur.	9.75
Trotteur handgenäht mit schottischem oder Bajaderstoff garniert	11.50
Kleine Trotteurform handgenäht, mit neuen Blumengarnituren und Seidenkopf	14.50
Handgenähte Trotteurform mit Borten genäht, mit Früchten od. Blumenspiquets	17.50

Eingang der neuesten Fassons in Hutformen

### Jacken-Kostüm

aus dunkelblauem Cheviot, mit Moiré-Schal, Kragen und Stulpen, Rücken mit großer Geisha-Schleife, Blusen-Jackett mit Halbseide gefüttert

25.75

### Jacken-Kostüm

aus dunkelblauem Coleté, mit Rückengürtel, Jackett mit Halbseiden-Futter

21.75

### Crêpeline

reine Wolle, in vielen leuchtenden Farben, ca. 110 cm breit

1.65 Meter

### Satin-Grenadine

besonders preiswerte Qualität in großem Farbensortiment, Breite ca. 100 cm

4.80 Meter

### Teppiche

Excelsior starkes, doppelseitiges Gewebe in Persermustern

Größe ca.	40-80	80-100	120-190	160-250	190-285	250-350
70 Pf.	1.10	5.15	8.60	12.75	21.50	

Axminster Royal preiswerte Qualität

Größe ca.	85-110	85-130	130-190	160-230	190-290	260-330
	2.60	3.90	11.25	17.75	26.—	39.50

Axminster Schirvan haltbares Plüschgewebe

Größe ca.	85-110	85-130	130-200	165-235	200-290	250-350
	3.50	5.15	14.50	22.—	31.50	51.—

Velours Herat empfehlenswerte Qualität

Größe ca.	50-100	55-110	160-230	190-290		
	2.55	3.25	20.25	29.50		

Prima Velours haltbares Fabrikat

Größe ca.	85-110	85-130	130-200	165-230	200-300	230-320
	3.65	4.85	15.25	23.75	35.50	48.25

Bouclé Silesia praktisches Haarbrüselgewebe

Größe ca.	82-110	87-130	130-185	150-250	200-285	
	2.25	3.85	13.25	20.50	28.50	

Bouclé-Hansa solide Qualität

Größe ca.	85-130	170-235	200-300	250-350	300-400	
	4.85	24.50	35.00	51.00	68.50	

Kirwan mit Fransen hochfloriges, smyrnaartiges Gewebe

Größe ca.	85-130	90-180	200-300	250-350	300-400	
	9.60	19.75	62.50	92.50	125.00	

LEIPZIGER STRASSE I. STOCK  
AUSSTELLUNG

RUSSISCHE VOLKSKUNST

DES DEUTSCHEN LYCEUM-CLUBS BERLIN

## Möbel-Boebel Berlin S Moritzplatz 58



**Schlafzimmer**  
echt Eiche anpoliert M. 315.—

- 1 Schrank mit Spiegel ..... M. 96.—
- 1 Waschkommode mit Marmor ..... 55.—
- 1 Spiegelauflage ..... 10.—
- 2 Bettstellen ..... & M. 48.— 92.—
- 2 Nachttische mit Marmor ..... 40.—
- 2 Stühle ..... 14.—
- (1 Bettumbau extra N. 68.—) M. 315.—

**Wohnzimmer**  
echt Nussbaum, furniert M. 278.—

- 1 Kleiderspind ..... M. 56.—
- 4 Stühle ..... & M. 5.— 20.—
- 1 Trumeau mit Glase ..... 25.—
- 1 Auszugtisch ..... 23.—
- 1 Vertikow ..... 66.—
- 1 Moquette sofa ..... 75.—
- (1 Umbau extra N. 53.—) M. 278.—

Frachtfrei d. ganz Deutschland. Verkauf nur im Fabrikgebäude. 5 Jahre Garantie  
Geprägtel 1879 9 Etagen Musterbuch gratis  
Geöffnet: Wochentags 8-3 Uhr, Sonntags 12-2 Uhr



Spezialität: Ein- und Zweizimmer-Einrichtungen

# H. Wetken & Co.

ist ein modernes Spezial-Haus für Herren- und Knaben-Garderobe

Tel. Moritzplatz 13268 Oranien-Strasse 166 Nähe Oranienplatz

Größte Auswahl in moderner Garderobe

Für prima Verarbeitung sowie tadellosen Sitz übernehmen wir jede Garantie.

Katalog gratis.



# Handlungsgehilfen!

Wählt heute,  
von 10 bis 3 Uhr:

# Liste 2.

## Zur Versicherung der Dienstboten.

Seitdem die Einführung der Krankenversicherung für Landarbeiter und Dienstboten beschlossen ist, sind unsere Agrarier nicht müde geworden, dagegen Sturm zu laufen; hat man doch offen erklärt, daß bei der Einführung der Krankenversicherung für diese Zweige mit größter Vorsicht zu Werke gegangen werden muß, um die Leistungsfähigkeit der beteiligten Arbeitgeber nicht über Gebühr in Anspruch zu nehmen. Diesem Bestreben entsprechend sind auch die Leistungen in den Landkrankenlisten äußerst minimal festgesetzt worden. Trotzdem lassen die Gegner jedweder Sozialpolitik ihrem Grimm und Groll freien Lauf.

Den ländlichen Arbeitgebern haben sich dann die häßlichen „Herrschaften“, die da Dienstboten beschäftigen, zugesellt. Auch diese klagen über die „ungeheure Belastung“, die durch die Versicherungsgegebung ihnen auferlegt worden sei.

Wer da in den letzten Wochen Gelegenheit hatte, die bürgerlichen Blätter durchzusehen, konnte feststellen, daß sich alle bürgerlichen Zeitungen in den Dienst der Herrschaften gestellt zu haben scheinen. Allen voran der „Berliner Lokalanzeiger“, auch das liberale „Berliner Tageblatt“ schließt nicht. In den rührendsten Tönen wurde die Not der armen Herrschaften gesungen, die die hohen Beiträge zur Krankenversicherung und Invalidenversicherung nicht zahlen könnten. Die armen Herrschaften, die auf Grund ihrer sozialen Stellung gezwungen sind, ohne über große Einkommen zu verfügen, einen Dienstboten halten zu müssen. Ueberflüssig zu sagen, daß wir auf dem Standpunkt stehen, wenn eine Herrschaft nicht über genügende Mittel verfügt, sie sich keinen Dienstboten halten und die „gnädige“ Frau selbst Hand anlegen soll. Zum größten Teil sind es ja auch die Herrschaften, die infolge ihrer beschränkten Mittel glauben, dem Dienstboten alles bieten zu dürfen, bei denen dieselben oftmals ungenügende Schlafstätten und Kost erhalten.

Die Dienstboten werden, auf Grund ihres Einkommens der Klasse zugeteilt, die für das Einkommen maßgebend ist. Auf Grund des dreihundertfachen Betrages des für diese Klasse festgesetzten Tagelohnes müssen dann die Beiträge zur Invalidenversicherung gemäß § 160 der Reichsversicherungsordnung bei der Berechnung den Wert der Sachbezüge (Wert der Wohnung und Kost) festzusetzen.

Dieses ist für Berlin geschehen und wurde der Wert hierfür auf 610 M. festgestellt. Unter Hinzurechnung des Barlohnes würde die Mehrzahl der Dienstboten der 3. Klasse der Allgemeinen Ortskrankenliste der Stadt Berlin zugehörig sein, für welche ein Betrag von jährlich 48,20 M. zu leisten ist. Alle Dienstboten dieser Klasse würden demnach, da der Grundlohn für diese Klasse 8 M. beträgt, der dreihundertfache Betrag 600 M. ergibt, der 4. Klasse der Invalidenversicherung zugehörig sein. Diese Kosten können angeblich die Herrschaften nicht tragen, man ist dagegen Sturm, gelassen. Leider hat das Versicherungsamt Berlin dem Drängen hatgegeben und ist in eine nochmalige Prüfung des Wertes der Sachbezüge eingetreten. Es ist eine anderweitige Festsetzung erfolgt.

Der Wert der Sachbezüge ist jetzt, gültig vom 1. Februar 1914 ab, auf 400 M. zurückgesetzt worden.

Dadurch kommen diejenigen Dienstboten, die an Barlohn weniger wie 285 M. pro Jahr erhalten, in die zweite Klasse der Krankenliste, mit einem Beitrag von 28,80 M. pro Jahr. Die „armen Herrschaften“ brauchen demnach pro Jahr — wenn sie den Beitrag voll aus ihrer Tasche bezahlen — 14,40 M. weniger bezahlen. Eine Ersparnis, wert, Ströme von Tinte zu vergießen!

Allerdings hat man dadurch auch erreicht, daß für die der zweiten Klasse der Klasse angehörenden Dienstboten nur die dritte Klasse Invalidenmarken zu kleben sind, so daß auch hierbei sich eine Ersparnis von 4,16 M. pro Jahr, wenn die Herrschaft den ganzen Betrag zahlt, erzielen läßt. Daß man aber dadurch Tausende von Dienstboten schädigt, indem die Leistungen der Krankenliste und der Invalidenversicherung nach den Beiträgen bemessen werden, bei niedriger Beitragszahlung der Anspruch geringer ist, kümmert anscheinend jene Herrschaften, die da Nutzer im Streit sind, nicht. Für diese kommen nicht allgemeine soziale Momente, sondern nur die höheren oder geringeren Beiträge in Betracht.

In der Bekanntmachung des Magistrats in Nr. 8 des „Gemeindeblatts“ wird gesagt, daß für die Dienstboten unter 18 Jahren Marken der 2. Klasse gestellt werden müssen. Dem Schreiber dieser Bekanntmachung ist aber ein Tricium unterlaufen, den man nicht erwarten sollte. Nach der Reichsversicherungsordnung und dem früheren Invalidenversicherungsgesetz beginnt die Invalidenversicherungspflicht überhaupt erst vom 16. Jahre ab. Der Vorgang bezüglich der Dienstbotenversicherung beweist, mit welchen rückständigen Elementen, bis weit in das liberale Lager hinein, die Arbeiterkraft zu kämpfen hat.

## Parteiangelegenheiten.

### Zur Lokalliste.

Der Verkehr nach Rudow ist infolge der Verlängerung der Straßenbahnlinien 47 und 48 erheblich gewachsen. Aus diesem Grunde werden Ausflügler ganz besonders darauf hingewiesen, daß die Arbeiterkraft in Rudow seit Jahren um Veranlassungslöcher kämpfen muß. Zur Verfügung stehen und dort der Lindenpark, Wendstr. 52, Inhaber Wedler, und das Lokal von Palm, Köpenicker-Strasse. Wir erlauben die organisierte Arbeiterkraft, bei Besuch des Ortes nur diese Lokale zu beschäftigen.

Die Lokalkommission.

### Verammlung der Jugendlichen von 18—21 Jahren.

Eine solche hatte der zweite Kreis zum Freitag einberufen. Der Besuch darf als ein recht erfreulicher bezeichnet werden. Genossin Mathilde Wurm wählte unter dem Thema: „Die politische Reise“ die Rotenbühnen, Ziele und Wege dieser Veranstaltungen in recht anziehender Weise darzulegen. In der anschließenden Aussprache über das „Wie“ der Fortsetzung dieser Abende klang deutlich das erste Wollen der jungen Genossen hervor, selbst tatkräftig an dem Gelingen mitzuwirken. Darin liegt auch in der Tat die beste Gewähr für den Erfolg. Nur bleibt zu wünschen, daß sich die weiblichen Altersgenossen in größerer Zahl beteiligen möchten.

**Dichtenberg.** Dienstag, den 17. Februar, abends 8 1/2 Uhr, Mitgliederversammlung im „Café Bellevue“, Hauptstraße. Tagesordnung: 1. Bericht aus dem Stadtparlament. Berichterstatter die Genossen Stadt. O. Grauer und O. John. 2. Diskussion. 3. Anträge. Vollzähliges Erscheinen der Mitglieder wird erwartet.

**Steglich.** Dienstag, den 17. Februar, abends 8 Uhr, im „Albrechtshof“, öffentliche politische Versammlung. Reichstagsabgeordneter Stolle spricht über: „Die Bedeutung der Konsumistenorganisationen, ihre Freunde und Feinde!“ In dieser Versammlung findet am Montag von allen Bezirkskollegen aus Flugblattverbreitung statt.

**Friedenau.** Am Mittwoch, den 18. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Kleinen Saale des Kaiser-Wilhelmgartens, Rheinstr. 64, Generalversammlung des Wahlvereins. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Dr. Thalheimer über: „Militarismus und Arbeiterklasse“. 2. Berichte, 3. Gemeindevwahl.

**Treptow-Baumgartenweg.** Am Dienstag, den 17. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal „Zur Rembahn“, Eisenstraße 115, Mitgliederversammlung des Wahlvereins. Tagesordnung: Bericht von der Kreis-Generalversammlung. Stellungnahme zu den Gemeindevahlen und Vereinsangelegenheiten.

**Lichterfelde.** Heute Sonntag vormittag findet zu der am Montag bei Richter stattfindenden öffentlichen Versammlung eine Ganzteilverteilung statt.

**Tempelhof, Mariendorf.** Montag, den 16. Februar, in Tempelhof, Lokal von Hennig (Manteuffel- Ecke Friedrich-Wilhelm-Strasse), Diskussion am Abend der Jugendsektion. Einleitender Vortrag des Genossen Ehrlich: „Arbeiterkraft und Kirche.“ Das Erscheinen aller jüngeren Genossen und Genossinnen wird erwartet. Gäste willkommen.

**Tempelhof.** Am Dienstag, den 17. Februar, Mitgliederversammlung des Wahlvereins im Lokal Stadt Dresden, Berliner Straße. Tagesordnung: Vortrag über die bevorstehenden Gemeindevahlen. Auffstellung der Kandidaten. Parteiangelegenheiten und Verschiedenes.

**Nieberschöneweide.** Dienstag, den 17. Februar, abends 8 1/2 Uhr, Generalversammlung bei Vod. Berliner Straße. Tagesordnung: a. Die bevorstehende Wahl zur Gemeindevereinerung.

**Rosenthal.** Am Dienstag, den 17. Februar, abends pünktlich 8 1/2 Uhr, im Lokal von Gustav Mühlradt, Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Vortrag des Genossen Bartholdi über: „Johann Gottlieb Fichte“. 3. Auffstellung des Kandidaten zur Gemeindevereinerung. 4. Parteiangelegenheiten. — Die Parteigenossen aus dem Ortsteil Nordend sind zu dieser Versammlung eingeladen.

**Reinickendorf-West.** Dienstag, den 17. Februar, Mitgliederversammlung im Lokal von Schröder (Eichbornstraße), Eichbornstraße 60. Tagesordnung: Bericht der Gemeindevereinerung.

**Vorsingwalder Wittenau.** Mittwoch, 18. Februar, abends 8 1/2 Uhr, in den „Vorsingwalder Festhallen“, Mitgliederversammlung des Wahlvereins. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Lehmann. 2. Vereinsangelegenheiten. 3. Verschiedenes.

## Berliner Nachrichten.

### Blumenschmuck für Freistellengräber in Friedrichsfelde.

Seit Jahren ist darüber geklagt worden, daß die sogenannten Armengräber auf dem hiesigen Zentralfriedhof in Friedrichsfelde nicht so gepflegt werden, wie es der Pietät auch gegen unheimlich gewesene Verstorbene und der Rücksicht gegen die Hinterbliebenen entspricht. Wurde ein neuer Rasenhügel für hundert oder mehr Freistellen angelegt, so sah die frisch angelegte Grasnarbe anfangs recht hübsch aus. Schon im nächsten Jahre aber traten die Witterungseinflüsse des Winters scharf hervor. Die Rasenhügel machten von nun an mit der ungesägten, verdorrten und verflügten Grasnarbe den Eindruck von einem Heidefeld. Hier und da schmückten wohl liebe Angehörige dauernd auch ein Armengrab, aber um die meisten Freistellen kümmert sich niemand, oder die Hinterbliebenen haben nicht die Mittel, um die Freistelle zu schmücken. Nur die Nummer am schwarzen Holzpfeil zeigt an, daß hier ein Mensch vom Stend für immer ausruht. Diesen Zuständen kann die hiesige Gartenverwaltung leicht abhelfen. In den hiesigen Gewächshäusern ist ein solcher Ueberfluß von Blumen vorhanden, daß die Friedrichsfelder Rasenhügel schon vom kommenden Frühjahr ab durchweg geschmückt werden können. Es kann so eingerichtet werden, daß sämtliche Rasenhügel nach wechselndem System an den Umfassungen mit Topfblumen und Stutzpflanzen bestellt werden. Eine solche Maßnahme würde den ganzen Friedhof verschönern. Soweit und bekannt, besteht auch bei der Gartenverwaltung die Absicht, die genannten Hügel zu schmücken. Die Kosten sind recht minimal.

Die ersten Zugvögel, wahrscheinlich angelockt durch das anhaltende sonnige Wetter, haben sich bereits wieder eingestellt. Stare sind es meist, die mit frohem Gärmen die alten Nester und Nistkästen aufsuchen. Nicht einzeln kommen sie, sondern wie es ihre Art ist, in ganzen, freilich nicht besonders großen Scharen. Kleinen dunklen Vögeln gleich senkten sie sich auf das kahle Baumgestütz, auf Dachziegel und Äste nieder. Sie haben diesmal einen verhältnismäßig frühen Termin gewählt und werden sicherlich noch manche winterliche Enttäuschung erleben müssen. Besonders possierlich wirkte ihre Ankunft dort, wo sich die Spagen in den vorjährigen Starbauten wohlhätig niedergelassen hatten. Die Grauräuber schimpften nicht schlecht; schließlich aber mußten sie doch vor den stärkeren und überlegenen dunkelfarbigen Artgenossen das Feld, d. h. die Nester räumen.

### Aus der Krankenkassenstatistik.

Im Jahre 1913 hat in Berlin bei den der Aufsicht des Magistrats unterstellten Krankenkassen (Orts-, Betriebs-, Innungs- und Krankenkassen) der Mitgliederbestand um 19016 verringert. Am 1. Januar 1913 waren 867703 Mitglieder vorhanden, am 31. Dezember 1913 wurden, nachdem inzwischen ihre Zahl im Laufe der zwölf Monate sich mehrfach auf und ab bewegt hatte, nur noch 848746 gezählt. Zählt man Berlin und die näheren Vororte zusammen, so gehörten innerhalb dieses Gebietes zu den in Betracht kommenden Krankenkassen am 1. Januar noch 1084571 Mitglieder.

dagegen am 31. Dezember nur auf 1016287 Mitglieder, das sind um 18284 weniger. Den Verlust, den die Krankenkassen in Berlin hatten, vermochten nur zu einem ganz geringen Teil die Vororte auszugleichen. In ihnen allein mehrten sich vom 1. Januar bis zum 31. Dezember die Mitglieder der Krankenkassen von 106809 auf 107541, selbstverständlich auch hier unter mannigfachen Schwankungen, wie sie alljährlich im Kreislauf eines Jahres sich zeigen. Der Rückgang der für Berlin und näheren Vororte ermittelten Gesamtzahl der Krankenkassenmitglieder kam im einzelnen so zustande, daß vom 1. Januar zum 31. Dezember sich minderten die Versicherten und zwar die männlichen von 588960 auf 570685, die weiblichen von 368716 auf 356839, zusammen von 957676 auf 927524, sich mehrten die Freiwilligen und zwar die männlichen von 28016 auf 25590, die weiblichen von 58870 auf 63173, zusammen von 81886 auf 88763, sich minderten die Mitglieder überhaupt und zwar die männlichen von 611676 auf 596275, die weiblichen von 422590 auf 420012, zusammen von 1034266 auf 1016287. Die Zunahme der Arbeitslosigkeit erklärt diese Minderung der Krankenkassenmitglieder, namentlich die so starke Minderung der Versicherten. Nebenher geht, wie immer in Zeiten der Arbeitslosigkeit, eine Abnahme der Freiwilligen, die aber den Abgang der versicherten Mitglieder nicht weit machen konnte.

### Das Schicksal des alten Opernhauses.

Gelegentlich der Feuerwehrparade am Freitag zog der Kaiser den Oberbürgermeister Vermuth in ein längeres Gespräch über die Bauten der Stadt, die Jubiläumstraße und das alte und neue Opernhaus. Der Kaiser soll dabei erklärt haben, daß das alte Opernhaus in seiner Bauart erhalten bleiben soll und vielleicht zu Universitätszwecken verwendet werden könne. Vielleicht könnten auch Veranstaltungen für die Allgemeinheit stattfinden.

Das neue Opernhaus im Tiergarten soll eine andere Gestaltung der Umgebung erhalten. Der Magistrat hat bereits im Sinne der Vorschläge der Staatsregierung zu der Angelegenheit Stellung genommen und wird demnächst der Stadtverordnetenversammlung Vorschläge unterbreiten.

### Eine Toilettenverpachtung durch Arthur Gröbning u. Co.

Gegen die Firma Arthur Gröbning u. Co., deren „Zentralbureau für Verpachtungen“ wir in den letzten Wochen wiederholt betrachtet haben, liegt eine Toilettenpächterin auf Rückzahlung ihres dem Gröbning'schen Bureau für drei Monate im voraus gezahlten Pachtgeldes im Betrage von 240 Mark. Gepachtet hatte sie in den Kammerlichtspielen am Potsdamer Platz durch Arthur Gröbning u. Co. ab 1. Januar die im ersten Stockwerk gelegene Damen-Toilette, man gestattete ihr aber an festgesetzten Tagen nicht, die Toilette zu übernehmen. Schließlich wurde diese an eine andere Pächterin überwiesen, die schon vor ihr eine Damen-Toilette desselben Lokals durch Arthur Gröbning u. Co. ab 1. Januar gepachtet hatte und gleichfalls die Toilette im ersten Stockwerk beanspruchte. In dem vor dem Amtsgericht Berlin-Mitte verhandelten Prozeß sollte, nachdem in einem ersten Termin, wie wir berichteten, ein Teil des Anspruches der Klägerin anerkannt worden war, gestern in dem zweiten Termin ihr Pachtvertrag gestiftet und als Zeugin jene andere Pächterin vernommen werden. Den Vertrag konnte die Klägerin wieder nicht vorlegen, weil ihn die Kriminalpolizei an sich genommen hatte, nachdem von der klagenden Pächterin auch eine Strafanzeige gegen Arthur Gröbning u. Co. eingereicht worden war. Die andere Pächterin bekundete, daß sie tatsächlich die Toilette verpachtet worden sei und zwar ihr gegen Vorauszahlung von 150 M. für drei Monate. Auch sie habe zunächst die Toilette nicht übernehmen dürfen, wobei man ihr in den Kammerlichtspielen gesagt habe, daß erst von Arthur Gröbning u. Co. selber noch Pacht gezahlt werden müsse. Gröbning habe ihr eine Entschädigung von 200 M. für jeden Tag bis zur Übernahme versprochen, doch habe er ihr, nachdem erst am 15. Januar die Übernahme zustande gekommen sei, bis jetzt noch keinen Pfennig davon gezahlt. Eine Doppelverpachtung habe Gröbning anscheinend als „ausgeschlossen“ bezeichnet, später habe er erklärt, daß „höchstens ein Schreibfehler“ vorliegen könnte. Am 16. Januar sei dann noch eine dritte Pächterin gekommen, die wieder die Toilette beanspruchte und durch Pachtvertrag und Quittung bewies, daß sie am 10. und am 15. Januar zusammen 200 M. an Arthur Gröbning u. Co. vorausbezahlt hatte. Zeugin äußerte vor Gericht die Befürchtung, daß Gröbning nun sie aus ihrem Pachtverhältnis herausdrängen wolle. Leider konnte bezüglich ihrer Angaben nicht sofort die wünschenswerte Aufklärung herbeigeführt werden, weil von der klagenden Firma Arthur Gröbning u. Co. weder der Inhaber noch ein Vertreter vor Gericht erschienen war. Zu der Frage des Richters, ob denn „Gröbning selber“ mit den Frauen verhandelt habe, wurde die Vermutung ausgesprochen, daß bei der Firma überhaupt kein „Gröbning“ mehr existiere. Daß der alleinige Inhaber ein Herr Artur Keil sei, hatte schon im ersten Termin ein für die Firma erscheinender Vertreter angegeben. Gestern endete die Sache damit, daß gegen den Firmeninhaber ein Verfaßungsbegehren beantragt wurde.

Auch wir möchten wissen, wer denn eigentlich Inhaber des Gröbning'schen Bureaus ist und wie sein polizeilich gemeldeter Name lautet. Uns interessiert das, weil uns Briefe aus Gröbning's Bureau zugegangen sind, die bald diesen bald einen anderen Namen als Unterschrift zeigen. Der Firmeninhaber wünscht nämlich, daß wir ihn zu einer „Rechtfertigung“ des Wortes geben. Ueber den erwähnten Artur Keil wird uns gesagt, daß er in Koabit als Kaufmannslehrling begonnen, später in Papenhagens Brauerei den Tanzmeister gemacht und dann mancherlei Schicksale gehabt habe. Es wird vermutet, daß „Gröbning“ so etwas wie ein „Künstlername“ dieses Keil ist.

Der Todesfall in der Kauerstraße kann als böllig ausgeführt bezeichnet werden. Die Befichtigung der Leiche des Schneidermeisters Jidox Rose hat ergeben, daß R. sich erschossen hat. Die erste Kugel schoß er sich in der Arbeitstube vor dem Spiegel tief in den Kopf. Die Verletzung war aber nicht tödlich. Aus der Kopfwunde blutend, ging nun der Lebensmüde nach dem Wohnzimmer und setzte sich dort auf das Schlafsofa. Von den fünf Schüssen, die er dann



Hier abgab, fehlten drei. Zwei trafen, waren aber auch nicht tödlich. Wahrscheinlich hat Rose unter ihrer Wiclung für kurze Zeit die Bestimmung verloren. Wo er wieder zu sich kam, griff er zu einem anderen Mittel, um seinem Leben ein Ende zu machen. Er erhängte sich mit seinem Kragenschoner in hohender Stellung an der Stütze, nachdem er sie eingeklinkt hatte. Hätte ein anderer ihn aufgefangen und nach Verlassen des Zimmers die Tür zugezogen, so müßte eine, wenn auch noch so schwache Schleifspur vorhanden sein. Sie fehlt aber gänzlich. Geruch ist nicht und in der ganzen Wohnung findet sich auch nicht eine Spur von Unordnung.

**Arbeiter-Bildungsschule.** Heute Sonntag, den 15. Februar, abends 7 Uhr, im Königstadt-Kasino, Folkmartstr. 72: Vortrag des Genossen Gustav Franke über: „Arbeiten und Vergelien im Weltall“. Mit Lichtbildern. Eintritt 20 Pf. Garderobe frei.

**Im Hippodromtheater** erlebte Hartjeins Militärburleske: „Der Stolz der Kompagnie“, die 50. Aufführung. Die Wirkung auf die Zuschauerkreise der Zuhörer ist noch unverändert. Aus dem übrigen Spezialitätenprogramm sind die von De Vey arrangierten Traumbilder besonders hervorzuheben. Darstellungen wie Rondo-Else, Sommernachts-Idyll, Blühende Au u. a. wirken geradezu überwältigend auf den Schönheitsgeist der Zuschauer. Trollich machen sich Baboßkis Dressierte Bäcker und das musikalische Wunderpferd Emir.

**Verloren.** Auf der Fahrt von Schwabe nach dem Götlicher Bahnhof ist am Mittwoch, den 11. d. M., eine braune Handtasche mit Bezeichnung einer Kartothek für Schwabe und mit 40 M. Reichsmarknoten (Metallarbeiterverband) liegen geblieben. Dem Verlierer trifft der Verlust um so härter, da er seit November v. J. arbeitslos und erkrankt ist. Der ehrliche Finder wird daher höflich gebeten, die Sachen an Ratzsch, Schwabe, Kollstraße 19, abzugeben.

**Die Zentralkommission der Krankenkassen** Berlins und der Provinz veranlaßt auch in dieser Woche wiederum hygienische Vorträge, die nachstehend aufgeführt sind. Der Zutritt zu diesen Vorträgen ist unentgeltlich. Am Donnerstag, den 19. Februar, in den nachbenannten Schulaulen über das Thema: „Schutz und Pflege des Auges“. Es sprechen Herr Dr. Mendel in der Rigauer Straße 81/82; Herr Dr. Faberstein, Waldemarstr. 25/26; Herr Dr. S. Levin, Oberstraße 10; Herr Dr. S. Curau, Hallescher Straße 55/56.

Am Freitag, den 20. Februar, sprechen in den folgenden Gemeindefchulen über das Thema: Die geschlechtliche Anordnung und ihre Folgen: Herr Dr. L. Lillenthal, Lillenthaler Straße 4/5; Herr Sanitätsrat Dr. Nathan, Kanstr. 17; Herr Dr. S. Levin, Kollstraße 5; Herr Dr. Ed. Bäumer, Bergmannstr. 28/29. In der Gemeindefchule, Bürgerstraße, spricht am Montag, den 18. Februar, Herr Dr. V. Richter über: „Ursachen und Verhütung der Tuberkulose“. In Charlottenburg, Gemeindefchule Sophie-Charlottenstraße 69/70, spricht am Mittwoch, den 18. Februar, Herr Dr. B. Friedländer über: „Geschlechtskrankheiten und ihre Verhütung“.

In Köpenick, Dorotheenschule, Freiheit, spricht am Dienstag, den 17. Februar, Herr Dr. E. Ewer über: „Die Impfung“.

In Friedenau im Gymnasium am Raybachplatz spricht am Montag, den 18. Februar, Herr Professor Dr. H. Sommerfeld über: „Die beruflichen Erkrankungen des Arbeiters“.

In Lichtenberg, Neue Schule, Marktstraße, spricht am Dienstag, den 15. Februar, Herr Dr. Keil über: „Frauenkrankheiten und ihre Verhütung“. (Nur für Frauen.)

In der Gemeindefchule in der Kronprinzstraße spricht am Donnerstag, den 19. Februar, Herr Dr. B. Schädel über: „Hygiene in Haus und Familie“.

In Mariendorf im Gymnasium in der Kaiserstr. 17/21 spricht am Donnerstag, den 19. Februar, Herr Dr. Rosas über: „Verursachungen“.

In Neukölln, Albrecht-Dürer-Oberrealschule, Emier Straße 137, spricht am Freitag, den 20. Februar, Herr Dr. C. Gumpert über: „Vorbeugung und erste Behandlung bei Magen- und Darmkrankheiten“.

In Prenzlau, Gemeindefchule in der Grundhofstraße, spricht am Donnerstag, den 19. Februar, Herr Dr. H. Sachs über: „Uberglaube in der Medizin“.

In Reinickendorf-Ost, Gemeindefchule in der Letten-Allee 28/27, spricht am Mittwoch, den 18. Februar, Herr Dr. H. Hagedorn über: „Infektionskrankheiten und Tuberkulose“.

In Reinickendorf-West, Gemeindefchule in der Auguste-Viktoria-Allee, spricht am Donnerstag, den 19. Februar, Herr Dr. D. Saenger über: „Entstehung und Verhütung von Erkrankungen der Leberhöhlen der Nase“.

In Schöneberg, Gemeindefchule in der Feurigstr. 61/62, spricht am Dienstag, den 17. Februar, Herr Dr. W. Goldheim über: „Ursache und Verhütung von Lungenschwindsucht“.

In Steglitz, Gemeindefchule in der Plantagenstr. 8/9, spricht am Mittwoch, den 18. Februar, Herr Dr. E. Meyer über: „Die Tuberkulose und ihre Verhütung“.

In Tegel, Gemeindefchule in der Treckowstraße, spricht am Dienstag, den 17. Februar, Herr Professor Dr. H. Sommerfeld über: „Die Tuberkulose und ihre Verhütung“.

In Tempelhof, Gemeindefchule in der Friedrich-Wilhelm-Straße 11/13, spricht am Dienstag, den 17. Februar, Herr Dr. E. Kuld über: „Prophylaxe und Therapie von Magen- und Darm-erkrankungen“.

In Weichensee, Gemeindefchule Langhansstr. 120, spricht am Freitag, den 20. Februar, Herr Dr. M. Sonthausen über: „Rheumatismus und Gicht“.

Sämtliche Vorträge beginnen pünktlich abends um 8 Uhr.

## Vorortnachrichten.

### Die Gemeinde-Milchkuranstalt, eine Kuranstalt der Reichen.

Staats- und kommunale Betriebe sollen Musterbetriebe sein, und zwar nicht nur in bezug auf die Arbeitsverhältnisse ihrer Arbeiter und Angestellten, sondern auch in bezug auf die Wohlfahrt ihrer Produkte.

Diesem Grundsatz stellen unsere Vertreter in den verschiedenen Körperschaften voran, wenn sie für die eigene Regie irgendeines Betriebes eintreten. Die Milchkuranstalt der Gemeinde Weichensee, die ihre Produkte auch über den Rahmen des Gemeindebezirks hinaus absetzt, betreibt eine, unseren Auffassungen völlig widersprechende Geschäftspraxis. Ihre für Säuglingsmilch, Joghurt, Kefir, Buttermilch, Butter usw. erhobenen Preise ermöglichen es nur den Reichen, Abnehmer dieser Produkte zu sein. Und doch sollte ein Gemeindebetrieb seine vornehmliche Aufgabe darin erblicken, nicht nur der bestehenden Gesellschaftsstruktur, sondern der Allgemeinheit zu dienen. Das kann ein Gemeindebetrieb natürlich nur, wenn er unter Wahrung aller in Betracht kommenden sanitären Maßregeln auch den ärmeren Gesellschaftsklassen die Möglichkeit gibt, Waren zu angemessenen Marktpreisen zu erhalten. Letzteres wird allerdings zur Unmöglichkeit, wenn man weiß, daß ein Liter Säuglingsmilch aus der Weichenseer Milchkuranstalt 1 M. kostet, und wenn man weiter in Betracht zieht, daß für Buttermilch der gleiche Preis erhoben wird. Eine Literflasche Kaffeekeim kostet 1.20 M., eine halbe Flasche Kefir 0.33 M., nur die Butter nähert sich, das Pfund mit 1.50 M., dem Marktpreis. Welcher ärmeren Familie ist es möglich, Kunde der Gemeinde Weichensee zu werden? Doch ausschließlich denen, die über ein gefülltes Portomonnaie verfügen. Die Geschäftspraxis dieses Gemeindebetriebes erscheint in einem um so sonderbaren Dichte, wenn man erwägt,

daß andere Betriebe Groß-Berlins erstklassige Säuglingsmilch schon für 40 Pf. und Säuglingsbuttermilch für 25 Pf. verkaufen. Uns wird mitgeteilt, daß die Gemeinde Weichensee nicht so billig liefern könne, da die Kühe geübt und auch sonst alle hygienischen Maßnahmen angewendet würden. Ein solcher Einwand ist jedoch nicht geeignet, diese horrenden Preise zu rechtfertigen, denn auch andere Milchkuranstalten befolgen zum Teil diese sanitären Maßregeln.

Geradezu kurios muß es aber wirken, wenn man bedenkt, daß bei diesen hohen Preisen die Gemeinde an ihrer Milchkuranstalt jährlich Tausende von Mark aus Allgemeinmitteln zugibt, — zuzieht, damit die Reichen nicht noch mehr zu bezahlen brauchen. Uns scheint, als ob in diesem kommunalen Betriebe doch so manches nicht in Ordnung ist. Zum mindesten erhebt es die Rücksichtnahme auf die Interessen der Allgemeinheit, daß die Gemeindevertretung über die Weichenseer Milchkuranstalt einmal in ernste Erwägungen eintritt.

### Wilmerdsdorf.

#### Ueber „Die politische Lage“

referierte am Freitag in einer vom Wahlverein einberufenen öffentlichen Versammlung Genosse Scheidemann. Der Andrang zu dieser Versammlung war ein so starker, daß bereits um 1/2 9 Uhr das Lokal „Viktorgarten“ abgesperrt wurde, und Saal wie sämtliche Nebenzimmer überfüllt waren. Der Referent legte seinem Vortrage in der Hauptsache die Lage auf dem Gebiete der Sozialpolitik, die Rüstungsangelegenheit und die Frage zugrunde: „Soll das Reich noch weiter „verpreußt“ oder demokratisch gestaltet werden?“ Bezüglich des ersten Punktes schloß sich die Regierung zum Standpunkt der vollen Kompottschüssel zu bekennen. Sei doch auf dem Gebiete der Sozialpolitik nicht ein einziger Schritt vorwärts zu verzeichnen, während auf dem Gebiete der sozialen Rechtsprechung sogar ein merklicher Rückschritt zu verzeichnen sei, wie die Rentenversicherungen und die skandalöse Unfallgewohnheits-Rechtsprechung zeigen. Auf die Rüstungsangelegenheit übergehend, zeigte Referent an treffenden Beispielen, daß das alte Wort: „Wer den Frieden will, rüste zum Kriege!“ ein durchaus falscher Standpunkt sei. Bedenke doch jeder Soldat, jede Plüme und Kanone mehr gerade die erhöhte Kriegsgefahr. Im Zusammenhang hiermit besprach Redner sodann das Ergebnis der Kruppaffären, die Verträge der internationalen Waffenfabrikanten zur Demagogelung der einzelnen Vaterländer, sowie die Abrüstungskonvention des Lord Churchill und den Standpunkt der deutschen Regierung hierzu, die sich mit dem sogenannten Reichsanwalt in dieser Frage ständig dem Einfluß der Rüstungsinteressenten beugen müsse. Bedenken diese Rüstungen so schon eine ständige Kriegsgefahr, so üben sie auch in anderer Beziehung noch eine verheerende Wirkung aus. Das sei die Gefahr der Verfeuchung des Reiches mit dem häßlichen Kommissariat, der sich auch in den Stellen der zivilen Verwaltungen breit mache, und der Untertanenlehre der Kaiserin, der den armen Teufel zum Sklaven, die Offizierskaste aber zu Halbgottern in Uniform mache. — Als charakteristisches Zeichen der erbärmlichen politischen Zustände dürfe man das preußische Wahlrecht und das preußische Abgeordnetenhaus bezeichnen. Nach einer ährenden Kritik der bis auf die Strumpfbänder schwarzgewickelten Chauvinisten des Preußensbundes, kam Redner dann auf die neueste n i c h t e T ä t i g k e i t des deutschen Thronfolger in Landwirtschaft zu sprechen, der Institution, in der das Reden einem anderen 120 000 M. und einen Orden an den „herausgeschmissenen, unfähigen“ Pächter gekostet hat. Es sei immerhin erfreulich, daß hier das „Widen“ zeige, wohin die Fahrt gehe. Alle diese Dinge im Zusammenhang ergäben als Quelle immer wieder den Kapitalismus und dessen Entwicklung zum Imperialismus. Deshalb müsse es heißen: Demokratisierung des Reiches zur Eröberung der politischen Macht durch den Sozialismus. Hierzu aber gehöre wahre, zielbewusste Arbeit, keine Halbheiten und keine Experimente! Stürmischer, minutenlanges Beifall folgte den fünfviertelstündigen Ausführungen des Referenten. — Der Vorsitzende, Genosse Babian, richtete sodann an die gerade in Wilmerdsdorf noch zahlreich vorhandenen Indifferenten die Aufforderung, nun auch ihrerseits durch Anschluß an die Partei zu bekunden, daß sie gewillt seien, einzutreten gegen die Reaktion auf allen Gebieten. — Frau Toni Breitscheid ermahnte besonders die zahlreich anwesenden Frauen, Mißfälligkeiten zu werden und forderte zu zahlreichster Beteiligung an dem Frauentag und der Werbearbeit der „Roten Woche“ auf. — Nach dem Vortrag des Rühmannschen „Lord Holsen“ durch den Arbeitergesangsverein, der die Versammlung auch mit dem Chor „Ich warte Dein!“ eingeleitet hatte, fand die Versammlung ihr Ende.

### Neukölln.

In der Sitzung der Krankenhausesdeputation leitete der Vorsitzende mit, daß bei Errichtung des neuen Krankenhauses am Mariendorfer Weg von der Einrichtung einer Poliklinik und einer gynäkologischen Abteilung abgesehen wird. Seit dem 1. Oktober 1913 erfolgte die Verlegung des städtischen Krankenhauses in Budow mit früherer Milch durch das städtische Milchgut Bahmannsdorf. Auch würden die Milchgüter zur Lieferung von Gemäse in erheblichem Umfang als bisher herangezogen. Den Vorschlägen der Krankenhausesverwaltung über den Ausbau der Wirtschaftsräume und über die Erweiterung des Isolierpavillons wurde zugestimmt und die Einstellung eines Betrages von 200 000 M. in das Hauptgetraordinarium 1914 genehmigt.

**Verstümmelter Knabe.** Seit Mittwoch voriger Woche wird der 10-jährige Knabe Heinz Berend aus der Panierstr. 60 vermisst. Der Knabe ging wie gewöhnlich morgens gegen 8 Uhr zur Schule. Dort ist er aber nicht eingetroffen und seitdem spurlos verschwunden. Der Junge ist 1.20 Meter groß, hat dunkelblondes Haar, war bekleidet mit graugrünem Jackett und Gurt sowie Aniehofen, schwarzen Strümpfen, gestrichelter grauer Hose mit weißem Rand und einer Schulkappe. Hinter dem rechten Ohr hat er eine Narbe. Die Eltern bitten bei etwaigem Auffinden ihres Sohnes um Nachricht.

### Lichtenberg.

Am Mittwoch, den 18. Februar, abends 1/2 9 Uhr, veranstaltet der Bildungsausschuß von Lichtenberg bei Pödenbagen, Schwarnweberstr. 60, eine Zusammenkunft aller jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen von über 18 bis 21 Jahren. Thema: „Unsere Ziele.“ Referent Genosse Peters. Die in Betracht kommenden jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen werden ersucht zu erscheinen.

### Tempelhof.

**Aus der Gemeindevertretersitzung.** Zur Erleichterung des Wahlgeschäfts bei der Gemeindevahl sollen auch diesmal amtliche Wahllegitimationskarten an die Wähler verteilt werden. Nachdem über mehrere Einsprüche gegen die Richtigkeit der Wählerliste verhandelt war, wurde in die Beratung des Gemeindehaushalts für 1914/15 eingetreten. Bürgermeister Wiesner gab zunächst eine kurze Uebersicht über die Gestaltung des Etats im allgemeinen. Er betonte, daß gegenüber dem Vorjahr erhöhte Aufwendungen zu machen seien für Neugestaltung von Straßen, Erbauung von Schulen und damit, entsprechend dem Anwachsen der Einwohnerzahl Tempelhofs, für die Schullasten. Ebenso sei der Armenetat um ein Bedeutendes erhöht. Trotzdem sei Tempelhof in der Lage,

ohne eine Erhöhung des Gemeindesteuereinzugs auszukommen. Allerdings müßte, um die Mehrausgaben decken zu können, zu einer Erhöhung der Grundwertsteuer geschritten werden. Tempelhof sei in bezug auf diese Steuer in Vergleich zu anderen Gemeinden sehr mäßig. Ebenso müsse die Grundsteuer von 20 auf 30 M. erhöht werden. Aber dennoch fehlten 30 000 M. zur Bilanzierung. Dem solle dadurch abgeholfen werden, daß man dem Fonds für Ausbau alter Ortsstraßen halt wie sonst 40 000 M., nur 10 000 M. überweise. Der Etat schloße in Einnahme und Ausgabe ab in der ordentlichen Verwaltung mit dem Betrage von 2 383 000 M., gegenüber dem Vorjahr ein Mehr von 775 000 M. Der außerordentliche Etat schloße ab mit 4 302 000 M., gegenüber dem Vorjahr ein Mehr von 571 000 M. Genosse Müller meinte: aus den Ausführungen des Bürgermeisters sei zu ersehen, daß der Etat nicht so günstig sei, wie ihn derselbe am Schluß seiner Rede darzustellen versuchte. Schon der Umstand, daß man dem Fonds für den Ausbau alter Ortsstraßen 30 000 M. entziehe, zeige, daß man in Verlegenheit war, den Etat zu bilanzieren. Wenn sich die Gemeindevertretung dazu aufschwingen könnte, die von der Sozialdemokratie geforderten sozialen Forderungen zu bewilligen, so würden seine Parteigenossen für die Erhöhung des Gemeindesteuereinzugs eintreten. Ein Teil der Anträge, die die Sozialdemokraten bereits früher gestellt hatten, aber von der Mehrheit abgelehnt worden seien, erscheine jetzt im Etat. Daran sei man gewöhnt, daß alle Anträge, die, weil sie von Sozialdemokraten kommen, abgelehnt würden, später aber als von den Bürgerlichen gestellt, wiederleben. Uns könne, meinte der Redner, das gleichgültig sein; die Hauptsache sei, daß die Anträge durchgeführt würden. Eine Vorseherhaltung des Etats könne herbeigeführt werden, wenn die Gemeinde sich entschließen könnte, verschiedene Gemeindearbeiten in eigene Regie zu übernehmen. Zum Schluß erklärte Müller das Einverständnis seiner Freunde für die geforderte Erhöhung der Grundwertsteuer. Dr. Richter und Rechnungsrat Kund sind als Hausbesitzer von der Erhöhung der Grundwertsteuer nicht entzückt; sie stimmen aber zu, um Tempelhof durch die Erhöhung der Gemeindesteuer den Zugang neuer Einwohner nicht zu versperrten. Herr Dr. Richter leistete sich sogar den Luxus, zu erklären, daß auch er für soziale Forderungen eintrete; wenn jedoch keine Mittel vorhanden seien, dann könne man diese eben nicht erfüllen. (Dabei dachte der Herr jedenfalls an die bewilligten Mittel für eine Kirche und patriotische Feiern.) — Aus der alsdann erfolgten Spezialberatung ist bemerkenswert, daß dem Syndikus unter dem Widerspruch unserer Parteigenossen eine außerordentliche Zulage von 700 M. bewilligt wurde. Genosse Schmidt erklärte hierzu: man solle zunächst einmal an die schlecht bezahlten Arbeiter denken und nicht immer von oben anfangen und in der Mitte aufhören. Auch der Einstellung eines neuen Polizeiergeantens wurde durch Genossen Müller widersprochen, weil die Beamten auch für politische Zwecke Verwendung finden. Für Erteilung von Haushaltungsunterricht in den Volksschulen für eine beschränkte Anzahl Kinder werden 1000 M. im Etat gefordert. Genosse Schmidt forderte obligatorische Einführung dieses Unterrichts und die Einstellung einer dementsprechend höheren Summe. Dieser Antrag fand nicht die Unterstützung der Bürgerlichen. Gegen die Forderung von 670 M. zur Beihilfe zu den Schulparzellen wandte sich Genosse Schmidt. Wenn die Arbeiter sparen könnten, brauchten sie nicht die Schule damit zu bebelligen. Durch die Schulparzellen würde nur Erbitterung unter den Kindern erzeugt, deren Eltern nicht in der Lage seien, ihnen Geld zum Sparen mitzugeben. Trotz dieser Gründe wurde wie beantragt beschlossen. Bei dem Titel Schularghonorar entspann sich eine längere Debatte zwischen unseren Genossen Schmidt, Müller und Franke einerseits und dem Bürgermeister und Dr. Richter andererseits. Unsere Genossen verlangten Einstellung von Spezialärzten für Zähne, Augen, Nase und Ohren. Auch diese Forderung hatte keinen Erfolg. Ein früher von unseren Genossen gestellter Antrag, die Verabfolgung von Frühstud an hilfsbedürftige Kinder betreffend, kam durch Bewilligung von 500 M. zur Ausführung. Der Bürgermeister erklärte hierzu: wenn diese Summe nicht ausreichen sollte, würde er mit Nachforderungen kommen. An Schulgeld für die an der Grenze von Neukölln wohnenden Kinder werden 17 000 M. gefordert. Genosse Schmidt forderte den Bau einer Gemeindefchule für das Industriequartier, dann würde die Bedienung dort auch Fortschritte machen. Man wende ja so viel für höhere Schulen auf, warum wolle man hier nicht die Mittel bereitstellen? Der Bürgermeister stellte sich auf einen ablehnenden Standpunkt. Die Schule würde 180 000 M. kosten. In diesem Teil kämen vielleicht 20 bis 25 Schüler auf die Klasse und das wäre ein Unfug. In gemischte Klassen sei natürlich nicht zu denken, der Unterricht könne dann kein guter sein. Die Genossen Schmidt und Müller traten dem Bürgermeister entgegen und verwiesen darauf, daß in den höheren Schulen die Klassenfrequenz auch nicht höher sei. Die Etatsposition wurde bewilligt. Die Kinder des Industriequartiers müssen also auf weitere zwei Jahre die Neuköllner Schule besuchen. Ein Antrag des Genossen Müller verlangt die Einrichtung von Klassen für Schwerhörige und Minderbeschäftigte. Die Mehrheit lehnte auch diesen Antrag ab, weil diese Kinder dann dem Spott der anderen ausgesetzt seien. Für den Unterrichtsplan der Fortbildungsschule beantragte Genosse Schmidt Einführung des Unterrichts in Schreibmaschine, Stenographie und Samariterdienst. Dieser Antrag wurde der Kommission für die Fortbildungsschule zur Erwägung überwiesen. Hierauf wurde die Beratung auf Mittwoch 5 Uhr vertagt.

### Ober-Schöneweide.

Eine Verkehrsverbesserung soll dadurch geschaffen werden, daß die Wagen der Berliner Ostbahnen, die jetzt die Linie Schleifhäger Bahnhof—Köpenick, unter Benutzung des Spreetunnels befahren, fernerhin über Treptow auf den Gleisen der Großen Berliner Straßenbahn bis zur Vehrenstraße, Ecke Friedrichstraße, geführt werden sollen. Der Fahrpreis auf der Strecke Köpenick—Vehrenstraße soll 30 Pf. betragen, von der Vehrenstraße bis Baumtälchenweg sollen 15 Pf. und bis Ober-Schöneweide 20 Pf. erhoben werden. Der Spreetunnel soll nur von der Linie Schleifhäger Bahnhof—Oberspreewitz benutzt werden. Die Linie 9 der Großen Berliner Straßenbahn soll nicht mehr in Treptow enden, sondern nach Stralau bis zum Spreetunnel geführt werden. Die geplante Linie der Ostbahnen nach Kummelsburg wird infolge verschiedener Einsprüche vorläufig nicht zur Ausführung kommen; es steht zurzeit noch nicht fest, ob dieselbe durch die Watzstraße, Kalespstraße oder nur durch die Edisonstraße nach der Kummelsburger Chaussee geleitet wird. In letzterem Falle wären die Hoffnungen der Einwohner des westlichen Ortsteils zunichte, was im Interesse der Entwicklung dieses Gebietes sehr zu bedauern wäre.

### Mariensfelde.

In der letzten Gemeindevertretersitzung wurde zunächst die Auflösung der am 1. April auscheidenden Vertreter vorgenommen. Es scheidet der Vertreter der 1. Klasse Delonamierat Veyrodt aus. Die Auflösung mußte deshalb vorgenommen werden, weil vor vier Jahren die Zahl der Vertreter um 3 erhöht wurde. Bei dem Antrag des Bauamts auf Einstellung eines Steinlegers entspann sich eine recht dürftige Debatte. Der Schiffe K r a n e h meinte: Sie haben so viel Gemeindefarbeiter, die gehen nur auf der Straße herum und tragen die Besen kaputt, da wird doch wohl einer drunter sein, der das Straßenpflaster ausbessern kann. Es wurde beschlossen, den Antrag der Baukommission zu überweisen und Offerten von Steinlegern einzufordern. Abdann wurde beschlossen, den Gemeindefbeamten für die ersten sechs Wochen der Erkrankung das volle Gehalt, für den Rest der Erkrankung bis 20 Wochen das Anderthalbfache des Krankengeldes zu zahlen. Der Vertreter Heitmann befragte am Schluß der Sitzung den Vaurat der Wahlaktion. Derselbe hätte schon am 13. Januar eine Abschrift der Wählerliste gehabt und bei den Jorenien der 2. Abteilung gegen Heitmann agitiert. Der Vorsitzende erklärte, es müsse ihm der Gewährsmann genannt werden, sonst könne er in der Sache nichts untersuchen.







# WERTHEIM

G.m.b.H. Leipziger Strasse 75-76 am Dönhoffplatz

Ein großer Posten **Kaffeekannen** für 12 Person. Goldrand und Linien . . . . . **68**

**Kaffeetassen** mit Untertassen Goldrand . . . . . 6 Stück **95** Pt.

## Glas, Porzellan, Steingut

### Preßglas-Service „Diamant“

Bakkarat-Imitation

- |  |  |
|--|--|
| Kompotteller . . . . . Stück 5 Pt.   | Kuchenteller . . . . . Stück 68, 85 Pt.        |
| Käseglocken . . . . . Stück 42 Pt.   | Butterglocken . . . . . Stück 28 Pt.           |
| Zuckerschalen . . . . . Stück 14, 18 Pt.   | Butterglocken viereckig, Stück 48 Pt.          |
| Sturzkannen . . . . . Stück 28 Pt.   | Sturzkannen mit Gold, Stück 35 Pt.             |
| Tablets viereckig . . . . . Stück 30, 38 Pt.   | Konfekttschalen . . . . . Stück 58 Pt.         |
| Wassergläser . . . . . Stück 8 Pt.   | Wassergläser mit Gold, Stück 12 Pt.            |
| Fruchtschalen . . . . . Stück 78 Pt.   | Tortenplatten . . . . . Stück 78 Pt.           |
| Blumenvasen 27 cm hoch, Stück 63 Pt.   | Blumenvasen 27 cm, m. Gold, St. 68 Pt.         |
| Fruchtschale mit Vase, große Form . . . . . komplett 95 Pt.                            |  |
| Kompottschalen viele Formen Stück 10 8 Pt., 13 12 Pt., 16 18 Pt., 20 28 Pt., 24 38 Pt. |  |
| Blumenkörbe mit Henkel, große Form <b>68</b> Pt.                                       | Blumenvase „Saxonia“, 35 cm hoch <b>68</b> Pt. |

### Böhmisches Kristallglas „Rubin-Überfang“

- |  |
|--|
| Sattkannen reich geschliffen, 1/4 Ltr. Stück <b>1.95</b>     |
| Bowlenkannen reich geschliffen, 1 1/2 Ltr. Stück <b>3.85</b> |
| Traubenspüler reich geschliffen . . . . . Stück <b>2.65</b>  |
| Weinkannen reich geschliffen, 1/4 Ltr. Stück <b>3.85</b>     |
| Körbchen mit Bügel 4 Zoll 1.95 5 Zoll 2.45 6 Zoll 2.95       |
| Blumenvasen amerik. Imitation, 2 Stck. <b>95</b> Pt.         |

### Kontsches Kaffee-Geschirr weiß-gold

- |  |
|--|
| Kaffeekannen 35, 43, 53 Pt. bis 1.35   |
| Zucker Dosen . . . . . Stück 38 Pt.    |
| Teetassen mit Untertassen Stück 23 Pt. |
| Teekannen . . . . . Stück 95 Pt., 1.15 |
| Milchtöpfe 12, 14, 16, 20 bis 48 Pt.   |
| Kaffeetassen . . . . . Stück 20 Pt.    |

### Porzellan-Feston-Geschirr mit Goldrand

- |  |                                       |
|--|---------------------------------------|
| Speiseteller flach od. tief Stück 28 Pt. | Abendbroteller . . . . . Stück 18 Pt. |
| Kompotteller . . . . . Stück 15 Pt.      | Grätenteller . . . . . Stück 13 Pt.   |
| Terrinen oval . . . . . Stück 2.95, 3.95 | Kartoffelschüsseln oval 1.95, 2.25    |
| Terrinen rund . . . . . Stück 2.55, 2.85 | Kartoffelschüsseln rund 1.85, 2.15    |
| Saucieren ohne Henkel St. 85, 95 Pt.     | Saucieren mit Henkel . 95 Pt., 1.25   |
| Kompottschalen 25, 38 Pt. bis 1.25       | Bratenplatten 32, 38, 50 Pt. bis 2.75 |
| Gemüseplatten nach oder tief, St. 1.25   | Beilingschalen . . . . . Stück 45 Pt. |
| Senfgefäße . . . . . Stück 75 Pt.        | Salz- und Pfeffergefäße . . . 33 Pt.  |

Speiseservice mit reicher Dekoration, in verschied. Zusammenstellungen bis **70 Prozent** im Preise ermäßigt

Milchtöpfe 85 Pt. Delft- oder Golddekor, Satz von 6 Stück . . . . .

Kaffee-Service für 6 Pers. 2.65 für 12 Pers. 5.85 Teile . . . . .

Tassen moderne Schalenform, reich dekoriert . 22 Pt., dünn . 58 Pt.

## Ganz besonders preiswerte Steingutwaren

- |   |                                       |
|---|---------------------------------------|
| Abendbroteller . . . . . Stück 4 Pt.  | Speiseteller . . . . . Stück 5 Pt.    |
| Kaffeeteller weiß, 1/4 Ltr. Inh., St. 9 Pt.   | Kaffeeteller dekoriert . Stück 10 Pt. |
| Milchtöpfe 1 Liter Inhalt, mit Schrift, weiß . . . . . Stück 33 Pt.                 |                                       |
| Milchtöpfe 1 Liter Inhalt, mit Schrift, blaues Zwiebelmuster . . . . . Stück 38 Pt. |                                       |
| Schüsseln Satz von 6 Stück weiß . . . 58 Pt., bunt . 68 Pt.                         |                                       |
| Majolika-Blumentöpfe verschiedene Ausführungen . . . . . Stück 38 Pt.               |                                       |

### Waschgarnituren

- |   |
|---|
| „Hanneken“ 2.35 mit Golddekor . . . 3.65                                    |
| „Rixdorf“ 5 Teile, mit Golddekor . . . . . 5.25                             |
| „Käthe“ extra große Form, Golddekor, 5 Teile mit Dosen, kompl. . . . . 8.25 |

Ein großer Posten Waschgarnituren crème Gold in allen Größen **50 Prozent** im Preise ermäßigt

- |  |  |
|--|--|
| Einzelne Waschbecken 68, 78, 85 Pt.          | Einzelne Nachtgeschirre . . Stück 25 Pt.     |
| Einzelne Wasserkannen . . 58, 75 Pt.         | Toiletteneimer mit Bügel, kompl., Stück 2.65 |
| Küchenservice „Otti“ 22 Teile . . . . . 5.85 |  |

## Emaillé-Geschirre

- |   |   |   |
|---|---|---|
| Schmortöpfe ohne Ring . . . . . 20, 25, 35 Pt.      | Küchenschüsseln . . . . . Stück 10, 15, 20 Pt.          | Wassereimer ca. 25 cm Durchmesser . . . . . 65, 85 Pt.      |
| Schmortöpfe mit Ring . . . . . 35, 45, 60 Pt.       | Teigschüsseln verschiedene Größen . . . . . Stück 1.45  | Wannen oval . . . . . 90 Pt., 1.25, 1.65                    |
| Kasserollen mit Ring . . . . . 15, 20, 25 Pt.       | Waschbecken mit Seifennapf . . . . . Stück 45, 55 Pt.   | Milchkocher mit Einsatz . . . . . 45, 55 Pt.                |
| Kasserollen mit Ring . . . . . 45, 55, 70 Pt.       | Wasserkübel . . . . . Stück 35, 45, 65 Pt.              | Essenmenagen dreiteilig . . . . . 75, 90 Pt.                |
| Wasserkessel flach . . . . . 35, 45, 65 Pt.         | Konsole mit Maß, 1 Liter Inhalt . . . . . Stück 55 Pt.  | Kartoffeldämpfer verschiedene Größen . . . . . 80 Pt., 1.05 |
| Wasserkessel zum Einhängen . . . . . 55, 70, 85 Pt. | Konsole für Sand, Seife und Soda . . . . . Stück 90 Pt. | Toiletteneimer mit Einsatz . . . . . 1.95, 2.25             |

## Wirtschafts-Artikel

- |   |   |  |
|---|---|--|
| Kohlenkasten fein dekoriert, mit Deckel . . . . . 95 Pt. 1.55 | Zinkwannen mit Holzboden . . . . . 6.25 7.50                    | Robhaarbesen . . . . . Stück 95 Pt., 1.25              |
| Ofenvorsetzer fein bronziert . . . . . 95 Pt.                 | Zinkzuber mit Holzboden . . . . . 6.50 8.00                     | Robhaarhandbesen . . . . . Stück 55, 70 Pt.            |
| Brotbüchsen fein weiß lackiert . . . . . 95 Pt.               | Wringmaschinen . . . . . Stück 8.75 9.50                        | Borstenbesen . . . . . Stück 60, 80 Pt.                |
| Küchenwagen . . . . . 95 Pt. m. Steinplatte 2.25              | Plättbretter bezogen . . . . . Stück 1.65 1.90                  | Borstenhandbesen . . . . . Stück 35, 45 Pt.            |
| Reibmaschinen . . . . . Stück 95 Pt. 1.25                     | Waschtöpfe verziert, mit Einsatz und Deckel . . . . . 1.75 1.95 | Bolnerbesen mit Eisenplatte . . . . . Stück 2.75, 3.25 |

Holz-Tablette regulär bis 3.50 **1.35** Teppich-Kehrmaschinen amerikanisches Fabrikat **6.90, 8.90**



Ulster 7.50 Kostüm 16.00 Ulster 3.50

**Ulster** Stoffe englischer Art, mit reichen, aparten Garnierungen **3.50, 7.50, 9.50, 12.50**

**Kostüme** Stoffe englischer Art, mod. Fassons, Jacke auf Futter **16.00, 22.00, 36.00**

**Kostüme** blaue Kammgarn- u. Cheviotstoffe, elegante Arbeit, schicke Fassons **24.50, 29.50, 36.50**

**Blusen** aus Wolle oder Mussefin **2.90, 3.85, 5.75**  
aus Seide, neueste Farben, moderne Garnierungen **3.75, 5.75, 7.65**



Enorm billige

### Wollstoffe Seidenstoffe

- |  |  |
|--|--|
| Blusenflanelle waschbar, engl. Art, Mtr. <b>85</b> Pt.                     | Blusenstoffe gestreift reine Seide . . . . . Mtr. <b>90</b> Pt.  |
| Kostümstoffe gemust., 130 cm breit, Mtr. <b>90</b> Pt.                     | Crêpe de Chine-Illus. reine Seide, einfarbig, Mtr. <b>90</b> Pt. |
| Serge und Popeline, schwarz, reine Wolle, doppeltbreit, Mtr. <b>1.10</b>   | Reins. Schotten moderne Stellungen, Mtr. <b>1.25</b>             |
| Modern. Schotten m. Satinstr., doppeltbr. Mtr. <b>1.25</b>                 | Reinseid. Paillette schwarz, weiß, farbig, Mtr. <b>1.25</b>      |
| Blusen-Cotelé reine Wolle, mod. lebhaft. Farb., Mtr. <b>1.25</b>           | Bedruckte Japons buntgeblümt, 60 cm br., Mtr. <b>2.45</b>        |
| Waffel-Karos Neuheit, doppeltbr., Mtr. <b>1.35</b>                         | Reinseid. Paillette doppbr., schwarz, weiß, Mtr. <b>2.85</b>     |
| Crêpeline reinwollen, 110 cm breit, mod. lebhaft. Farben, Mtr. <b>1.35</b> | Bedr. Seid.-Crêpe buntgebl., 105 cm br., Mtr. <b>4.90</b>        |

### Waschstoffe

- |  |   |
|--|---|
| Einfarb. Crepon viele Farben . . . . . Mtr. <b>50</b> Pt.  | Frotté weiß und farbig, ca. 120 cm breit . . . . . Mtr. <b>1.65</b> |
| Bedruckt Crepon gestreift u. geblümt, Mtr. <b>55</b> Pt.   | Frotté gestreift, ca. 120 cm breit . . . . . Mtr. <b>1.85</b>       |
| Einfarb. Crêpeline 109 cm breit . . . . . Mtr. <b>1.35</b> | Crêpeline buntgeblümt . . . . . Mtr. <b>1.35</b>                    |



Reichstag.

214. Sitzung, Sonnabend, den 14. Februar 1914, vormittags 10 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: Dr. Delbrück.

Die zweite Beratung des

Etats des Reichsamts des Innern

wird fortgesetzt mit der Abstimmung über das Kapitel „Aufsichtsamts für Privatversicherung“.

Das Kapitel wird bewilligt, die beiden Resolutionen auf Stellung der öffentlich-rechtlichen Versicherungsunternehmen unter das Aufsichtsamts, resp. Befolgung der vom Aufsichtsamts aufgestellten Grundzüge werden angenommen.

Beim Titel

„Förderung der Bekämpfung des Typhus“

lenkt

Abg. König (Soz.)

die Aufmerksamkeit auf die Typhusepidemien im Ruhrgebiet, bei denen erfahrungsmäßig die Krankheit durch Genuss von Milch und vor allem von Wasser übertragen werden. Die sanitären Einrichtungen im Ruhrgebiet sind höchst mangelhaft, bei den gesundheitsschädlichen Wohnungen und der mangelhaften Ernährungsweise der Bevölkerung finden die Wasserleichen stets einen guten Resonanzboden. Wenn es oft gelungen ist, den Herd der Seuche einzuschränken, so ist das zu einem großen Teil ein Verdienst des Vereins zur Bekämpfung der Seuchen im Ruhrgebiet, der Tausende von Milchunternehmungen alljährlich veranlaßt. Die Maßnahmen der Behörden bei Ausbruch einer Epidemie laufen leider häufig auf eine Verheimlichung hinaus; sie erlassen Veröffentlichungen, daß es sich nur um ganz vereinzelte Fälle handelt, daß das Wasser untersucht worden sei und sich als einwandfrei erwiesen habe, wodurch die Bevölkerung in Sicherheit gewiegt wird. Statt dessen sollten die Behörden für weitgehendste Aufsicht sorgen, die namentlich im Ruhrgebiet bei den vielen fremdsprachigen Arbeitern dringend notwendig ist.

Bei einer Reihe von Epidemien hat sich die Milch als Krankheitsverbreiter gezeigt. Doppelt gefährlich wird die Milch durch erhebliche Verfälschung mit Wasser, die bis 4 Proz. geht. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Unreinlichkeit der Milch in unserem Industriegebiet ist ungeheuerlich. Die Hauptursache ist die Kontrolle der Kuhställe. Davon hängt die Gesundheit des Volkes und der neuen Generation ab. Hier müssen die Gemeinden eingreifen, aber wir brauchen auch ein Reichsmilchgesetz mit besonderen Vorschriften für das Vorgehen bei der Milchgewinnung. Bei der Typhusepidemie 1910/11 in Borsdorf usw. wurden die Typhusförmigen Wasserwerke verantwortlich gemacht. Durch die Inzidentalsterben sind Bäche und Flüsse im Industriegebiet verunreinigt; besonders die Ruhr ist sehr verschlamm. Dabei werden der Ruhr etwa 600 Millionen Kubikmeter Wasser von Wasserwerken entnommen. Ein Schutz gegen Epidemien ist durch Sterilisation nur bei ganz sorgfältiger Aufsicht und Betriebsführung möglich. Die Regierung hat wiederholt an die industriellen Werke Randschreiben erlassen und hat Maßnahmen gegen die Verunreinigung des Trinkwassers verlangt. Wie ist es möglich, daß trotzdem immer noch von den Typhusförmigen Werken infiziertes Wasser geliefert wird. Die Wasserwerke müssen der privaten Ausbeutung entzogen werden. Das Reich hat auf jeden Fall die Verpflichtung, den Gemeinden die ihnen durch die Seuchendämpfung entstehenden Ausgaben zu ersetzen und große bakteriologische wissenschaftliche Institute wie das in Dortmund finanziell zu unterstützen. Professor Czerny hat einmal gesagt, mit dem Krebs würde man in fünfzig Jahren fertig sein, wenn Deutschland und England sich entschließen würden, statt eines Dreadnoughts 40 Krebsinstitute zu bauen. In gleicher Weise könnte man durch Errichtung bakteriologischer Institute mit dem Typhus fertig werden. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Ministerialdirektor v. Jonquière:

Die Typhusbekämpfung ist Landesache. Die preussische Regierung hat auch ganz sicher ihre Pflicht getan. Das Reich kann nur einen verhältnismäßig kleinen Aufschub geben.

Beim Titel, Beitrag zur Herausgabe des Deutschen Handwerksblattes 10000 M. bemerkt

Abg. Brühne (Soz.):

Ran behauptet so oft, wir Sozialdemokraten wollen das Handwerk ruinieren. Wir haben daran gar kein Interesse und möchten nur wünschen, daß die Parteien, die sich immer als so warme Freunde des Handwerks ausgeben, in Wahrheit für die Handwerker etwas übrig haben. Viele von uns stammen ja selbst aus Handwerkerkreisen und wissen sehr genau, welchen schweren Kampf die Handwerker zu führen haben. Die Großindustrie ist es, die das Handwerk ruiniert, mit den Großkapitalisten können die Handwerker nicht konkurrieren. Am ihre jammervolle Lage nicht offen einzugehen, haben manche Handwerker ihr Einkommen der Steuerbehörde höher angegeben, als es in Wirklichkeit ist. Umgekehrt verfahren die reichen Herren, so hat in Remscheid ein Millionär, der bisher immer 2 Millionen angab, jetzt 19 Millionen als Vermögen angegeben. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Manche Provinzen werden das doppelte an Steuern bringen wie vorher. Unter solchen Verhältnissen hätte wirklich etwas für das Handwerk geschehen können.

In Handwerkervereinsversammlungen hat man uns vorgeworfen, wir hätten im vorigen Jahr gegen die hier geforderten 10 000 M. gestimmt. Wir haben das nicht getan und werden es auch in diesem Jahre nicht tun. Im nächsten Jahre wird man vielleicht aus dem Wehrbeitrag einiges für das Handwerk und auch für andere Kulturarbeiten flotsmachen können. Dann könnte das Handwerksblatt besser ausgebaut werden. Uebrigens könnten auch die Innungen etwas dafür tun. Wir haben 11 300 Innungen mit 500 000 Mitgliedern, die ein Vermögen von 12 Millionen M. besitzen. Damit läßt sich schon etwas für den Ausbau des Handwerksblattes tun. Wie nötig Aufklärung unter den Handwerkern ist, beweist der Umstand, daß im vorigen Jahre eine Innung beschloß, jedes Mitglied, das eine der Neuheit entsprechende Maschine anschafft, muß eine Strafe zahlen.

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Damit glauben die Herren das Handwerk retten zu können, anstatt daß sie sich zusammenschließen und gemeinsam der modernen Technik entsprechend arbeiten. Ein besserer Ausbau des Handwerksblattes, gründliche Belehrung tut also dem Handwerk dringend not. In allen Handwerkerkammern wird in den letzten Jahren die Wehrleistungsfrage besprochen. Das Bestreben geht jetzt dahin, die Wehrzeit immer mehr zu verlängern. Man begründet das damit, daß viele Stunden durch die Fortbildungsschule verloren gehen. Viele Handwerkerkammern sehen die Wehrzeit jetzt auf 3 1/2 und sogar auf 4 Jahre fest. Vor einer solchen Ausdehnung der Wehrzeit muß doch gewarnt werden. Die jungen Leute kommen dann zum Militär, nachdem sie nur ein Jahr Geselle gewesen sind.

Zum Schluß noch eine Bitte an den Staatssekretär: Vor 6 oder 7 Jahren bekamen wir eine Denkschrift über das Handwerk, in der sehr viel wertvolles Material über die Innungen zusammengetragen war. Es wäre gut, wenn wir jetzt wieder einmal eine solche Denkschrift erhalten, damit man doch erzählt, was in den Innungen vorgeht. (Beifall bei den Sozialdemokraten.) Der Titel wird bewilligt.

Der Beitrag des Reichs zu den Kosten der

Olympischen Spiele

in Berlin 1916 werden als erste Rate 46 000 M. verlangt. Die Kommission beantragt Streichung dieses Titels.

Abg. Rühle (Soz.):

Wenn es sich bei Unterstützung der Olympischen Spiele darum handeln würde, turnerische und sportliche Bestrebungen zu fördern, also Aufwendungen zum Zwecke der Körperkultur und der Gesundheitspflege der Jugend des Volkes zu machen, würden wir Sozialdemokraten ohne weiteres für die Bewilligung, ja für eine Erhöhung dieser Summe zu haben sein. Wir haben immer den Standpunkt vertreten, daß der größte Reichtum der Nation in der Gesundheit aller ihrer Bürger besteht. Daß wir für diese Zwecke große Opfer zu bringen bereit sind, haben unsere weitgehenden Anträge zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit oder für sonstigen Kinder- und Mutterchutz bewiesen. Wenn wir trotzdem nicht für die Bewilligung dieser Summe eintreten, so deshalb, weil und hierfür die notwendigen Voraussetzungen fehlen. Als Empfänger der 200 000 M., mit denen die Olympischen Spiele unterstützt werden sollen, hat die Regierung eine ganze Anzahl von Turn- und Sportvereinen aufgeführt, die zusammengeschlossen sind im Reichsausschuß zur Vorbereitung der Olympischen Spiele. An der Spitze stehen die nationalen deutschen Turner. Daß es daneben noch einen Arbeiter-Turnerbund mit vielen Tausenden von Mitgliedern gibt, sowie eine Klumme von Arbeitersportvereinen, davon hat die Regierung gar keine Notiz genommen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Gerade die Arbeiterturner, die ausgeschlossen sind von diesen Geldern, kommen aus den wirtschaftlich und sozial schlechtesten Kreisen des Volkes und bedürfen der körperlichen Erleichterung nach der Tagesarbeit am dringendsten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Dazu kommt, daß die Entwicklung des Sports im Laufe der letzten Jahre unter der Einwirkung amerikanischer Einflüsse in ungesunde Bahnen

gekommen ist. Man treibt vielfach nicht mehr Sport, um den Körper zu kräftigen oder zu erholen, sondern um Reforbs zu schlagen, Höchstleistungen zu erzielen und Siege zu feiern. Der Sport ist Selbstzweck geworden. Gerade die Sportbestrebungen im Reichsausschuß sind als Träger dieser ungesunden Entwicklung zu betrachten (Hört! hört!), während die Arbeiterturnvereine sich bisher von dieser ungesunden Entwicklung zu bewahren bemüht haben und den Sport in besonnener und volkstümlicher Art betreiben. Wenn also die Gelder bestimmt sein sollen für die körperliche Erleichterung der Jugend, dann müßten die Arbeiterturn- und Sportvereine in erster Linie bei der Verwendung dieser Summe in Betracht kommen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Trotzdem sollen sie grundsätzlich ausgeschlossen sein. Warum hat die Regierung nicht gesagt, aber wir wissen es. Es geschieht deshalb, weil die Gewinnung in diesen Arbeiterturn- und Sportvereinen der Regierung nicht gefällt, weil sie Anstoß nimmt an der Weltanschauung, die dort vertreten wird, weil ihr die „junge Wichtung“ nicht paßt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Damit wird diese Frage für uns zu einer politischen Angelegenheit. Es handelt sich um eine politische Maßregel, gerichtet gegen die Arbeiterklasse (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten), insbesondere die sporttreibende Arbeiterjugend.

Als weiterer, noch schwerwiegender Grund für die Ablehnung dieser Summe kommt für uns die Tatsache in Frage, daß die Arbeitersportvereine tagtäglich von Polizei und Gerichten

in schlimmster Weise verfolgt

und in ihrer Wirksamkeit gehemmt werden, indem man sie als politische Vereine erklärt. Für diese Behauptung hat man bisher nicht die Spur eines Beweises erbringen können. Der Oberverwaltungsgerichtspräsident Dr. Witter hat ausdrücklich erklärt, daß Turn- und Sportvereine keine politischen Vereine sind, und das Leipziger Polizeiamt hat auf Ersuchen in einem amtlichen Gutachten bestätigt, daß der Arbeiter-Turnerbund nicht als politischer Verein angesehen werden kann. In Hunderten von Prozessen ist zugegenlich unter Abrede gestellt worden, daß niemals politische Agitation im Arbeiter-Turnverein zu treiben versucht worden sei. Trotzdem versucht man die Vereine für politisch zu erklären, weil sie in Lokalen tagen, in denen Sozialdemokraten oder Gewerkschaftler zu verkehren pflegen, weil ihre Mitglieder zugleich Mitglieder der sozialdemokratischen Partei oder der Gewerkschaften seien, und aus ähnlichen Gründen. Ein Arbeiter-Turnverein wurde für politisch erklärt, weil er in einem Lokal tagte, in dem ein Widling, das einen Turner mit roter Schärpe und brennender Fackel darstellte. Ein Kriegerverein, der in demselben Lokal verkehrte, wurde natürlich nicht für politisch erklärt. Ein bürgerlicher Turnverein wurde nicht für politisch erklärt, obgleich der Vorsitzende erklärte, die jungen Soldaten sollten sich bewußt sein, daß sie dem Kaiser Treue schwören, nicht nur im Kampf gegen den äußeren Feind, sondern auch gegen den inneren. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Aber als in einem Arbeiter-Turnverein hervorgehoben wurde, man hoffe, daß die jungen Leute nach dem Militärjahr wieder in den Kreis ihrer Kameradengemeinschaft zurückkehren würden, wurde der Verein deshalb als politisch erklärt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Eine besonders raffinierte Methode besteht darin, daß man den Arbeiter-Turnvereinen erst die Lokale

häusliche Turnhallen abtreibt

und sie dann für politisch erklärt, wenn sie ihre Zuflucht in Lokalen suchen, wo sozialdemokratische und gewerkschaftliche Versammlungen stattfinden. Die Lebensgeschichte des Berliner Turnvereins „Fichte“ ist ein klassisches Dokument dafür. Aber in anderen Städten findet man genau dieselbe Praxis. Diese Methoden der Drangsalierung und Verfolgung erinnern an die Zeit der finsternen Unterdrückung des deutschen Bürgertums im Vormärz. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Man gräbt alte Verordnungen aus aus dem Jahre 1808, eine Kabinetsorder von 1834, eine Ministerialdiensinstruktion von 1839, um mit solchen verstaubten und verfallenen Dokumenten aus der Zeit der schlimmsten Bureaukratie willkürlich gegen die Arbeiter-Turnvereine vorzugehen. Einen 15-jährigen Arbeiter, dessen Vater bei der Schlagwetterexplosion auf der Zeche „Achenbach“ ums Leben gekommen war, hat man durch Androhung der Fährerziehung gezwungen, aus dem Arbeiter-Turnverein auszutreten. (Lebhaftes Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Nach alledem müßten wir die Ehre der deutschen Arbeiterklasse schlecht zu wahren wissen, und die berechtigten Ansprüche der Arbeiter-Turn- und Sportvereine auf anständige Behandlung schlecht zu vertreten verstehen, wenn wir auch nur einen Fennig für die Olympischen Spiele bewilligen wollten, d. h. zur Unterstützung von Vereinen, denen man die

politische Befinnungslosigkeit als eine Tugend anrechnet

und die sich oft zu niedrigen Denunziationsdiensten gegen Arbeiter-Turn- und Sportvereine hergegeben haben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wenn man sagt, wir sind es der Ehre der deutschen Nation schuldig, diese Summen für das große Sportfest zu bewilligen, so erklären wir, daß der Ehre des gesamten deutschen Volkes viel besser gedient wäre, wenn man endlich mit dieser rigorosen und ungeraden Behandlung der Arbeiter-Turn- und Sportvereine aufhören würde und eine gerechte und parteilose Behandlung der Arbeiterklasse eintreten ließe. Aus diesem Grunde stimmen wir für den Antrag der Budgetkommission. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Stöbe (natl.):

Wir haben bei den Olympischen Spielen eine Ehrenpflicht gegenüber dem Ausland zu erfüllen. 33 Nationen haben sich bereits angemeldet. Wollen wir vielleicht die genossene Gastsfreundschaft

nicht erwidern? Es handelt sich hier um eine Prüfung, nicht um Feste. Gerade hier können wir für die Zukunft des Vaterlandes sorgen, indem wir diejenigen Bestrebungen unterstützen, die die Jugend zu einem starken Geschlecht machen. Hinter dem Ausfluß zur Vorbereitung der Spiele stehen zwei Millionen Deutsche; alle diese sehen auf diese Stunde und hoffen, daß das nationale Empfangsdenkmal im Reichstag nicht geringer sein wird als im deutschen Volk. Die Fahne schwarz-weiß-rot muß voran getragen werden, das ist etwas anderes als die rote Fahne. (Bravo rechts und bei den Nationalliberalen.)

Abg. v. Radowitz (L.):

Den Wert der körperlichen Übungen hat man in vielen Nationen erkannt und sich den Olympischen Spielen, dieser Einrichtung des hochintelligenten Griechenvolkes, wieder zugewendet. Für das deutsche Volk ist es eine Ehre, daß die Spiele 1916 in Deutschland stattfinden sollen. Die Vorbereitung kostet eine Kleinigkeit Geld, und es würde weder im Ausland noch im deutschen Volk verstanden werden, wenn der Reichstag diese geringen Kosten nicht bewilligte. Der Reichstag hat selbst eine Erziehung der Jugend zur Wehrhaftigkeit verlangt und diesem Ziele dienen die Olympischen Spiele. (Bravo! rechts.)

Abg. Müller-Reiningen (Lv.):

Die Ablehnung des Postens in der Budgetkommission hat peinliches Aufsehen im In- und Auslande erregt. Man sollte meinen, diese Angelegenheit entbehre jedes politischen Anstreiches. Aber gerade der Präsident des Olympia-Ausschusses, Herr v. Podbielski, hat sich gestern abend höchst geschmacklos geäußert über den Reichstag erlaubt, hat ihn mit

Peter Schlemihl

verglichen. Derartige Dinge gehören sich nicht in solcher Zeit. (Lebhaftes Zustimmung links und im Zentrum.) Die Regierung muß den Herrn an die Randare nehmen, damit er die Dinge, die er vertreten soll, nicht schädige. (Erneute Zustimmung links und im Zentrum.) Aber wir wenigstens wollen die Sache nicht schädigen. Den Herren von der äußersten Linken gebe ich zu, daß die heinliche Radelstichpolitik gegen die Arbeitersportvereine Wasser auf die Mühle der Sozialdemokratie ist. Aber protestieren muß ich auch gegen die Beleidigungen und Beschimpfungen des sozialdemokratischen Redners gegen die großen Turnerorganisationen. Gefinnungsstumperei besteht in der deutschen Turnerschaft nicht. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.)

Zunächst handelt es sich hier um einen Akt internationaler Courtoisie. Darüber hinaus aber um eine sportliche Veranstaltung von hohem Wert. Sport soll man nicht übertrieben. Aber kein kräftiges Volk kann die körperlichen Übungen entbehren, und diese Übungen sind nicht möglich ohne Wettkämpfe. Freilich hat das Bürgertum im Olympia-Ausschuß nicht die ihm gebührende Stellung, unter 12 Vertretern hat es nur einen einzigen. Auch die Arbeiterturnvereine sollte man heranziehen, bei solcher Gelegenheit soll man alle Kräfte des Volkes heranziehen. Ich bitte, unseren Antrag anzunehmen. (Bravo! bei der Volkspartei.)

Ministerialdirektor v. Wald:

In der Kommission sagte man, es handle sich hier nicht um eine Reichsfrage. Es handelt sich aber hier um die Förderung eines kulturellen Unternehmens, das über die Grenzen der Einzelstaaten hinausgeht. Der Sport ist nicht geschieden durch Landesgrenzen, sondern hat einen starken demokratischen Zug. (Weiterer.) Weiter handelt es sich um eine Repräsentation gegenüber dem Ausland, bei dem wir bereits sechsmal zu Gast waren. Die Kreise, die für die Spiele in Betracht kommen, sind nicht in der Lage, die notwendigen Mittel aufzubringen, deshalb muß das Reich eintreten. Die Olympischen-Spiele werden in unserer Zeit gewiß nicht die Bedeutung gewinnen wie im alten Griechenland. Wie aber damals bei den Spielen alle Griechensämme zusammen waren, so bildet sich auch hier um alle Völker ein gemeinsames sympathisches Band. Aus allen diesen Gründen bitte ich die Mittel zu bewilligen. (Lebhaftes Bravo!)

Abg. Mertin (Rp.):

Ich weiß nicht, ob es gelingen wird, Herrn v. Podbielski an die Randare zu nehmen. (Abg. Dr. Müller-Reiningen [Volkspartei]: Dann soll man einen anderen Präsidenten wählen!) Die stetige Arbeit des Herrn v. Podbielski kann nicht ausgelöscht werden durch eine einzige Äußerung. — Herr Rühle entgegnete, daß die deutsche Turnerschaft sich von politischen Bestrebungen fernhält, aber national ist sie. Herr Rühle stellt sie in Gegenwart zu den Arbeiterturnvereinen. Aber in der deutschen Turnerschaft sind vorzugsweise Arbeiter, freilich national denkende Arbeiter. Die sogenannten Arbeiterturnvereine aber haben einen politischen Nebenzweck. Die Beleidigungen der deutschen Turnerschaft durch den Abg. Rühle weise ich zurück. (Bravo! rechts.)

Abg. Bruhn (Ant.) tritt für die Bewilligung des Postens ein.

Abg. Hansen (Dane): Ich werde gegen die Bewilligung der Summe stimmen. Am 12. November 1912 ist ein Reichsgerichts-urteil ergangen, auf Grund dessen die preussischen Verwaltungsbehörden gegen die Nordschleswiger Turnvereine vorgehen. Es werden dadurch fast alle unsere Turnvereine lahmgelegt, die Turnübungen werden als Privatunterricht aufgefakt und unter Androhung von Strafen verboten. Der Vorsitzende des Turnvereins, der Dortturner und der Saalbesitzer, bei welchem die Turnübungen stattfinden, erhalten die Polizeiverfügungen gleichzeitig, in denen das Turnen Jugendlicher verboten wird. Dabei weigern sich die Behörden hartnäckig, eine Definition des Begriffs „Jugendlicher“ zu geben. Der Begriff wird absichtlich schwankend gehalten, damit alle Turnübungen verboten werden können. Mitglieder politischer Vereine dürfen 15-jährige werden, aber turnen dürfen sie nicht. Das ist ein kulturwidriger Zustand, den die Reichsbehörden nicht ohne Schamröte aufrecht erhalten können. (Lebhaftes Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ich bin ein Freund des Turnens und gesunder körperlicher Übungen. Aber um Protest zu erheben gegen die Verschlechterung der Nordschleswiger Turn- und Sportvereine, stimme ich gegen die Bewilligung der geforderten Summe.

Abg. Grine (Soz.):

Bei den Befürwortern der Summe für die Olympischen Spiele haben sich gewisse Widersprüche in der Begründung gezeigt. Abg. Müller-Reiningen hoffte, die Spiele seien geeignet, eine internationale Verbindung zwischen den Völkern herzustellen, Herr Mertin aber hofft im Gegenteil davon, die Beförderung eines Nationalismus in seinem Sinne, d. h. des Kampfes von Volk gegen Volk. Deshalb meinte er, wären wir dagegen. Rein, unsere Gründe hat ihm Rühle auseinandergesetzt, ich will sie nicht wiederholen. Es tut uns geradezu leid, wenn die Verhältnisse uns zwingen, gegen etwas Stellung zu nehmen, worin wir eine Förderung der Kultur des Volkes sehen. Wir würden großen Wert darauf legen, die Nationen alle von Jahr zu Jahr an irgendeinem Weltplatz vereinigt zu sehen, zu gemeinsamer rein menschlicher Arbeit. Denn das ist die Pflege der Entwicklung des Körpers. Wir stoßen uns auch nicht an den Auswüchsen, die der Sport mit sich bringen kann, denn im deutschen Volk ist die körperliche Übung noch so im argen, daß wir da noch sehr viel mehr brauchen können, ehe wir in die Gefahr eines zu viel hineingeraten. Auch halten wir gerade die körperliche Kräftigung der Arbeiterklasse für besonders wichtig, denn ihre stehen nicht die anderen Mittel zur Erholung zur Verfügung wie den besitzenden Klassen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Müller-Reiningen wandte sich gegen den frarigen Separatismus, der sich in solchen Dingen im Deutschen Reich breit macht. Ja, auch ich wünsche den Tag zu erleben, wo kulturelle Aufgaben



**Vom ganzen Volke gemeinsam betrieben**

werden könnten, ohne daß man danach fragt, ist er schwarz oder rot! Wer aber hat die Schuld daran, daß es nicht dazu kommt? Das Turnen war früher, als es entstand, durchaus keine unpolitische Angelegenheit, sondern Sache der Kreise, die politische Freiheit wollten, und damals wurden die Turner im Bürgerturngenau so verfolgt, wie heute die Arbeiter. Heute haben alle Kreise ein Verständnis gewonnen für den Wert körperlicher Ausbildung, nicht mehr bloß die freireligiösen, es könnte also das Turnen heute eine allgemeine Sache aller Parteien sein. Wenn immer wieder politische Gegensätze hineingetragen werden, so liegt das an der bei uns im Deutschen Reich üblichen Sozialdemokratie, an der Neigung zur politischen Verfolgung. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Es sind immer wieder dieselben Leute, von denen die Hezereien ausgehen, so bei der Volksfürsorge, so auch beim Turnen. Es ist der Geist der politischen Verfolgung, der glaubt, seine Macht zeigen zu müssen, indem er andere unterdrückt, dem nichts gut erscheint, wenn es nicht von oben her, von den Anhängern der Reaktionsparteien gebilligt und unterstützt wird. Und es ist auch die deutsche Turnerschaft, welche an diesem politischen Kampfe schuld ist. Damit ist es nicht getan, daß Herr Kertin mit Entschiedenheit die Angriffe gegen die deutsche Turnerschaft zurückweist. Ueberhaupt die Tatsachen kann er nicht ablegen. Ich hätte lieber gesehen, wenn er die politische Verfolgung der Arbeiterturner gemißbilligt hätte.

Müller-Meinungen hat wenigstens mit einem milden Wort heute zum erstenmal diese

**Rechtsidiotie**

gemißbilligt. Er meinte, in Süddeutschland komme das nicht vor. Aber gerade in Nordbayern erleben wir jetzt auch politische Verfolgungen der Arbeiterturner, und in Würtemberg ist im vorigen Jahre die Abhaltung eines Olympiaspiels daran gescheitert, daß die Deutsche Turnerschaft eine Beteiligung ablehnte, wenn auch die Arbeiterturner mitmachen würden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das sind nicht einzelne Personen, wie Herr Müller meinte, denn die Stuttgarter Deutsche Turnerschaft hätte diese Stellung nicht einnehmen können, wenn nicht hinter ihr die gesamte übrige deutsche Turnerschaft stünde. Ich erinnere auch daran, wie der alte Goek ständig die Arbeiterturnvereine als politisch bezeichnete. Gewiß ist das ein alter Ehrentitel, aber gerade von einem solchen Manne könnte man verlangen, daß er nicht Unverantwortliches redet. Als Zeuge vor Gericht hat er auch einmal die Arbeiterturnvereine schuldig als politisch erklärt. Gründe konnte er auf Verfragen zunächst nicht einen einzigen anführen. Schließlich meinte er, der sozialdemokratische Parteivorstand habe in Lindenberg eine Turnhalle gebaut. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Aber auch das war ein Irrtum. Das sind die Gewährleute, die gegen die Arbeiterturnerschaft auftraten und in die deutsche Turnerschaft die politische Hebe hineintrugen, denn Herr Goek ist Ehrenpräsident und Redakteur der Wälder der Deutschen Turnerschaft. Bei Gemeinderatswahlen in Weihenfeld hat der dortige Verein der Deutschen Turnerschaft in einem offiziellen Flugblatt aufgefordert, nicht die politischen Kandidaten der Sozialdemokratie zu wählen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das sollte einmal ein Arbeiterturnverein tun! Und war der Mann, der in Frankfurt beim Turnertag erklärte,

**Gehorsam gegen den Staat und seine Regierenden**

wäre die erste Turnerpflicht, etwa auch dieser und jener, Herr Müller-Meinungen? (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Ran hat vom Stadion in Berlin gesprochen. Die Berliner Arbeiterturnvereine haben gebeten, auch ihnen das Stadion zu festlichen Veranstaltungen zu überlassen. Man ist ihnen nicht absolut ablehnend entgegengetreten, allerdings wie ich den Eindruck habe, im Hinblick darauf, daß die Bewilligung eines Zuschusses in diesen Tagen in Frage kam. Sowie aber die Absicht des Generalsekretariats, auch der Arbeiterturnerschaft das Stadion einzuräumen, verkündete, hat ein Teil der Verbände, welche dem Reichsausschuß für Veranstaltung der Olympischen Spiele angeschlossen sind, dagegen Einspruch erhoben. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wie darüber entschieden wird, wissen wir noch nicht. Jedenfalls wird es nicht an der Arbeitererschaft liegen, wenn ihre Vereine nicht mit den anderen in einer Reihe für die körperliche Ausbildung des jungen Volkes eintreten können. Herr v. Bobbelski hat sich gestern, wie ja immer bei seinen Reden, wieder eine Entgleisung geleistet. (Heiterkeit.) Peter Schlemm hat sich nicht vor seinen Schattenshadows gefürchtet, sondern er hatte keinen. (Heiterkeit.) Herr v. Bobbelski wirft allerdings einen Schatten, und zwar einen recht kräftigen. (Heiterkeit.) Wir werden uns durch das Fusarenfaheltrassen nicht rühren lassen. Immerhin mag der Herr ganz gute Verdienste um das Stadion haben und möge nun dafür sorgen, daß die Veranstaltung, auf die er Einspruch hat, auch von der Arbeiterklasse benutzt werden kann.

Abg. Müller sagte, es wäre ein Akt der internationalen Courtoisie, daß Deutschland sich nicht bloß einladen ließe, sondern auch einlade. Wir sind gewiß die ersten, die das anerkennen. Wir laden ja auch unsere Freunde aus dem Ausland ein, nur leider schmeckt man sie wieder durch die Polizeier aus — das ist die internationale Courtoisie, wie sie im Deutschen Reich üblich ist. Wir sind da gern bereit, den bürgerlichen Parteien einen politischen Anstand Umgang mit Nationen und Völkern zu bezugieren. Auch wir möchten die fremden Völker gern gastlich empfangen, aber wir sind in einer peinlichen Lage dabei: wir haben uns zu schämen dieser Verhältnisse, die im deutschen Volke herrschen, dieser Ungerechtigkeit und Willkür. Auf uns Sozialdemokraten, auf diesen Reichstag schauen die Turner der ganzen Welt. Sollen wir sie nun hierherladen, damit sie recht deutlich sehen, daß im Deutschen Reich Hunderttausende junger Leute, die sich ihrer körperlichen Ausbildung widmen möchten, daran gehindert werden, daß man ihnen Sport und Spiel

**verfüllt durch die Willkür der Polizei,**

durch die Ungerechtigkeit der herrschenden reaktionären Parteien. Sollen wir ihnen diese schmachvollen politischen Verhältnisse eigens unter die Nase reiben! Im Ausland hat man für solche Meinungen kein Verständnis. Würden das die Turner aus freieren Ländern hören, so würden sie uns mit Recht fragen: Was, das laßt ihr Euch gefallen, und billigt es noch durch Euer Votum? Im Ausland, wo der Reichstag mehr ist als ein Schatten, versteht man es sehr wohl, wenn das Volk zur Demonstration für eine Forderung der Gerechtigkeit eine Budgetforderung ablehnt, auch wenn die Forderung selbst einem guten Zweck dient. Das ist parlamentarische Disziplin, daß man nicht aus Neigung für eine Sache etwas bewilligt, was die politischen Gegner fordern, um nachher die Früchte davon mit Hohn denen, die die Forderung bewilligt haben, vorzuenthalten. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Gewiß gibt es Kreise, die unser Votum nicht verstehen lernen. Das sind all die Leute, die von den tatsächlichen Verhältnissen keine Ahnung haben. Es ist leider wahr, daß die bürgerliche Presse fast ohne Ausnahme in diesen Dingen der Wahrheit nicht durchhilt, daß sie nicht mit der genügenden Ausführlichkeit ihre Leser darüber informiert, ganz abgesehen von den Landrats- und Kreisblättern, die positive Unwahrheiten darüber verbreiten. Die Dinge, die Herr Hansen heute mitteilte, waren wieder

**ein Schlag ins Gesicht der Gerechtigkeit und Wahrheit,**

Wir haben im vorigen Winter von einer Entscheidung des Reichsgerichts gesprochen, wonach Schulbehörden das Recht haben, den Turnunterricht Jugendlichen unter ihre Obhut zu nehmen — das heißt zu verbieten. Ich teilte damals mit, daß die preussische Regierung den Standpunkt vertrat, das schuldbedürftige Alter ginge bis zur Großjährigkeit. Das Reichsgericht hatte aber abgelehnt, sich über diese Frage auszusprechen. Der Vertreter des Oberreichsanwalts hat sich ausdrücklich nicht auf den preussischen Standpunkt gestellt. Es ist ja auch lächerlich: Nach dem Reichs-

bezeugsch können Personen über 18 Jahre allen politischen Versammlungen teilzunehmen, und Personen unter 18 Jahren auch turnerischen Veranstaltungen politischer Vereine. Und da erlaubt sich die Verwaltungsbehörde unter dem Vorwand, es handle sich um schuldbedürftige Personen, jungen Leuten bis zum 21. Jahre das Turnen zu verbieten. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wie Herr Hansen mitteilte, geht man nun heute sogar über die Grenze der Großjährigkeit. Auf die Gefahr hin, mit einem Ordnungsruf zuzugreifen, muß ich sagen, das ist ein krasser Rechtsbruch,

und eine Rechtsverdrängung. — Auch dem Arbeiter-Turnverein „Fichte“ wird nicht gestattet, Personen unter 18 Jahren turnen zu lassen, indem man den dortigen Vorturnern keinen Turnunterricht-Erlaubnischein erteilt, den die Vorturner der Deutschen Turnerschaft ohne weiteres erhalten. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ja, als der Turnverein „Fichte“ nunmehr eine Anzahl staatlich geprüfter Turnlehrer, die im Besitz des Erlaubnischeines sind, engagierte, verbot die Behörde trotzdem die Erteilung des Unterrichts im Turnverein „Fichte“. (Lebhaftes Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Hier zeigt sich deutlich, daß die sogenannte Fürsorge für die schuldbedürftigen Personen vor ungeeigneten Lehrkräften nur ein Vorwand ist. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Und diese Leute erklären, sie hätten Interesse an der körperlichen Erhaltung des Volkes. (Hört! rechts: Lieberbuch!) Es handelt sich darum, ob Personen, die die Erlaubnis haben, Turnunterricht zu erteilen, auch Mitglieder des Arbeiterturnvereins unterrichten dürfen. Das hat mit dem Lieberbuch gar nichts zu tun. Natürlich, man sagt, die Arbeiterturnvereine seien nicht national. Mit keinem Wort wird ein nichtswürdigerer Unsinn getrieben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wir haben oft genug gesagt, daß wir mit unserer politischen Stellungnahme unserer Nation besser zu dienen glauben als Sie. Das sind Heberzeugungsfragen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wir verbieten uns aber, daß Sie erklären, wir seien nicht national, weil wir unserem Volke auf unsere Art zu dienen beabsichtigen. Freilich, die Kriegstreiber, das was Sie national nennen, den Servilismus nach oben und das Treten nach unten, das lehnen wir als nichtnational ab. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Wenn wir gegen diese Forderung Protest erheben, so beabsichtigen wir damit eine Demonstration gegen die Ungerechtigkeit und Unwahrhaftigkeit, die im Deutschen Reich herrscht gegenüber den Arbeiterturnern, oder den nationalen Bruchstücken, die nicht mit den Konservativen gehen. Wir denken uns, endlich einmal muß doch die Stimme der Wahrheit durchdringen — nicht bei den Regierungen, ein solcher Phantast bin ich nicht; aber in weiten Kreisen des Volkes und bei den Politikern dieses Hauses. In den ersten Männern innerhalb der anderen Fraktionen haben wir das Vertrauen, daß sie, wenn auch allmählich und langsam, so doch schließlich einsehen werden, daß hier eine empörende Ungerechtigkeit vorliegt, die Deutschland zu

**Schmach und Schande**

gereicht. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Besonders hoffen wir das von denen, die selbst Freunde des Sports sind, daß sie endlich zu der Erkenntnis kommen, es darf es nicht weitergehen, es muß Licht und Schatten gleichmäßig verteilt werden. Geht nicht das, so hören auch die Kämpfe auf. In dem Augenblick, wo alle gleich behandelt werden, ist eine Konkurrenz der Organisationen überflüssig geworden. Ich hoffe, daß das eintreten wird, und um denen, die Interesse für die Sache haben, der ganzen Turnerschaft, die Augen zu öffnen, deshalb stimmen wir für die Streichung dieser Forderung. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Die Debatte schließt, die Abstimmung wird ausgesetzt. Im außerordentlichen Etat werden zur Förderung der Herstellung von Kleinwohnungen 4 Millionen Mark verlangt.

**Abg. Rumm (Wirtsch. Bgg.)**

wünscht, daß mehr und schneller Kleinwohnungen gebaut werden. Der außerordentliche Etat wird genehmigt, ebenso die Einnahmen.

Damit ist der Etat des Reichsamts des Innern erledigt. Hierzu wird in erster, zweiter und dritter Beratung debattelos der Gesetzentwurf angenommen, der die Frist zur Beschäftigung von Hilfsmitgliebern beim Patentaamt bis zum 31. März 1916 verlängert.

Hierauf vertagt das Haus die weitere Staatsberatung auf Montag 2 Uhr.

Schluß 2 Uhr.

**Abgeordnetenhaus.**

27. Sitzung, Sonnabend, den 14. Februar 1914, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: v. Dallwitz.

**Der Etat des Innern.**

Zunächst werden die Anträge Schmedding (3.) auf Nebennahme der Fürsorge für die gemeingefährlichen Geisteskranken auf den Staat und Braun (Soz.) auf Regelung des Irrenrechts beraten.

**Abg. Frhr. v. Schenk zu Schweinsberg (L.):**

Wir stimmen dem Antrag zu. Die Kostenfrage darf nicht ausschlaggebend sein. Die Unterbringung der gemeingefährlichen Geisteskranken in den öffentlichen Irrenanstalten auf Kosten der Provinzialverwaltung halten wir für verfehlt.

**Abg. Dr. Schröder-Kassel (natl.)**

schließt sich den Ausführungen des Vordredners an und stimmt dem Antrag Schmedding zu. Die gestrigen Einwände des Ministers gegen diesen Antrag sind unzutreffend. Es liegt ein Antrag der Sozialdemokraten vor, der von der Regierung eine Regelung des Irrenrechts fordert, soweit dasselbe nicht reichsgesetzlich geregelt ist. Meine Freunde im Reichstag haben schon früher eine reichsgesetzliche Regelung des Irrenrechts gewünscht. Aber diese Frage ist so schwierig, daß sie nicht kurzer Hand im Landtag entschieden werden kann. Es wird am besten sein, diesen Antrag an die Justizkommission zu überweisen.

**Minister des Innern v. Dallwitz:**

Die Voraussetzungen, von denen der Antrag Schmedding ausgeht, sind unzutreffend. Die Regierung sieht diesem Antrag nach wie vor ablehnend gegenüber. Eine Teilung der Irrenpflege, wie sie der Abg. Schröder vorgeschlagen hat, läßt sich nicht durchführen.

**Abg. Dr. Flesch (Rp.):**

Wir werden sowohl für den Antrag Schmedding wie für den Antrag der Sozialdemokraten stimmen. Diesen Antrag an eine Kommission zu verweisen ist unmöglich, da wir einen ähnlichen Antrag bereits früher angenommen. Es ist bedauerlich, daß Preußen noch keine gesetzliche Regelung des Irrenwesens besitzt. Es handelt sich bei dieser Frage doch auch um das Wohl und die Sicherheit der Allgemeinheit; da ist es erstaunlich, daß der Minister sich weigert, die Nebennahme der Irrenpflege durch den Staat zuzugestehen.

**Abg. Dr. Liebknecht (Soz.)**

Durch Geisteskranken sind schon sehr schwere Unfälle hervorgerufen worden, wie das furchtbare Wüten eines Jünglings in einer Bremer Schule und der Fall Wagner in Württemberg beweisen. Außerdem aber erscheint eine Reform des Irrenrechts dringend erforderlich durch die häufigen Fälle, in denen Leute durch Erblichkeit ihrer Angehörigen, Reiz usw. entmündigt und gegen Vermögensraub und Betrug wehrlos gemacht werden. Gegenüber solchen Zuständen kann die Kostenfrage keine Rolle spielen. Es

handelt sich bei der Reform des Irrenrechts um viele und komplizierte Fragen, wie des

**Schutzes der Öffentlichkeit**

gegen gemeingefährliche Geisteskrane und der Zerteilung zwischen Staat und Provinzen, in der ich mich dem Minister anschließen will es doch keinen Unterschied machen darf, ob der Geisteskrane bemittelt ist oder nicht. Die gemeingefährlichen Geisteskranken sind einheitlich und gleichmäßig zu behandeln, während der Antrag Schmedding die Verschiedenheiten einführen will. Sehr falsch wäre es, wenn polizeiliche Gesichtspunkte zum Nachteil der medizinischen in den Vordergrund treten würden. Bei aller Rücksicht auf die nötige Schonung der Gesellschaft muß doch auch diesen bedauernswerten Kranken mitteilig gegenübergetreten werden. Da es sich aber um Interessen der Allgemeinheit handelt, hätte allerdings der Staat sie wahrzunehmen, statt sich in Kompetenzstreitigkeiten mit den Gemeinden und Provinzen verliert, wie es der Minister gestern tat. Man kann von den Gemeinden die Unterbringung der Gemeingefährlichen nicht verlangen, sondern sie muß einheitlich durch den Staat geschehen. Ob Staat oder Provinzen die Kosten aufbringen, ist für die Allgemeinheit recht gleichgültig. Wir stimmen trotz einzelner Bedenken für den Antrag Schmedding, aber viel wesentlicher ist unser Antrag. Das Haus hat schon am 16. April v. J. diesen Antrag einstimmig angenommen, wozu da noch eine Kommissionsberatung? Das wäre ein Mißtrauensvotum des Hauses gegen sich selbst. Es handelt sich um eine höchst dringliche Aufgabe, auf die schon 1892 von Stöder in der „Kreuzzeitung“ hingewiesen wurde, und die Reform des Irrenwesens ist auch längst in den Göttinger Tischen verlangt. Die Regierung hat mehrfach Zusagen gegeben. Die Bewegung ist aber noch nicht zu ihrem Ziele gelangt, obgleich in zahlreichen ausländischen Staaten und auch in Sachsen-Weimar, Elsaß-Lothringen usw. Irrengesetze bestehen, die sich bewährt haben und auch gar nicht so kompliziert sind. Ein solches Gesetz ist notwendig zum Schutz der Allgemeinheit gegen gefährliche Irre, aber auch zum Schutz des Individuums gegen

**rechtswidrige Internierung**

als Geisteskranker. Das Gesetz müßte Aufnahme und Entlassung in und aus Irrenanstalten regeln, ein geordnetes Rechtsmittelverfahren, unabhängige Ueberweisung, auch durch Laien, und die Verhältnisse des Personals regeln. Den Geisteskranken und ihren Angehörigen müssen bestimmte Rechte gegeben werden. Das Verwaltungsstreitverfahren gegen polizeiliche Unterbringung reicht nicht aus und sieht auch nur einem sehr kleinen Kreis zu. Wenn der Internierte nicht entmündigt ist und nicht einen gewissenhaften Vormund hat, wird er die Rechtsmittel nicht anwenden können. Sie müssen auch den nahen Verwandten und solchen Personen, die ein besonderes Interesse daran haben, gegeben werden. Wenn auch widerrechtliche Internierungen lange nicht so zahlreich sind wie früher, so müssen auch Garantien gegeben werden, daß sich auch nur wenige Fälle ereignen. Bei allem grohen und berechtigten Vertrauen zu den Ärzten muß doch zugegeben werden, daß Mißgriffe vorkommen und dann: es muß doch die Polizei den Psychiatern so oft ins Panduere und entläßt Internierte nicht, trotzdem der Psychiater sich dafür entschieden hat. Dagegen müssen Rechtsgarantien geschaffen werden. Die Internierten müssen sich mit der Außenwelt in Verbindung setzen können. Das Besuchswesen, das Recht zu korrespondieren muß geregelt werden. Man kann ja den Briefen erläuternde Bemerkungen hinzufügen, aber man darf die Briefe doch nicht zurückhalten. Das muß auf die Kranken sehr nachhaltig wirken und erst recht auf widerrechtlich Eingeschlossene. Refusgerichte, zum Teil aus Medizinern bestehend, müssen eingesetzt werden. Wurde doch in Berlin ein Straßenhändler wegen wiederholter Uebertretung der Polizeianordnungen als gemeingefährlich interniert. (Hört! hört!) Nehmen Sie, wie im Vorjahr, unseren Antrag ohne Kommissionsberatung an, wiederholen Sie den schon einmal gefassten Beschluß und veranlassen Sie dadurch die Beschleunigung der Einbringung der schon lange angelegten Vorlage! (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

**Abg. Bierel (L.):**

Der Staat ist verpflichtet, für die Unterbringung derjenigen Geisteskranken zu sorgen, deren Internierung die Sicherheitspolizei fordert. Klagen über unrechtmäßige Einperrung in die Irrenanstalten werden erst aufzuheben, wenn eine gesetzliche Regelung der Irrenpflege getroffen worden ist. Der sozialdemokratische Antrag muß an die Justizkommission verwiesen werden, da der Entwurf des neuen Strafgesetzbuches Fragen aufwirft, die mit der Irrenpflege zusammenhängen. Wir stimmen ihm zu, da eine gesetzliche Regelung der Irrenpflege, zwar keine reichsgesetzliche, wohl aber eine landesgesetzliche, dringend notwendig ist.

**Ein Regierungskommissar:**

Nach den Entscheidungen des Verwaltungsgerichts ist die Sorge für die Geisteskranken Sache der Kreispolizei und nicht der Landespolizei.

**Abg. Schmedding (3.):**

Wir wollen den jetzigen Zustand, daß die Gemeinden die Kosten tragen, ändern und steuern und über die Zustimmung, die unser Antrag im Hause gefunden hat.

**Abg. Dr. Liebknecht (Soz.):**

Trotz der Begründung, die der Abg. Bierel gab, bitten wir von einer Ueberweisung unseres Antrages an die Justizkommission abzusehen. Daß durch den Entwurf des neuen Strafgesetzbuches neue Fragen aufgerollt werden, wußte man schon früher, als das Haus im vorigen Jahre dem gleichen Antrage zustimmte. Der Abg. Bierel wird doch nicht meinen, daß man mit der Regelung der Irrenpflege warten solle bis der Entwurf des Strafgesetzbuches Gesetz geworden ist, denn es ist sehr wohl möglich, daß sich das noch sehr lange hinauszieht. Die Regelung der Irrenpflege ist eine äußerst dringende Angelegenheit. Das ist auch von der Regierung anerkannt worden. Wenn neue Materien und Fragen aufstehen, so kann man sie durch eine Novelle zum Irrengesetz regeln. So schwierig ist überhaupt die ganze Frage nicht zu lösen. Erst vor kurzer Zeit hat sich die Öffentlichkeit mit dem Fall Kroh beschäftigt, in dem hier in Berlin ein Mann als angeblich geisteskrank auf Betreiben seines Vaters verhaftet und nach Desterreich transportiert worden. Der „Vorwärts“ hat sich von einer ausführlichen Beschäftigung dieser Angelegenheit mit Absicht zurückgehalten. Man hat ihm sogar einen Vorwurf daraus gemacht. Aber die andere Presse hat sich ausgiebig damit befaßt. Gäbe es erforderliche Rechtsgarantien für die Geisteskranken, so wäre kein Grund vorhanden, sich aufzuregen. Die Tatsache der Rechtlosigkeit, die

**Willkür der Verwaltungsorgane**

begünstigt alle die Wortwüste, die gegen die Verwaltung erhoben werden. Es ist also geradezu ein staatsgefährliches Interesse, solche Wortwüste durch eine gesetzliche Regelung des Irrenwesens ein für allemal zu beseitigen. Der Mangel an einer solchen Regelung begünstigt die Gefahr, die der Allgemeinheit besonders auch durch die geheimen Geisteskranken erwachsen. Diese Kranken haben Angst davor, die Krankheit anzugeben, weil sie, wegen der Rechtlosigkeit der Irren, den Aufenthalt in einer Irrenanstalt wie das Lebendigbegraben sein fürchten. Durch eine gesetzliche Regelung des Irrenwesens würde auch diese Gefahr beseitigt werden. Noch einmal ersuche ich den Regierungsbereiter und den Minister, uns darüber Auskunft zu geben, wie weit die Vorarbeiten für ein Irrengesetz gegeben sind. Diese Frage ist schon deshalb berechtigt, weil bereits durch die Presse Nachrichten über diese Vorarbeiten gegangen sind und das Haus sich einmütig für ein solches Gesetz ausgesprochen hat. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

**Minister v. Dallwitz:**

Auf Grund des Beschlusses des Abgeordnetenhauses im vorigen Jahre habe ich mich mit dem Justizminister in Verbindung gesetzt. Die Erörterungen schweben noch.



Damit schließt die Beratung dieser Anträge.

### Die preussische Dänenpolitik.

Abg. Johannsen (fr.):

Die dänische Agitation in Schleswig-Holstein ist im Nachen begriffen. Das Ziel dieser Agitation ist Schürung des Deutschen Hasses und Wiedervereinigung mit Dänemark. Die Regierung erkennt den Ernst der Lage nicht und hat die dänische Agitation durch ihr Schwanen gestärkt. Auch die Parlamente hätten die Deutschen wirksamer unterstützen sollen, auch die Presse hat es hieran fehlen lassen. Die Regierung sollte den Zugang von Reichsdänen verbieten und den Dänen gegenüber keine Nachgiebigkeit zeigen. (Beifall rechts.)

Abg. Nissen (Däne):

Das Verbot der preussischen Regierung gegen Amundsen und seinen Vortrag mußte eine andere Kulturaktion schwer verletzen. Herr v. Kardorff sollte dafür sorgen, daß Preußen sich nicht wieder derartige Blamagen zuzieht. In einer Hensburger Versammlung wurde der Bericht über die Hensburger Agitation gelesen, den Saal zu verlassen, weil er nicht aufstehen wollte, als ein antidänisches Lied gesungen wurde. Als er hinausging mußte er sich vor groben Mißhandlungen schützen. Der Staatsanwalt lehnte aber einen Antrag auf Verfolgung der Schuldigen mit einer schnodderigen Redensart ab. (Vizepräsident Dr. Porck bittet den Redner, etwas ruhigere Ausdrücke zu wählen.) Ferner haben wir Dänen uns über die bekannten Landungsverbote dänischer Luftreisender durch die Behörden zu beschweren. Wie ist ein solches Verhalten mit der internationalen Höflichkeit zu vereinbaren? Als sich die dänischen Luftreisenden, die in Sonderburg nicht landen durften, beim Landrat beschwerten wollten, verdeckte er sich hinter einem Bretterhaus und freute sich wie ein kleiner Junge. Im Gegensatz dazu steht die Aufnahme der Deutschen in Dänemark.

Der Landrat hat dem dänischen Ausflugsdampfer nicht nur in Sonderburg die Landung verboten, sondern ihn auch nur weiterfahren lassen nach Angabe des Ziels! (Hört! hört! links.) Die Konservativen und Nationalliberalen begleiten die Verlesung des Wases mit Beifallsrufen. Ein deutsches Hensburger Blatt stellt fest, daß deutsche Ausflügler in Fredericia freundlich empfangen wurden und darunter war der Nordmarkenvorsteher aus Sonderburg. Sogar das Anbordgehen preussischer Staatsbürger wurde in Sonderburger Kreis verboten. Im Apenrade Kreis war man etwas weniger ostentativ. (Lachen rechts und bei den Nationalliberalen.) Aber die Landräte halten sich nicht ans Gesetz. Eine dänische Vortragende über Missionswesen wollte man zum Redeverbot noch aufweisen, bestand aber nicht darauf, als man erfuhr, daß sie englische Staatsbürgerin war. (Hört! hört! links.) Das Verbot an Direktor Fall, über die Fliegenplage zu sprechen, schadet uns nicht; wenn sich die Behörden blamieren wollen — wir können sie daran nicht hindern! (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Das Reichsversicherungs-gesetz wird uns gegenüber unausgesetzt übertreten. (Der Redner bringt dafür Fälle vor, darunter einen, wo eine deutsche Versammlung acht Weilen weit die öffentliche Sicherheit bei einer dänischen Gefährdung sollte. Dabei kommen bei uns Gewalttätigkeiten und Widerstand gegen die Staatsgewalt nie vor! Systematisch werden unsere geschlossenen Vereinsversammlungen überwacht. (Widerpruch des Abg. Hammer.) Kennen Sie denn die Verhältnisse! (Zuruf Hammer.) Er ist da einmal durchgeföhrt! (Große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten und Polen.) Ein Landrat hat erklärt, daß das Alter nicht maßgebend ist für den Begriff „Jugendliche“. Auf Grund von Verordnungen von 1817—1839 verbietet man Turnunterricht. Vizepräsident Porck: Das gehört zum Kultusetat! Und das soll Kulturarbeit sein! Ein Landeshauptdirektor Dr. Haber hat auch den Dänen jenseits der Königsgau den Kampf und uns die Enteignung angedroht. Vernünftige Deutsche verurteilen selbst diese Art, die die nationalen Gegenstände im Norden schüren will, um das Wohlglück der Konservativen und Nationalliberalen zu verbessern. Durch gleiches Recht würden Sie zwar nichts erreichen, wozu wir uns nicht zwingen lassen, daß wir unsere Sprache und Eigenart aufgeben, wohl aber erträgliche Verhältnisse. (Wau! bei den Polen und Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Schifferer (natl.):

Dieses Erinnerungsjahr für Schleswig-Holstein sollte die Deutschen mahnen, ihre Vorkämpfer im Norden zu stützen. Die Regierung tritt der energischen Arbeit der Dänen nicht entschlossen genug entgegen, was die Deutschen beunruhigt und die Dänen anspornt. Gerechtigkeit und Entschiedenheit fordern wir von der Regierung; mit Idealismus und Träumerei erzielt man keine Erfolge. Das große Entgegenkommen beim Optantenvertrag hat das Gegenteil des erwarteten Erfolgs geliefert und den Kampf nur verschärft. Auch führende fortschrittliche Blätter haben erklärt, daß Nachgiebigkeit um jedem Preis nicht zum Ziele führt. Eine geschlossene Front aller Deutschen

in dieser Frage ist die Voraussetzung für eine wirksame Politik. Auf wirtschaftlichem, politischem und kulturellem Gebiete arbeiten die Dänen auf eine Wiedervereinigung mit Dänemark. Wir weisen die Unterstellungen des dänischen Abgeordneten betreffend die Objektivität unseres Richterstandes entschieden zurück. Wir wenden uns nicht gegen die dänische Bevölkerung als solche und gegen ihre Kultur und Sprache, sondern gegen den Mißbrauch dieser Kultur und Sprache zu politischen Zwecken, die sich mit unserem nationalen Interesse nicht vereinigen lassen. Vor allem sucht man die Jugend in den dänischen Jugendorganisationen mit Haß gegen das Deutschtum zu erfüllen. Bei Nacht und Nebel holt man reichdänische Redner nach Schleswig herüber, die die Bevölkerung gegen die preussische Regierung aufreizen. Wir müssen die Regierung gegen die Versuche der Dänen, sie vor dem Auslande lächerlich zu machen, in Schutz nehmen. In immer größerem Umfange bedient sich die dänische Agitation des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Vorkotts. Vor den letzten Landtagswahlen hat man den deutschen Gewerbetreibenden, die auf die dänische Kundtschaft angewiesen sind, mit dem Wohlstand gedroht. Die Zustände in der Nordmark sind für die Deutschen unerträglich und unvereinbar mit der Würde des Deutschen Reiches geworden. (Sehr richtig! rechts.) Die letzten Wahlen in Schleswig haben ein Anwachsen des dänischen Elementes gezeigt, wie wir es seit 1867 nicht erlebt haben. Die Regierung hat es an der nötigen Energie fehlen lassen und der Minister hat einen schweren Fehler begangen, als er die Klagen der Deutschen in Schleswig als übertrieben bezeichnete. Die Ostmarkenpolitik muß ohne Rücksicht auf die auswärtige gemacht werden. Weiter ist der Minister auf die brennende Frage der Staatenlosen nicht eingegangen. Durch einen Vertrag mit Dänemark sollte sich dieses verpflichten, die Staatenlosen zu dänischen Staatsbürgern zu machen. Gegenwärtig spielen die Staatenlosen in der dänischen Agitation eine bedeutende Rolle. Zur Beseitigung dieser Mißstände brauchen wir die

Politik einer starken Front.

(Beifall rechts und bei den Nationalliberalen. — Lachen bei den Dänen.) Planmäßig muß das Deutschtum in Schleswig vor allem durch eine konsequente Bodenpolitik gestärkt werden

Minister v. Dallwig:

Der dänische Vergnügungsdampfer, dessen Landung in Sonderburg vom Landrat verboten wurde, sollte zahlreiche Reichsdänen nach Schleswig befördern, die mit den preussischen Dänen ein Verbrüderungsfest feiern und einen Demonstrationzug veranstalten wollten. Das Verbot war also berechtigt. Der Fall Amundsen ist ein vereinzelter Ausnahmefall, der in keinem inneren Zusammenhang mit der Dänenpolitik der Regierung steht, da es sich ja um einen Vortrag in norwegischer Sprache handelte. Lebensfalls bedeutet die Aufhebung des Verbotes keine Änderung unserer Dänenpolitik. Der Vortrag des Abg. Schifferer, daß die Regierung nicht energisch genug gegen die Agitation der Dänen vorgegangen

sei, ist unzutreffend. Die Staatsregierung wird es an einem systematischen Vorgehen gegen diese Agitation nicht fehlen lassen. Unsere Maßnahmen zur Stärkung des Deutschtums sind wirksamer als alle Polizeimaßregeln.

Abg. Graf v. Baudissin

schließt sich den Ausführungen der Abg. Johannsen und Schifferer an und weist auf den engen Zusammenhang der selbsttätigen Vereine mit den Reichsdänen hin. Die Dänenpolitik läßt seit längerer Zeit den Eindruck der Stöckigkeit vermissen. Von einer festeren Politik erwarten wir bessere Zustände in der Nordmark.

Das Haus verliert sich.

Abg. Schifferer und Nissen (persönlich)

wenden sich gegen einige Ausführungen des Ministers.

Auf eine Anfrage des Abg. Hennings-Teichlin (L.) erklärt der Präsident Graf v. Schwerin-Löwisch, daß nach Schluß der Generaldiskussion über den Etat des Ministeriums des Innern die Anträge zugunsten der durch Hochwasser Geschädigten auf die Tagesordnung gesetzt werden sollen.

Fortsetzung der Beratung des Etats des Innern: Montag 11 Uhr.

Schluß: 15 Uhr.

## Wirtschaftlicher Wochenbericht.

### Erweiterung der Deutschen Bank. Großbanken und Börsenhäuser.

Im Herbst vergangenen Jahres bereits war in Börsenkreisen davon die Rede, daß mehrere Großbanken die im Frühjahr 1914 zu erwartende Erleichterung des Geldmarktes auszunutzen würden, um Kapitalerhöhungen vorzunehmen. Von allen Großbanken scheint indessen zunächst nur eine, die Deutsche Bank, diese Absicht verwirklichen zu wollen. Die anderen Banken halten den Zeitpunkt noch nicht für günstig. Einzelne von ihnen müssen sogar Dividendenherabsetzungen vornehmen, weil das Bankgeschäft trotz der hohen Einflüsse durch die Erleichterung des Kredits, durch Kursverluste und sonstige Wirkungen des Konjunkturrückganges weniger rentabel war als in den Vorjahren. So wird die Nationalbank ihre Dividende um 1/2 Prozent auf 6 1/2 Prozent heruntersetzen und der Schaaffhausensche Bankverein muß die Dividende sogar um 2 Prozent bis auf 3 Prozent reduzieren. Diese für die betroffenen Großbanken unangenehme Situation muß nun gerade die Deutsche Bank aus, um ihrerseits durch eine Kapitalerhöhung ihre Konkurrenzfähigkeit zu erhöhen. Diese Vermehrung ist umso bedeutsamer, als sie zur völligen Angliederung einer Tochterbank benutzt werden soll, die ihre Tätigkeit im Hauptfeld des Schaaffhausenschen Bankvereins ausübt. Schon seit 1897 steht die Vergisch-Märkische Bank in Elberfeld unter Kontrolle der Deutschen Bank. Die Großbank hat ihren Einfluß auf die Elberfelder Bank inzwischen verstärkt; sie besitzt heute mindestens 50 Millionen von dem 80 Mill. Mark hohen Kapital der Provinzbank. Jetzt plant die Deutsche Bank, ihr Tochterinstitut völlig aufzukaufen, so daß die Vergbank als selbständiges Unternehmen verschwindet. Zunächst würde das nur wie ein Wechsel des Firmenschildes aussehen, denn auch heute leitet die Deutsche Bank in Wahrheit das kleinere Institut. Aber tatsächlich gewinnt die Berliner Großbank durch den Namenswechsel der Vergbank mehr. Einmal werden Organisationskosten gespart, die in der Bilanz von Großbanken einen immer größeren Postenposten einnehmen. Dann aber gewinnt die kleinere Bank durch den Namenswechsel an Prestige, das sich in reicheren Zuflüssen von Depostengeldern und Zunahme der Geschäftverbindungen umlegen wird. Die ungeheuren Nachmittels, die hinter einer Großbank stehen, üben eine größere Anziehungskraft aus, wenn die Großbank unmittelbar, ohne Zwischenglieder, die Verantwortung übernimmt. Gerade im rheinischen Industriegebiet, in dem die Vergisch-Märkische Bank arbeitet, wünscht nun die Deutsche Bank als solche aufzutreten. Einfluß übt sie zwar in diesem Gebiet schon außer durch die Vergbank auch durch die Rheinische Kreditbank (Mannheim) und die Essener Kreditanstalt aus. Aber ein offener Vorstoß wird besonders deshalb von der Leitung beabsichtigt, weil auch andere Großbanken dort eigene Filialen unterhalten. So sitzt die Darmstädter Bank seit Anfang 1910 in Düsseldorf, die Diskontogesellschaft seit Ende 1911 in Essen a. Ruhr und der Schaaffhausensche Bankverein in Köln beabsichtigt, nach seinen Mißerfolgen in Berlin, sich wiederum vorzugsweise seinem alten Arbeitsgebiet, dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet, zuzuwenden. Die Angliederung der Vergbank ist also ein Konkurrenzvorstoß, der vornehmlich gegen Schaaffhausen gerichtet ist, die gegenwärtig durch den beträchtlichen Dividendenrückgang sich in schwächerer Position befindet. Die Vergbank, das drittgrößte Kreditinstitut in Westdeutschland ist durch 88 Filialen und Depostenkassen ziemlich fest mit dem Industriegebiet verbunden und durch die geplante Fusion tritt die Deutsche Bank in diese vielfachen Beziehungen ein, die sie mit ihren größeren Mitteln weiter ausbauen und wertvoller gestalten wird.

Sobiel bisher von der geplanten Transaktion bekannt ist, werden die Aktionäre der Vergbank für sie fünf Vergaktien je drei Aktien der Deutschen Bank erhalten. Da die Deutsche Bank aber bereits 50 Millionen der Vergbankaktien besitzt, würden zum Umtausch des Restes von 30 Millionen bei dem hohen Kursstand der Aktien der Deutschen Bank (258 Proz.) höchstens noch 18 Millionen nötig sein. Wenn die Deutsche Bank trotzdem ihr Kapital um 50 Millionen Mark erhöhen will, so geht daraus die Absicht hervor, die Tätigkeit allgemein zu erweitern. Allerdings besteht auch die Möglichkeit, daß ein Teil des neuen Kapitals zu besonderen Abwicklungen auf die Bestände der Vergbank nötig sein wird. Die Vergbank hat in den letzten Jahren auf dem Terrain- und Baumarkt große Verluste erlitten. Im Jahre 1911 mußte sie deshalb die Dividende von 8 1/2 auf 7 Proz. ermäßigen; im Jahre 1912 stieg die Dividende allerdings wieder auf 7 1/2 Proz.

Die Pause zwischen der letzten Kapitalerhöhung (im Jahre 1905) und der jetzt geplanten der Deutschen Bank ist verhältnismäßig groß. Inzwischen haben auch andere Banken ihr Kapital auf 200 Millionen gebracht: die Dresdner Bank (1910) und die Diskontogesellschaft (1911). Die Erhöhung auf 250 Millionen würde der Deutschen Bank wieder einen großen Vorsprung schaffen. Neben diesem Aktienkapital verfügt die Bank noch über mehr als 110 Millionen offene Reserven. Nach der Verschmelzung mit der Vergisch-Märkischen Bank werden sich Aktienkapital plus Reserve auf rund 470 Millionen belaufen. (Die Vergbank verfügt heute über 80 Millionen Kapital und 28 Millionen Reserven.) Dazu treten an fremden Mitteln, die von der Deutschen Bank verwaltet werden, etwa 1900 Millionen. Die Großbank repräsentiert gegenwärtig eine Kapitalmacht von etwa 2255 Millionen, wobei die Mittel der zahlreichen Tochterinstitute noch nicht mitberücksichtigt worden sind. Da die Gesamtkapital der Vergbank auf rund 480 Millionen berechnet werden, wird sich die Kapitalmacht der Deutschen Bank auf 2685 Millionen oder fast 2 1/2 Milliarden erhöhen. Das nächstgrößte Institut, die Dresdner Bank, verfügt erst über ein Kapital von 1448 Millionen. Das Uebergewicht der Deutschen Bank geht aus diesen Zahlen klar hervor.

Die gewaltige Macht der Großbanken erklärt auch die von bürgerlicher Seite zugegebene Tatsache, daß die Großbanken Ende vergangenen Jahres die Kurse von Dividendenpapieren absichtlich gedrückt haben. Der Zweck war dabei, das Vermögen der zur Zahlung des Beitrages Verpflichteten zu verringern. Nach dem 31. Januar 1913, der als Grundlage für die Berechnung des Beitrages galt, sind die Kurse dann gestiegen. Es notierten an der Berliner Börse:

	31. 12. 13	13. 2. 14
Deutsche Bank . . . . .	248	258,75
Dresdner Bank . . . . .	150,9	157,75
Berliner Handelsgesellschaft . . . . .	155,5	163,5
Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft . . . . .	234,8	246,75
Kunze-Friede . . . . .	157	168,5
Hochmer Wühlstahl . . . . .	208,1	226,5
Gelsenkirchen . . . . .	183,9	196
Harpen . . . . .	172,5	189,1
Laurahütte . . . . .	182	164,6
Phönix . . . . .	234,1	244,4

Die Kurssteigerungen müssen auffallen, weil die Konjunkturaussichten sich im Winter weiter verschlechtert haben. Mehrere der genannten Unternehmungen haben gerade jetzt Nachweise über verringerte Betriebseinnahmen veröffentlicht. Die Erleichterung auf dem Geldmarkt und die Herabsetzung des Zinsfußes haben zwar in der gleichen Richtung der Kurssteigerung gewirkt, aber beides kündigte sich bereits im Herbst vorigen Jahres an, während die Börsenhäuser erst Anfang dieses Jahres einsetzte.

## Aus aller Welt.

### Priester gegen den „Parsifal“.

Die böhmischen und mährischen Kleriker hielten dieser Tage in Prag ihre Jahresversammlung ab, eucharistischer Priesterkongreg benannt. Bei dieser Gelegenheit wollte das tschechische Nationaltheater den schwarzen Herrschafen einen außergewöhnlichen Aufführung bereiten, indem es Wagners „Parsifal“ auf den Spielplan setzte. Aber der Mensch denkt und der Priester lenkt. Die Theaterleitung fand bei den hoch- und ehrwürdigen schwarzen Herren nur wenig Verständnis und Würdigung, sie widerstanden mannhaft den Lodungen der ländlichen Welt. Auf Vorschlag ihres Bräuner Amtsbüroers beschloßen die Prälaten und Bischöfe, daß der Kongreg der „Parsifal“-Aufführung keinesfalls geschlossen beizuhören. Die Oper sei nicht frei von unsittlichen Stellen, sogar der Titelheld sei ein sträflicher Säufer, der sich von den Blumenmädchen habe verführen lassen und verbotener Sinnes- und Fleischeslust allzu leicht zum Opfer gefallen sei; ferner, das Stück lasse mancherorts die richtige christliche Jugenbildhaftigkeit vermissen und sei also geeignet, das katholische Sittlichkeitsempfinden zu verletzen. Von den hohen Würdensträgern wohnten denn auch nur ein Abt und ein Bischof der Vorstellung bei, nur die niedere Geistlichkeit war zahlreicher erschienen. O ländliche Welt! Da ist jahrelang die Wagnergemeinde nach Wahreuth gepilgert, um sich an dem Beispiel zu erbauen, ungezählte Tausende, denen die braunen Lappen nicht so locker saßen, haben in den letzten Wochen Gelegenheit genommen, das Werk kennen zu lernen und erst der böhmischen Geistlichkeit war es vorbehalten, die Unsittlichkeit des „Parsifal“ aufzudecken.

### Patriotismus im Rausch.

Das „Börsenblatt für den Deutschen Buchhandel“ enthält in seiner Nummer 34 vom 11. Februar 1914 folgendes interessante Inserat:

#### Reklamsache

(gegen 30 000 Eopl.) einer in großen Auflagen abgelegten guten, billigen und vollständigen Broschüre, welche die Regierungstätigkeit Sr. Majestät Kaiser Wilhelms II. in gemeinverständlich Weise behandelt, besonderer Umstände halber ganz oder geteilt billig abzugeben.

Geil. Anfragen usw.

Der „Geist der Zustlosigkeit“ muß arg um sich gegriffen haben, wenn so vollständige Lektüre schon im Rausch verkauft werden muß.

### Die Dummen werden nicht alle.

Die Hamburger Polizei verhaftete eine in Sankt Pauli wohnende Kartenlegerin namens Anna Ernst, die es verstanden hat, zwei Dienstmädchen und einen Zahnarzt davon zu überzeugen, daß sie in Italien eine Erbschaft von 120 000 Mark zu erwarten hätte, die jedoch erst ausgelagert werden müsse. In diesem Zwecke gaben die Leichtgläubigen 5400 Mark her und kamen zu spät dahinter, daß sie einer Veträgerin zum Opfer gefallen waren. Einem der beiden Mädchen war unter den gleichen Versprechungen außerdem von einer Kartenlegerin namens Gamm aus Altona 2800 Mark abgenommen worden.

### Auf falscher Fährte.

In der letzten Nummer der antisemitischen Wochenchrift „Der Hammer“ sucht ein Stellungsloser mit folgendem Inserat Beschäftigung:

Nürnberg, der 20 Jahre Deutschland, Oesterreich, England, Frankreich, Schweiz, Holland, Belgien, Italien, Skandinavien, Rußland, Nord-Afrika bereiste, wünscht für Judengegner zu reisen. Er kann sehr nützlich sein, da er die Juden selbst von hinten erkennt, sich vor Verbrechen derselben zu schützen weiß, also auf seinem Weg nicht aufgehalten werden kann. Ganz alkoholenthalten. Offerten usw.

Der Mann ist auf falscher Fährte. Solch ein menschliches Wunder, der selbst von hinten sehen kann, kann sein Brot im Panoptikum leichter verdienen.

### Kleine Notizen.

Die billigen Ausländer. Am Freitagabend wurde dem Direktor Schulz von der Gewerkschaft Constanze bei Langenaubach im Westerwald durch einen seiner Arbeiter, einen Kroaten, in seinem Zimmer mit der Axt die Schädelkapsel zerstört. Der Täter ist geflüchtet. Die Veranlassung zu der Tat gab die Entlassung des Arbeiters. Der Zustand des Direktors Schulz ist hoffnungsvoll.

Zwei Eisenbahnkessel überfahren. Am Sonnabendvormittag wurden in Götting bei einer Rangierbewegung eines Triebwagens zwei Bahnhüterungsbeamte überfahren. Der eine, namens Fischer, war sofort tot, der andere, namens Ludwig, hat Verletzungen erlitten, die jedoch nicht schwerer Natur zu sein scheinen.

Ein verbrecherischer Anschlag. Wie aus Amiens gemeldet wird, wurden zwei Soldaten verhaftet, die im Verdachte stehen, in der dortigen Militärkaserne in den Droitsig Bitriol geschüttet zu haben.

Die Gefahren der Grube. Auf der 400-Meter-Sohle der Ferdinand-Grube berunglückten zwei Vergarbeiter tödlich. Der Pauer Sawischowski, Vater von sechs Kindern, wurde von herabstürzenden Kohlenmassen verdrückt und erschlagen. Der zweite Arbeiter, ein Galizier, wurde von der elektrischen Lokomotive erfaßt; ihm wurde der Brustkorb eingedrückt. — Durch eine Kohlengasexplosion in dem Schacht der Neuwälfischen Gesellschaft in Jusowka sind acht Arbeiter lebensgefährlich und fünf leicht verletzt worden.



Vom 16. bis  
21. Februar

# Ausstellung

Vom 16. bis  
21. Februar

## Gardinen · Stores · Bettdecken

von der einfachsten Art bis zur reichsten Prunkausführung · Besichtigung (auch ohne Kaufveranlassung) erbeten!

### Gardinenverkauf im 2. Stock! Hervorragend große Auswahl! Sehr billige Preise!

Gewebe Tüll-Gardinen	vorzüglich in (1 Fenster — der Wäsche (2 Flügel), M.	3.75 bis 40.—	Gewebe Tüll-Stores	neue Muster, gut und haltbar . . . . . Stück M.	2.— bis 14.50
Gewebe Tüll-Garnituren	mit Obergardine in neuer Ausführung, M.	4.— bis 13.—	Erbstüll-Band-Stores	in reicher Band-, Spachtel- oder Klöppel- u. Filet-Arbeit	5.50 bis 30.—
Erbstüll-Garnituren	mit Obergardine, reicher Band-, Spachtel- od. Klöppel-Arbeit, M.	11.— bis 30.—	Halbstores	Tüll oder Etamine in Klöppel-, Filet- oder Stickerei-Ausführung . . . . . M.	7.— bis 75.—
Tüll-Garnituren	mit Obergardine, Stickerei-, Klöppel- oder Spitzen-Einsatz . . . . . M.	9.— bis 42.—	Kochelleinen-Garnituren	für Speise-, Wohn- oder Herrenzimmer, M.	6.50 bis 27.—
Etamine-Garnituren	mit Obergardine, alle Farbenstellungen, wasch- u. luftecht	9.— bis 32.—	Tüll-Bettdecken	neue Muster, sehr dauerhaft . . . . . M.	über 1 Bett 2.75 bis 12.— über 2 Betten 4.75 bis 22.—
Mull-Gardinen	mit Obergardine und Falbel, glatt, gestreift oder gepunkt . . . . . M.	10.70 bis 24.—	Erbstüll- u. Etamine-Bettdecken	Band-, Klöppel- u. Filet-Ausführung	über 1 Bett 3.75 bis 36.— über 2 Betten 6.25 bis 85.—

**Vorhangstoffe**  
in Damast, Köper, Panama, Satin usw.  
in allen Breiten und verschiedenen Farben.  
Meter M. 0.80 bis 3.90

### Restbestände einzelne Fenster und Musterstücke zu bedeutend zurückgesetzten Preisen.

Große Auswahl in Metall- u. Messing-Bettstellen, Matratzen, Keilkissen, fertigen Betten

**Dekorationsstoffe**  
in P. gelin, Leinen, Etamine, zu Vorhängen, Wandbespannungen, Sofa- u. Klissenbezügen, neue Muster, Br. 130 cm  
Meter M. 1.60 bis 3.40

Landeshuter Leinen- und Gebildweberei | Größtes Spezialhaus der Welt für Leinen u. Wäsche

**Spannstoffe**  
Tüll 130-150 cm Meter M. .75 bis 3.—  
Madras 130 cm Meter M. 1.10 bis 2.50  
Mull gestreift oder gepunkt, Mtr. .80 bis 1.50

# F.V. Grünfeld

Berlin W, Leipziger Straße 20-22

**Bunte Etamine-Garnituren**  
verschiedene Farbenstellungen  
früher M. 15.— bis 27.—  
1 Garnitur = 2 Flügel u. 1 Obergardine } jetzt M. 10.— bis 15.—

# Garbáty

## Cigaretten

für  
**Qualitätsraucher**

## Protestieren Sie

wenn man Ihnen einen anderen Kautabak verkaufen will!

Fordern Sie  
den echten  
**Grimm & Triepel**

**J. Baer**  
Badstr. 26 Ecke Prinz.-Allee  
Herren- und Knaben-Moden, Berufskleidung, Elegante Paletots, Uster, Joppen, Großes Stofflager zur eleganten Maßanfertigung.  
Billigste, feste Preise.

**Im Nu**  
verschwinden alle Arten von Hautunreinigkeiten und Hautausschlägen wie Pickeln, Mitesser, Flechten, Finnen, Furchen, Pusteln usw. durch Gebrauch der echten  
**Steckenpferd-Seifen**  
von Bergmann & Co., Kadebeul.  
Stück 50 Pf. Ueberall zu haben.

Innerhalb 5 Tagen 30 000 Stück verkauft! Nach der Konfiskation zweite unveränderte Auflage.  
Sämtliche 8 konfiszierte Stellen durch Interpellation im Oesterreichischen Abgeordnetenhaus frei!  
Sensationell! Soeben erschienen! Aufklärend!

# Die Lüge der Klassenlotterien.

Von Redakteur Viktor Oplatka, Prag.  
Jeder, der Klassenlotterie spielt oder spielen will, muß dieses Buch gelesen haben.  
Die aufsehenerregenden Enthüllungen über die Klassenlotterie und ihre Einführung. — Der unmögliche Millionen-Haupttreffer. — Was gewinnt der Staat und was das Publikum. — Der Verkehr des Staates mit seinen Verschleißern. — Warum wurde die Klassenlotterie eingeführt? usw. — Preis 50 Pfennig (mit Post 70 Pfennig, auch Marken). Bezogen durch Buchhandlungen oder direkt per Post durch den Autor Viktor Oplatka, Prag V, Bileksgasse 862.  
Buchhandlungen erhalten Kommissionslager.

Binnen 5 Tagen 30 000 Stück verkauft!

## Wer Ostern heiratet!

besichtige schon jetzt die große Ausstellung ganz moderner  
**Wohnungs-Einrichtungen**  
Hervorragend schön ausgeführte Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, Wohnzimmer in allen Holz- und Stilarten.  
Küchen, farbig und lasiert! — Reelle Bedienung, billige Preise!

**Möbelhaus M. Hirschowitz,**  
nur 25 Skalitzer Straße 25 Hochbahnstation „Kottbuser Tor“

# Das gute Kiebeck Bier



Kaufmannsgerichtswahl.

Die Wahltagung ist bis zur letzten Stunde mit großer Lebhaftigkeit geführt worden. Am Freitag, gewissermaßen am Vorabend der Wahl, hielten verschiedene kaufmännische Organisationen Versammlungen ab.

jedem Geschäftslokal, in jedem Kontor mit so brutaler Deutlichkeit bemerkbar macht, daß kein unbefangener Mensch ihn verkennen kann. Besonders gekennzeichnet wurde der Hauptgegner im Wahlkampf, der Deutschnationale Handlungsgehilfensverband.

lunungsgehilfen, der den gewerkschaftlichen Gedanken klar und konsequent vertritt: Gleich den industriellen Arbeitern sind auch die Handlungsgehilfen, ihrer wirtschaftlichen Lage gemäß, Lohnarbeiter, deren Interessen im Gegensatz stehen zu den Interessen des handelsgewerblichen Unternehmertums.

Von diesem Grundsatz ausgehend, kämpft der Zentralverband der Handlungsgehilfen konsequent für die Rechte und Interessen der Angestellten und tritt energisch für die Verbesserung ihrer Lage ein.

Die Ausführungen der Referenten fanden ungeteilte Zustimmung. Man war sich einig in dem Bestreben, mit allen Kräften zu wirken für den

Sieg der Liste 2.

Theater und Vergnügungen

(Siehe Wochen-Spielplan.) Freie Volkshäuser. Sonntag, 15. Februar, Nachm. 3 Uhr: Deutsches Opernhaus. Die lustigen Weiber von Windsor.

URANIA Taubenstr. 48/49. Sonntag u. Montag 8 Uhr: Winter in der Schweiz. Montag, Hörsaal 8 Uhr: Wie der Luftfahrer seinen Weg findet.

Vereinigte Berliner Volksbühnen. Luisen-Theater. 8 Uhr: Teines Bruders Weib. 8 1/2 Uhr: Das erste Ehejahr. Walhalla-Theater. 8 Uhr: Faust. 8 1/2 Uhr: Tangofober.

Märkischer Hof, Admiralstraße 18c. Gemarkungen und Burelen zur gest. Kenntnis, daß ich mein Lokal selbst wieder übernommen habe. Der 1. Oktoberfesttag, mehrere Sonnabende und Sonntage frei. Jeden Sonntag: Großer Ball.

Neue Freie Volkshäuser. Sonntag, 15. Februar 1914, nachm. 3 1/2 Uhr: Kammer-Spielhaus: Die Fimnahme von Berg-op-Boom. nachm. 8 Uhr: Deutsches Opernhaus: Die lustigen Weiber von Windsor.

ZOOLOG ischer Garten Täglich ab 4 Uhr: Großes Konzert. Eintrittspreise heute: ZOO: 50 Pf. Aquarium: 50 Pf. Kinder unt. 10 Jahren d. Hälfte.

MÖBEL-MESSE KURFÜRSTENDAMM 151 Rollschuhbahn. 25. Februar - 25. März. Eintritt frei.

Zirkus Busch. Heute Sonntag, den 15. Februar: 2 große Gala-Vorstellungen 2 nachm. 3 1/2 Uhr, abends 7 1/2 Uhr.

Zirkus Alb. Schumann. Heute Sonntag, d. 15. Febr.: 2 gr. Vorstellungen 2 Nachm. 3 Uhr: u. abds. 7 1/2 Uhr.

Residenz-Theater. 8 Uhr: Hoheit - der Franz! Musikalische Groteske in 3 Akten von Viktor Landsberger und Emil Wolf.

Neu! AQUARIUM 10 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.

Brauerei Friedrichshain Mittwoch und Donnerstag: Elite-Bockbierfest. Dienstag, den 24. Februar, Fastnacht: ALPENBALL

Die Ussems in ihrem akrob. Stück „Artistenkinder“. Nachmittags: Aufführung der beliebtesten Kinder-Burlesken „General Bum Bum“

Folies Caprice. 8 1/4 Café Pringsheim Der Heiratrat Meyersteins

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater). Sonntag, nachmittags 3 Uhr: Geschäft ist Geschäft.

Passage-Panoptikum. Die wilden Feuerfresser in ihren fanatischen Martern.

„Clou“ :: Berliner :: Konzerthaus Mauerstraße 82. - Zimmerstraße 90/91. Großes Triple-Konzert!

ROSE-THEATER Große Frankfurter Str. 132. Nachmittags 3 Uhr: Maria Stuart.

Volkstheater Neukölln. Hermannstraße 20. Sonntag, abends 8 Uhr: O, diese Weiber!

Schiller-Theater Charlottenburg. Sonntag, nachmittags 3 Uhr: Andreas Hofer.

Trianon-Theater. Täglich abends 8 Uhr: Anatoles Hochzeit.

Neue Welt. Arnold Scholz. Hasenheide 108/114. Heute Sonntag, den 15. Februar 1914, in sämtlichen, über 10000 Personen fassenden Sälen: Bockbierfest

ODEON Vergnügungs-Palast der 10000 Potsdamer Str. 72 Hochbahn Bülowsstr. Vorletzter Sonntag vor Beginn der Sportsaison: 2 Kapellen. Reitbahn. 8 Attraktionen.

Casino-Theater Lotzinger Straße 37. Täglich 8 Uhr. Ein neues Berliner Volksstück: Die olle Webern.

Theater des Westens. 8 Uhr: Polenblut. Sonntag, nachm. 3 1/2 Uhr: Gräfin Fifi.

Metropol-Theater. Nachmittags 3 Uhr: Ein Blitzmädel. Abends präglte 7 Uhr 55: Die Reise um die Erde in 40 Tagen.

Voranzeige! Dienstag, 17. Februar: Prämierung der engsten Taille. Drei bare Geld-Preise 33,- Mark.

Admiralspalast. Eis-Arena. Täglich: Die lustige Puppe. Großes Ballett auf dem Eise.

Concordia-Festsäle 64 Andreasstrasse 64 Jeden Sonntag: Militär-Streich-Konzert und Hoffmanns Sänger

König Richard III. Komödienhaus. 8 Uhr: Kammermusik. 8 Uhr: Berliner Theater. Wie einst im Mai.

WINTER GARTEN Heute: 2 Vorstellungen 2 mit Madge Lessing und Fred Wright

Brauerei Friedrichshain Am Königstor Größter Konzertsaal Berlins Heute Sonntag!!! Stimmungsvollstes Bayr. Bockbier-Fest Auf der Alm!

Reichshallen-Theater Stettiner Sänger Heute nachm. 3 Uhr zu ermäßigten Preisen: Eine Hochzeit in der Müllerstraße

Berliner Prater-Theater Stallaniensallee 7-9. Die Grille. Räubl. Charakterbild v. Birch-Pfeiffer.

Theater a. d. Weidendammerbrücke 3 Uhr (halbe St.): Wer zuletzt lacht, 8 Uhr: Wer zuletzt lacht...

Apollo-Theater. Tel.: Lützow 2757. 3 1/2 und 8 Uhr: Der Stolz d. 3. Kompagnie mit Hartstein.

Voigt-Theater Bahstraße 38. Sonntag, den 15. Februar: Nachm. 3 Uhr: Cora, die Tochter des Manzers. - Abends 7 1/2 Uhr: In letzter Stunde

Germania-Prachtsäle N., Chausseestr. 110. Karl Richter. Heute Sonntag: Paul Manthey's lustige Sänger

Deutsches Künstlertheater Sozietät. Nürnberger Straße 70/71, am Zoo. Kasse: Nollendorf 1383. Sonntag, 3 Uhr: Bosc Bernd. Sonntag, 1 Uhr: Der Bogen des Odysseus.

Hartstein. Sachen ohne Pause! Rauchen gestattet!

Alhambra Döllner-Theater-Straße 15. Jeden Sonntag: Großer Ball. Großes Orchester. Anfang Sonntag 5 Uhr. A. Zameitat.



# Öffentliche politische Versammlungen.

## Vierter Wahlkreis.

Dienstag, den 17. Februar, abends 8 1/2 Uhr, in Kellers Festsälen (Inhaber Obiglio) Koppenstraße 29:

### Große öffentliche Versammlung

für Frauen und Männer.

Tagesordnung:

## Der Zarismus in Rußland und die Frauen und Mädchen in der russischen Revolution

Referent: Schriftsteller Genosse Eugen Goldberg. — 2. Diskussion.

Zahlreichen Besuch erwartet

211/10\*

Der Einberufer: Paul Goffmann, Königsberger Straße 28.

### Verein für Frauen u. Mädchen der Arbeiterklasse

Montag, den 16. Februar, abends 8 1/2 Uhr, in Kellers Neuer Philharmonie, Köpenicker Str. 94/97:

### Vortrag: Jugendfürsorge.

Referent: Herr Rudolf Wissell.

Wöste, Herren und Damen willkommen.

Der Vorstand.

### Arbeiter-Bildungsschule.

Heute Sonntag, 15. Februar, abends 7 Uhr, in Königsstadt-Kasino, Holzmarktstr. 72:

Vortrag des Genossen Gustav Franke: „Werden und Vergehen im Weltall“ (Mit Lichtbildern.)

Eintritt 20 Pf. (6/4\*) Garderobe frei.

Nachdem: Gemütliches Beisammensein und Tanz.

### Wahlverein Charlottenburg.

Mitglieder-Versammlung am Dienstag, den 17. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Volkshaus, Rosinenstr. 3.

Tagesordnung:

1. Vortrag des Reichstagsabgeordneten Genossen Krätzig: Föderalismus oder Volksherrschaft in Deutschland.
2. Diskussion.
3. Bericht von der Kreis-Generalversammlung.
4. Berichtsangelegenheiten und Verschiedenes.

Zahlreiches und pünktliches Erscheinen der Mitglieder erwartet

Der Vorstand.

### Deutscher Tabakarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.

Donnerstag, 19. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Rosenthaler Hof, Rosenthaler Str. 11/12:

### General-Versammlung

Tagesordnung:

1. Abrechnung vom 4. Quartal 1913
2. Jahresbericht 1913
3. Wahl der Ortsverwaltung
4. Verschiedenes

Mitgliedsbuch legitimiert. Der länger als 6 Wochen mit seinen Beiträgen im Rückstand ist, hat keinen Einlass zu dieser Versammlung.

Die Ortsverwaltung.

### Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher etc.

Bureau: Neulohstr. 28, part. Filiale Berlin: Arbeitsnachw.: Köckerstr. 9

Donnerstag, den 16. Februar, pünktlich um 6 Uhr abends, findet in den Mustertischen, Kaiser-Wilhelm-Straße 31, eine

### Branchen-Versammlung

der Küchenmöbelbranche statt.

Tagesordnung:

1. Jahresbericht.
2. Renouveau der Branchenleitung und Kommission.
3. Bericht von der Ausschusskommission.
4. Branchenangelegenheiten.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Der Wichtigkeit der Tagesordnung wegen ist es unbedingt nötig, daß die Kollegen vollständig und pünktlich erscheinen.

Die Branchenleitung.

### Steinarbeiter!

Dienstag, den 17. Februar, abends 8 Uhr, im „Englischen Hof“, Alexanderstr. 27c:

### Mitglieder-Versammlung

der Sektion II

der Sektion I

### Marmorarbeiter

### Sandstein- und Grabsteinbranche

Tagesordnung:

Die Antwort der Unternehmer auf unsere Forderungen.

Stellungnahme zu derselben.

Die Kollegen sind verpflichtet, die für sie in Betracht kommende Versammlung unbedingt zu besuchen.

Nach nicht abgeholte Mitgliedsbücher sind in Empfang zu nehmen.

Pünktliches Erscheinen erwartet

Die Ortsverwaltung.

### Zentralverein der Bildhauer Deutschlands.

Verwaltungsstelle Berlin.

Montag, den 16. Februar 1914, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelseufer 15 (Saal 3):

### Ordentliche General-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Bericht des Vorstandes und der Revisoren
2. Wahl des Vorstandes, der Revisoren und der Bezirkskommission
3. Verschiedenes (Beschlusfassung über die Vertrauensersatzung)

Pünktliches und zahlreiches Erscheinen erwartet

Der Vorstand.

### Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.

### Modell- und Fabriktschler.

Montag, den 16. Februar, abends 8 Uhr:

### Branchen-Versammlung

im Rosenthaler Hof, Rosenthalerstr. 11/12.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Stadtverordneten Genossen Ritter über: Das Recht der Lohnbeschlagnahme. 2. Stellungnahme zur Branchenkonferenz. 3. Verbands- und Branchenangelegenheiten.

### Bezirk Norden.

Gemeinsame Mitglieder-Versammlung

der Möbeltischler, Bautischler, Möbelpolierer

am Montag, den 16. Februar, abends 8 1/2 Uhr, bei G. Wättner, Schwedter Straße 23.

Tagesordnung: 1. Die Krankenkassen nach den Bestimmungen der neuen Reichsversicherungsordnung. Referent: Stadtverordneter Adolf Ritter. 2. Verbandsangelegenheiten.

### Bodenleger.

Mittwoch, den 18. Februar, abends 8 Uhr, in Gerners Vereinshaus, Holzmarktstraße 21:

### Mitglieder-Versammlung

Tagesordnung:

1. Die gegenwärtige Lage in unserer Branche.
2. Branchenangelegenheiten.
3. Verschiedenes.

### Maschinenarbeiter.

Mittwoch, den 18. Febr., abends 8 1/2 Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstraße 27c:

### Branchen-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Unfallkatastrophe an den Holzbearbeitungsmaschinen. 2. Jahresbericht. 3. Branchenangelegenheiten.

Mittwoch, den 18. Februar, nachmittags 1 1/2 Uhr, in Obiglio's Konzert- und Festsälen, Koppenstraße 29:

### Versammlung

aller arbeitslosen Holzarbeiter

Groß-Berlins.

Tagesordnung: 1. Bericht über die in der letzten Versammlung angeregten Maßnahmen. 2. Bericht der Arbeitslosen-Deputation.

Montag, den 2. März, abends 8 Uhr:

### Außerordentliche General-Versammlung

im Gewerkschaftshaus, Engelseufer 15, Saal 4.

Mitgliedsbuch des Verbandes legitimiert.

Anträge zum Verbandskongress müssen an das Bureau, Kungestr. 30, eingereicht werden.

Montag, den 23. Februar, nachmittags von 3 bis abends 9 Uhr finden im Gewerkschaftshaus, Engelseufer 15, die

Auswahlgewahlen zur Krankenkasse der Tischler und Pianofortarbeiter

statt. Soweit die Kollegen in den in Frage kommenden Betrieben noch nicht im Besitz von Wahlkarten sind, muß der Vertrauensmann sich im Bureau der Krankenkasse, Drantenstraße 37, nachmittags von 4-7 Uhr unverzüglich Formulare zur Bestellung der Wahlberechtigung einholen.

Die vom Holzarbeiter-Verband aufgestellte Liste trägt die

Nummer 1.

Die Ortsverwaltung.

### Café Meyer

Drasendorfer Str. 128/129. Kaffee 10 u. 15, Bier, heiß u. kalt 10 Pf. ca. 50 Zeitungen; Billard 60 Pf. Zahlstelle der Freien Volksbühne.

### Verband der Schneider, Schneiderinnen und Wäschearbeiter Deutschlands.

Filiale Berlin.

### Achtung! Herrenmaßschneider. Achtung!

Dienstag, den 17. Februar, abends 8 1/2 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstr. 58/59:

### Branchen-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Stellungnahme zu den gestellten Anträgen zur nächsten Generalversammlung.
2. Branchenangelegenheiten.
3. Verschiedenes.

Nur Mitglieder mit nicht über acht zahlenden Wochenbeiträgen haben Zutritt.

Zahlreiches Erscheinen erwartet

Die Kommission.

### Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin, N 54, Linienstr. 83-85.

Telephon: Amt Norden 1897, 1230, 9714, 185.

Dienstag, den 17. Februar 1914, abends 8 Uhr:

### Branchen-Versammlung

für die in den Eisenmöbelbetrieben beschäftigten Kollegen und Kolleginnen

im Gewerkschaftshaus, Berlin, Engelseufer 15, Saal 1.

Tagesordnung:

1. Branchenangelegenheiten.
2. Diskussion.
3. Verschiedenes.

Kollegen! In Anbetracht der Wichtigkeit der Tagesordnung ermahnen wir das Erscheinen jedes einzelnen.

### Achtung! Berliner Innungsschmiede! Achtung!

Dienstag, den 17. Februar 1914, abends 8 1/2 Uhr, in der Neuen Philharmonie, Köpenicker Str. 96/97:

### Renouveau des Gesellenausschusses und der Innungsschiedsgerichtsbeisitzer.

Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, sich an dieser Wahl zu beteiligen.

Die nächste ordentliche Generalversammlung findet Sonntag, den 29. März 1914, statt. Anträge müssen spätestens am 1. März in Händen der Ortsverwaltung sein.

Die Ortsverwaltung.

### Zentralverband der Schuhmacher.

Montag, den 16. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal Englischer Hof, Alexanderstr. 27c:

### Öffentliche Versammlung

der Schoßbranche.

Tagesordnung:

1. Der Kampf der Innung gegen den sozialen Fortschritt in der Krankenkasse. Referent: Kollege Hamacher.
2. Diskussion.
3. Verschiedenes.

Mittwoch, den 18. Februar, abends 8 1/2 Uhr, bei Boeker, Wederstraße 17:

### General-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Kassen- und Geschäftsbericht vom 4. Quartal 1913 und Erstellung des Jahresberichts pro 1913.
2. Renouveau der Ortsverwaltung.
3. Der Streit bei der Firma Schach u. Co. und der Streikbruch der Tischler-Dunderschen Gewerksvereiner.
4. Sonstige Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Die Ortsverwaltung.

Sonabend, den 21. Februar 1914:

### Großer Wiener Masken-Ball.

Um 12 Uhr: Demaskierung. Um 1 Uhr: Kaffeepause.

Anfang 9 Uhr. Billets a 50 Pf. Eintrittskarten sind im Bureau, bei den Vertrauensleuten und Kassieren zu haben.

### Allgemeine Orts-Krankenkasse für Berlin-Mariendorf und Umgebung.

Montag, den 23. Februar 1914, abends 6 1/2 Uhr, im Lokal v. Bönsebeck, Berlin-Mariendorf, Gaußstraße 27:

### Außerordentliche

### Auswahl-Sitzung

der Vertreter der Arbeitgeber und Versicherten.

Tagesordnung:

1. Wahl des Vorsitzenden des Ausschusses und eines Stellvertreters.
2. Beschlusfassung über die Dienstordnung.
3. Beschlusfassung über Satzungsänderungen.
4. Verschiedenes.

Anträge oder Beschwerden, bei denen Einsichtnahme in die Kassenakten erforderlich ist, müssen bis spätestens einen Tag vor der Auswahl-Sitzung beim Vorstand eingereicht werden.

Die den Herrn Vertretern zugehende Einladung gilt als Legitimation und ist zu Beginn der Sitzung sogleich Hestellung der Präsenz abzugeben.

Berlin-Mariendorf, 14. Februar 1914.

Der Vorstand. Aug. Zely, Vorsitzender. Karl Baehler, Schriftführer.

Anwalt Prillwitz Berlin NW 21, Thurmstraße 34.



# Sechster Wahlkreis.

Heute Sonntag, den 15. Februar, findet die

## Wahl eines dritten Angestellten

in folgenden Lokalen statt:

Büttner, Schwedter Str. 23/24.  
Dobrowlaw, Zwinnmünder Str. 11.  
Gründel, Wörther Str. 15.  
Rochhaus, Schlemmerstr. 39.  
Kantak, Wicherstr. 3.  
Bachgänger, Schwelbeinerstr. 25.  
Glesche, Rosenhäger Str. 71.  
Hoffmann, Zwinnmünder Str. 47.  
Henckel, Straßmünder Str. 17.  
Thomae, Hülfenstr. 35.  
Dams, Schlegelstr. 9.

Hufenbach, Verleberger Str. 58.  
Paersch, Eibenburger Str. 10.  
Richter, Wicelstr. 21.  
Pettermann, Habelberger Str. 15.  
Fanke, Trifstr. 63.  
Schade, Köppler Str. 9.  
Bähr, Babir. 44.  
Pose, Kolonier. 15.  
Glawe, Liebenwalder Str. 4.  
Doye, Müllerstr. 38.  
Tanschel, Kameruner Str. 53.

Gewählt wird in der Zeit von 10-1 Uhr. Mitgliedsbuch legitimiert.  
Mitglieder, die länger als drei Monate mit ihren Beiträgen im Rückstand sind, können nicht wählen.

## Achtung! Bäcker Achtung!

### Berlins und der Vororte!

Dienstag, den 17. Februar 1914, nachmittags 3 Uhr, in Obiglos Festsälen, Koppenstraße 29:

## Öffentl. Protestversammlung.

Tagesordnung:

Gegen den Raub unseres Koalitions-, unseres Streik- und Boykottrechts. Referent: Kollege Gerschold. — Freie Diskussion. — Beschlußfassung über eine an den Reichstag abzugebende Protestresolution. — Die Wahlen zum Ausschuß der Innungs-Krankenkasse.

Zu dieser Versammlung sind alle Bäcker Berlins und der Vororte dringend eingeladen. Besonders aber ist es Pflicht der Verbandmitglieder, in dieser Versammlung zu erscheinen. Der Vertrauensmann der Bäcker Berlins und Umgegend.

## Verband der Gastwirtsgehilfen

Bureau: Amt Norden, 1474. Berlin N. 24, Gr. Hamburger Str. 18/19. Arbeitsnachweis: Amt Norden, 1813.

Ortsverwaltung I	Ortsverwaltung II	Ortsverwaltung III
Kellner, Köche, Köchinnen, Büfettiers usw.	Portiers, Hausdiener, Zapfer, Destillationsgehilfen usw.	Abteilung für Bierabzieher.

Zur Legitimation sind die Mitglieder des Verbandes mit einer die für das laufende Quartal von rosa Farbe ist und im Jagelband zur Ansicht ausliegt. — Wahlereinschläger gelten nicht als Ausweis für die Zugehörigkeit zur gewerkschaftlichen Organisation. Zur Beachtung diene, daß von Kirch-Dündericher und christlicher Organisationen ähnliche Legitimationskarten herausgegeben werden; man lasse sich dadurch nicht täuschen. Am Obigen bitten wir die Partei- und Gewerkschaftsmitglieder, unseren Mitgliedslisten Beachtung zu schenken, da unter Vorbehalt gegen den Willkür, an dessen Stelle eine Vorentscheidung gefordert wird, allezeitiger Unterfertigung bedarf.

**Reederei Kahn & Hertz** bei der Waisenbrücke  
Kontor C. 2, A. d. Strauer Brücke 4/5  
Wir empfehlen den verehrlichen Vereinen und Gewerkschaften unsere mit elektrischer Beleuchtung versehenen Schiffe zu Ausflügen usw. unter äußerst günstigen Bedingungen.

**Arbeitsgenossenschaft der Bauhandwerker**  
eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung  
Köpenick.

Doppel.	Bilanz für das 2. Halbjahr 1913.	Kredit.
Geschäftskonten	668 94	10
Schulden und Rückh.	439 04	644 51
Gewinn- u. Verlustkonto	217 68	473 09
	1985 66	5 25
		1990 86
		1995 86

**Neue Tischnaustattung**  
sind Sie, wenn Sie sich vor Gründung od. bei Streitigkeiten in G.m.b.H. an den Spezialisten Dr. Ir. Lorenz, Berlin 22, Gitschiner Str. 106 wenden Tel. 9516.

**Heute letzter Tag des Inventur-Verkaufs**

**Emil Lefèvre**  
Berlin S. Seit 1882 nur Oranienstr. 158  
Unterhalte nirgends Filialen!

**Gute Uhren**  
u. besonders preiswert sind  
Schweizer Uhren  
Kulante Bedingungen  
Uhrenfabrik Soverign  
Königsplatz 25, Berlin  
Katalog No. 37 franko

Papiere, Sammlungen, Yordrucke aller Art, Fratellen, Muster, kurz alles  
staubsauber, übersichtlich  
im selbstschließenden  
**Hensson-Kasten.**

Bellebig I Schrankform aufzubauen. Seitenwände Holz, Mittel- u. Papp, besonders verstärkt, ohne Federn. Geschloßgröße (Quart) Stück nur M. 2.-, Reichgröße (Folio) Stück nur M. 2.50. — Außenhöhe 64 cm.  
Probe-Postpaket vier Stück. Verpackung frei.  
Otto Hensson Sohn, Weimar 414 B

**Spezialarzt**  
i. Haut, Gorn, Frauenleiden, nerv. Schwäche, Veitranke jeder Art, Gehirld. Gorn, Kurien in u. G. Long, Laborat., Blut-untersuchung, Gaden i. Gorn usw. gegenüber  
**Dr. Homeyer**  
Friedrichstr. 81, gegenüber  
Ept. 10-3, 5-9, Sonnt. 11-3.  
Honorar mäßig, auch Teilzahl. Separat Damenkammer.

**Vornehme Herren Kleidung**  
fertigt und nach Mass  
Garantie: Tadellos Sitz feinste Verarbeitung!

**J. Kurzberg & Co.**  
Mass-Schneiderei  
Gegründet 1898  
Auf Wunsch Wochen-Rate

von **1 Mark** an

Rosenthaler Str. 36  
I. Etage  
Frankfurter Allee 104  
Ecke Friedenstraße  
Reinickendorfer St. 4  
Weddingplatz

**Deutscher Arbeiter-Sängerbund.**  
Gau Berlin und Umgegend.

Sonntag, den 22. Februar 1914, vormittags pünktlich 11 Uhr, im Saale der Brauerei Friedrichshain:

## Übungsstunde

für den Bezirk I (Berlin).  
Am Strom. — Tord Poleson. — Hinaus. — Frühlingsstürme.

Im Nebensaal pünktlich 10 Uhr:  
**Ausschuß-Sitzung**  
für den ganzen Gau.

Tagesordnung: 1775  
1. Aufnahme von Vereinen. 2. Wahl der Delegierten nach Leipzig. 3. Wahl der Kontrolleure und Revisoren. 4. Bundesangelegenheiten.  
NB. Laut Beschluß der Generalversammlung wählen die Vereine auf 50 Mitglieder einen Delegierten (50-100 Mitglieder zwei Delegierte, 100-150 Mitglieder drei Delegierte usw.). Wir machen die Vereine auf obigen Beschluß aufmerksam.  
Der Vorstand.

## Bekanntmachung

der  
**Innungs-Krankenkasse der Tischler-Innung zu Berlin**

betreffend die Wahlen der Vertreter und der Ersatzmänner zum Ausschuß.  
Kul. Grund des § 47 der neuen Satzung sind für die Wahlperiode vom 1. Januar 1914 bis 31. Dezember 1917 in getrennter Wahlbehandlung zu wählen:

**30 Vertreter und 60 Ersatzmänner**  
aus der Mitte der Arbeitgeber und  
**60 Vertreter und 120 Ersatzmänner**  
aus der Mitte der Versicherten.

Die Arbeitgeber wählen am Dienstag, den 31. März 1914, in der Zeit von 6-8 Uhr nachmittags in den Kammerföhlen, Teltower Str. 1-4. Die Arbeitnehmer wählen am Montag, den 30. März 1914, in der Zeit von 6-8 Uhr nachmittags in folgenden Lokalen:

**Wärkischer Hof, Admiralsstraße 18c;**  
**Gabels Brauerei, Bergmannstraße 5-7;**  
**Boeker, Weberstraße 17;**  
**Prachtäle des Ostens, Frankfurter Allee 151-152;**  
**W. Kaczorowski, Ravenstraße 6.**

Die Wahl wird durch den Vorstand geleitet. Wahlberechtigt sind nur die volljährigen Arbeitgeber und Versicherten der Innungs-Krankenkasse der Tischler zu Berlin. Wählbar als Vertreter der Arbeitgeber sind nur solche Arbeitgeber, die mit der Zahlung der Beiträge für ihre versicherungspflichtig Beschäftigten nicht mehr als 10 Wochen im Rückstand sind. Arbeitgeber, die selbst versichert sind, wählen zu den Arbeitgebern nur dann, wenn sie regelmäßig mehr als zwei versicherungspflichtig Beschäftigte; anderenfalls zu den Versicherten.

Für die Wählbarkeit sehen den Arbeitgebern bevollmächtigte Betriebsleiter, Geschäftsführer und Betriebsbeamte der beteiligten Arbeitgeber gleich. Die Arbeitgeber führen bis zu 10 versicherungspflichtig Beschäftigten eine Stimme, für je 10 weitere Beschäftigte bis zu 100 je 1 Stimme mehr, darüber hinaus für je 50 mehr versicherungspflichtig Beschäftigte eine weitere Stimme. Mehr als 30 Stimmen kann kein Arbeitgeber führen.

Die Arbeitgeber können sich bis zum Tage vor der Wahl im Kassenlokal bezeichnen lassen, wieviel Stimmen sie führen. Wählbar als Vertreter der Versicherten ist nur, wer bei der Kasse versichert ist.

Die Wahlen sind geheim; gewählt wird nach den Grundregeln der Verhältniswahl sowie nach den Bestimmungen der Wahlordnung. Wählbar sind nur volljährige Deutsche.

Der vom Vorstand aufgestellte Wahlvorstand kann vom Montag, den 16. Februar 1914 im Kassenlokal, Michaelstraße 15, in der Zeit von vormittags 8-1 Uhr eingesehen werden.

Die wahlberechtigten Arbeitgeber und Versicherten werden hiermit aufgefordert, Wahlvorschläge gefondert für die beteiligten Arbeitgeber und Versicherten dem unterzeichneten Vorstande spätestens bis zum 2. März 1914 unter der Adresse:

**Wahlbureau der Innungs-Krankenkasse der Tischler zu Berlin,**  
Michaelstraße 15,

einzureichen.

Die Stimmabgabe ist an die Wahlvorschläge gebunden. Die Wahlvorschläge müssen von mindestens 50 Wahlberechtigten unterzeichnet sein. Unterzeichnet ein Wähler mehr wie einen Wahlvorschlag, so wird sein Name nur auf dem zuerst eingereichten Wahlvorschlag gezählt und auf den übrigen Wahlvorschlägen gestrichelt. Sind mehrere Wahlvorschläge, die von denselben Wahlberechtigten unterzeichnet sind, gleichzeitig eingereicht, so gilt die Unterfertigung auf demjenigen Wahlvorschlag, welchen der Unterzeichner binnen einer ihm gefetzten Frist von höchstens zwei Tagen bestimmt. Unterläßt dies der Unterzeichner, so entscheidet das Los.

Jeder Wahlvorschlag darf höchstens dreimal soviel Bewerber beinhalten, als Vertreter zu wählen sind. Die einzelnen Bewerber sind unter fortlaufender Nummer anzuführen, welche die Reihenfolge ihrer Benennung ausdrückt und nach Familien- und Vornamen, Beruf, Wohnort und Wohnung zu bezeichnen. Bei Versicherten ist auch der Arbeitgeber, bei dem sie beschäftigt sind, anzugeben. Mit den Wahlvorschlägen für Versicherte ist von jedem Bewerber eine Erklärung darüber vorzulegen, daß er zur Annahme der Wahl bereit ist. Bei den Wahlvorschlägen für Arbeitgeber ist eine solche Erklärung nur erforderlich, soweit ein vorgeschlagener Bewerber nach § 17 der Reichsversicherungsordnung zur Ablehnung der Wahl befugt ist.

In jedem Wahlvorschlag ist ferner ein Vertreter des Wahlvorschlags und ein Stellvertreter für ihn aus der Mitte der Unterzeichner zu bezeichnen. Ist dies unterblieben, so gilt der erste Unterzeichner als Vertreter des Wahlvorschlags und, soweit eine Reihenfolge erkennbar ist, der zweite als sein Stellvertreter. Der Wahlvorschlagsvertreter ist berechtigt und verpflichtet, dem Vorstand die zur Vereitigung einmaliger Anstände erforderlichen Erklärungen abzugeben.

Die Urkünde müssen bis zum 16. März ex. befristet sein. Bis zu diesem Zeitpunkt können Wahlvorschläge auch zurückgenommen werden. Die zugelassenen Wahlvorschläge liegen in der Zeit vom 16. März bis 28. März 1914 im Kassenlokal während der Zeit von vormittags 8-1 Uhr zur Einsichtnahme für die Wähler aus. Dasselbst können auch die Arbeitgeber- und Mitgliederverzeichnisse eingesehen werden und etwaige Einsprüche gegen die Richtigkeit der sich aus dem Arbeitgeber- und Mitgliederverzeichnis ergebenden Wahl- und Stimmerechtigungen bei Vermeidung des Ausschusses spätestens 4 Wochen vor dem Wahltag unter Vorlegung von Beweismitteln geltend gemacht werden.

Der Wahlvorschlag ist befugt, die Wahl- und Stimmerechtigungen jedes Wählers bei der Wahlbehandlung zu prüfen. Als Legitimation gilt in der Regel das Mitgliedsbuch.

Während die Arbeitgeber befugt, Wahlvorschläge für die bei ihnen beschäftigten Wahlberechtigten auszustellen. Die Arbeitgeber können sich durch Vorlegung der letzten Beitragsquittung legitimieren.

Das Wahlrecht kann nur in Person durch Abgabe eines Stimmzettels ausgeübt werden.

Zum Wahlraum haben nur die wahlberechtigten Arbeitgeber und Kassenmitglieder Zutritt.

Der Stimmzettel hat die Ordnungsnummer des Wahlvorschlags zu enthalten, für den der Wähler stimmen will.

Der Stimmzettel soll von weißer Farbe und 10 mal 8 cm groß sein. Die Wahl wird zur festgesetzten Zeit geschlossen; nur die am Schluß der Wahlbehandlung im Wahlraum anwesenden Wähler dürfen dann noch von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen.

Berlin, den 14. Februar 1914.

**Der Vorstand**  
der Innungs-Krankenkasse der Tischler-Innung zu Berlin.  
Wilhelm Gähb, Vorsitzender.

## Todes-Anzeigen

**Sozialdemokratischer Wahlverein**  
i. d. 6. Berl. Reichstags-Wahlkreis.  
Bezirk 480.  
Am Donnerstag, den 12. Februar, nachmittags unter Genosse, der Kamerader  
**Heinrich Faikus**  
Weber Str. 15.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Montag, den 16. Februar, nachmittags 1 Uhr, von der Leichenhalle des Central-Friedhofes in Friedrichshain aus statt. Um rege Beteiligung ersucht.  
225/3 Der Vorstand.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
Verwaltungsstelle Berlin.  
Der Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Kamerader  
**Edwin Waldow**  
am 13. d. Mtz. an Lungenerkrankung gestorben ist.  
Die Beerdigung findet am Montag, den 16. Februar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Central-Friedhofes in der Barfüßerstraße aus statt.  
Ferner starb unser Mitglied, der Kamerader  
**Walter Lange**  
Tegel, Schloßstraße 77, am 13. d. Mtz. an Lungenerkrankung.  
Die Beerdigung findet am Montag, den 16. Februar, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Central-Friedhofes in Tegel aus statt.  
Ehre ihrem Andenken!  
Rege Beteiligung ersucht.  
112/19 Die Ortsverwaltung.

Hierdurch die traurige Mitteilung, daß mein lieber Mann, unser guter Vater, Großvater und Onkel  
**Friedrich Böttger**  
am Donnerstag, den 12. Februar, morgens um 5 Uhr, nach langem Leiden plötzlich im Alter von 69 Jahren sanft entschlafen ist.  
Diesem jenseitigen Antritt an die trauernde Witwe Klara Böttger als Edl. Fritz Böttger nebst Frau u. Sohn  
Alfred Böttger nebst Frau  
Max Böttger nebst Frau.  
Ehrlicher Str. 10.  
Die Beerdigung findet am Montag, den 16. Februar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Central-Friedhofes, Müller-Lee-Seestraße aus statt.

## Dauflagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die reichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Vaters, Schwiegervaters und Großvaters  
**Heinrich Albrecht**  
sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten, insbesondere dem Deutschen Bauarbeiter-Verbande (Sektion der Arbeiter), dem Bauarbeiter-Verbande unteren Berufsgruppen dank.  
1114  
**Wwe. Marie Albrecht**  
und Kinder.

**Feuerbestattung**  
mit allem Zubehör u. Gräber  
**105 Mark.**  
Institut „Flamme“  
Mantelstraße 111.  
Broschüre gratis.  
Fernsp.: Moritzpl. 607.

Fast gänzlich schmerzlos.  
Zahnziehen in örtl. Betäubung.  
**Zähne v. 1.50**  
**Zahn-Atelier**  
**P. Kronemann**  
Elaasser Str. 18. — Oranienstr. 61. — Charlottenburg, Wilmsdorfer Str. 117. — Lichtenberg, Frankfurter Allee 169.  
Teilzahlungen zugelassen! Verlangen Sie kostenlos Besuch eines Vertreters!  
Sprechzeit 9-1, 3-7, Uhr.





# „Hoffnung“

Berliner Schneider-Genossenschaft (E. G. m. b. H.)  
gegründet von organisierten Schneidergehilfen  
Berlin N.  
Brunnenstr. 185 (am Rosenthaler Tor).

Großes Lager  
fertiger

## Anzüge

Einsegnungsanzüge  
in allen Größen und Preislagen.  
Sport-Anzüge, Loden-Pelerinen  
und Arbeiter-Berufskleidung.  
Elegante Maßanfertigung.

Lieferant der Konsum-Genossenschaft u.  
der Ortsgruppe Berlin d. Arb.-Radf.-Bund.  
Sonntags von 12-2 geöffnet.

Tele. Amt Norden 1591. 102/1\*

Trustfrei



## Unsre Cigarette

# PROBLEM

Moslem Esdüre

GREGOR

### Hautleiden

Pflechten u. Ausschläge, trockene  
und nässende, Schuppenflechte,  
Kopf- u. Bartflechte, qualvolles  
Hautjucken etc. verschwindet selbst noch  
in veralteten Fällen durch Reichels  
Pflechten-Spezialmittel. Fast  
25 Jahre glänzend bewährt und  
garantirt unerschütterlich 2,25 M.  
Otto Reichel, Berlin 13 Eisenbahnstr. 4

### Die realsten und solidesten

## MÖBEL

liefert anerkannt Möbelfabrik von Schulz, Reichenberger  
seit 36 Jahren die Straße 5,  
mit langjähriger Garantie zu äußerst billigen Kassenspreisen  
und gegen Zinsvergütung auch auf Teilzahlung. Größte Auswahl  
in moderner Ausführung in allen Preislagen  
von 240 bis 10.000 M. am Lager.

Gegründet 1876.



## Möbelfabrik von Rob. Seelisch

Berlin O. 18, Rigaer Strasse 71-73a

Großes Lager  
von kompletten

Schlafzimmern von 290 bis 1100 M.  
Herrenzimmern „ 150 „ 1000 „  
Küchen „ 50 „ 210 „

Versand frachtfrei nach allen Plätzen Deutschlands. — Illustrierte Kataloge gratis und franko.

Auch Einzelmöbel jeder Art.



Speisezimmer von 250 bis 2000 M.  
Ueberrahme vollständiger Einrichtung  
von Hotels, Pensionen, Villen etc.

### 4. Preussisch-Süddeutsche (230. Königl. Preuss.) Klassenlotterie

2. Klasse 2. Ziehungstag 14. Februar 1914 Vormittag

Bei jeder gezogenen Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die gleiche Nummer in den beiden Abteilungen I u. II.

Nur die Gewinne über 96 M. sind in Klammern beigefügt. (Ohne Gewähr u. St.-H. f. B.) (Nachdruck verboten)

100104 524 897 103316 85 435 910 29 102171 (1000)  
417 51 790 808 48 103018 96 117 43 373 518 74 791 (200)  
104024 (400) 200 413 634 890 945 105182 (200) 390 518 95  
692 698 796 86 108007 58 165 398 (400) 336 947 107011  
431 78 875 708 948 108087 329 749 809 31 56 109029 43  
323 461 701  
110189 672 639 95 849 111170 450 695 851 947 112063  
191 (200) 821 893 813 41 113085 659 903 (200) 79 897 91  
114045 189 363 75 (200) 89 97 432 501 31 115017 70 393 333  
92 498 794 116140 63 696 889 922 117002 936 118055 191  
(200) 277 118743 637 661 850  
120077 302 315 444 121299 827 78 122201 442 511  
898 701 123294 700 85 124014 85 401 74 549 623 29 633 (200)  
125073 928 126000 (200) 45 51 145 329 777 997 127074  
273 268 437 691 944 128109 (400) 336 41 418 664 742 99  
906 (200) 24 129056 81 127 328 697 762 69 99 902  
130127 55 437 628 904 22 131039 31 107 14 458 801  
132201 456 503 675 (400) 951 98 133369 601 703 56 816 918  
(400) 134145 823 27 48 69 800 135094 298 548 694 920 36  
136044 323 439 649 872 89 137146 407 82 737 62 138488  
730 139009 269 305 36 (200) 452 96 907 975 97  
140700 98 216 51 469 510 666 851 64 906 86 141190 348  
70 (200) 425 36 792 142008 419 48 83 771 143384 433 (200)  
846 886 144104 61 68 254 323 674 955 145147 240 315 439  
146048 111 74 299 493 706 68 865 147619 771 68 837  
148262 219 491 678 747 (200) 149201 (400) 357 626 66 69  
734 54  
150013 80 730 627 957 151094 14 978 152100 78 660  
153053 163 269 675 154139 97 296 433 683 923 155098  
257 (400 000) 316 17 412 84 706 14 962 156464 157182  
689 749 931 158117 97 349 659 613 159028 354 421 643  
84 (200) 792 806 946  
160170 297 421 611 790 74 (200) 161093 313 81 459 609  
948 (200) 162394 (200) 90 533 35 847 163024 70 266 300 450  
624 631 892 880 164019 405 16 843 165078 190 97 231 316  
764 166045 342 394 412 608 631 167828 820 90 168031  
106 375 169036 439 621 86 610 63 711 849  
170182 369 97 487 626 613 839 (200) 171091 292 434 78  
602 3 18 59 (200) 943 172012 117 442 604 (200) 979 173178  
279 699 810 930 174072 593 91 849 703 904 93 175032 395  
434 33 97 838 85 542 44 736 953 176029 399 662 832 67  
177304 75 616 843 943 62 178000 189 65 236 50 (200) 97  
666 80 179003 12 93 322 449 686 879 956  
180304 544 651 181200 343 182080 201 24 73 (60 000)  
190 15 17 417 (200) 41 693 740 (200) 964 183333 604 9  
184090 796 690 185099 117 50 489 621 614 803 66 918 186074  
199 358 67 675 730 68 809 187097 175 349 426 69 688 703  
813 14 962 188204 43 62 309 436 67 607 610 17 189109 294  
315 461 629  
190409 801 957 (200) 191018 36 218 644 77 192028  
68 278 94 889 997 193194 90 417 502 6 819 39 194080 246  
(200) 642 637 55 992 195071 282 347 854 870 196213 41  
67 534 610 743 197076 126 617 965 198097 349 652  
834 97 919 63 199044 (500) 741 905 60 (200) 70  
200091 (200) 105 291 432 76 892 171 (200) 812 74  
201904 499 637 82 802 014 202112 224 46 706 203222  
204016 118 335 45 (200) 410 802 901 94 205230 406 711  
206091 376 698 730 67 834 207223 502 621 602 23 993 36  
85 208004 (400) 349 708 33 64 61 837 (200) 60 209332  
411 19 67 818 84 751  
210004 875 211055 182 89 373 784 984 212767 213071  
102 13 308 670 815 69 968 90 214104 298 22 (200) 414 654  
835 992 216294 828 39 216042 665 693 66 794 899 217354  
423 63 667 699 615 218077 180 203 36 889

### 4. Preussisch-Süddeutsche (230. Königl. Preuss.) Klassenlotterie

2. Klasse 2. Ziehungstag 14. Februar 1914 Nachmittag

Bei jeder gezogenen Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die gleiche Nummer in den beiden Abteilungen I u. II.

Nur die Gewinne über 96 M. sind in Klammern beigefügt. (Ohne Gewähr u. St.-H. f. B.) (Nachdruck verboten)

14 290 (200) 47 789 1096 379 625 69 717 2081 104 256  
75 284 651 3048 62 (200) 274 411 96 4104 213 18 (200) 36  
89 327 35 410 784 58 804 900 35 71 85 5136 303 27 589 93 723  
89 886 900 49 93 6029 47 242 346 678 674 865 7210 608 707  
8889 492 609 633 642 933 58 9025 63 63 (200) 118 94 290  
617 919  
10003 948 64 408 623 63 716 11224 61 570 678 788 12077  
128 463 652 84 658 776 883 920 13144 933 14103 39 613 744  
79 195 907 63 64 79 19200 311 21 408 603 630 93 (400) 878  
(200 000) 977 18114 326 63 430 32 34 877 770 (200) 802  
(200) 17020 173 359 349 466 613 736 18309 64 (200) 19163  
361 408 10 86 660 696 709 12 628 82 953 99  
20158 433 679 716 833 62 21248 305 649 58 22292 99  
118 383 793 821 71 968 23063 623 646 766 24000 74 890  
700 26173 685 81 26183 89 229 843 876 81 703 9 50 807  
27202 363 681 771 801 26 (200) 941 28061 303 26 621 739  
631 924 29249 362 (200) 891  
30105 556 91 458 997 31064 362 470 896 32167 279 462  
65 754 862 80 33076 329 515 617 47 726 71 34703 634 35087  
380 69 342 630 613 643 940 36186 92 312 619 50 640 701 879  
617 63 37069 328 463 518 663 945 38037 229 479 667 793 543  
39419 541 614 26 916 (200) 38  
40009 30 162 411 33 641 894 981 41613 69 78 93 42192  
204 300 89 628 50 652 745 43139 211 70 396 436 62 633  
44063 303 454 45277 98 327 609 14 708 987 46143 60 809  
607 47479 740 61 68 806 923 48044 341 415 191 653 762  
612 48126 384 843 903  
50177 107 63 762 823 911 51068 361 672 52917 648  
708 53179 323 75 788 944 54261 343 444 526 58136 341  
78 458 737 66 50043 63 203 60 308 463 86 89 890 68 (200)  
969 81 58 87404 678 81 712 50404 612 664 811 906 59100  
212 (200) 628 46 666 936 (200)  
60175 819 (200) 636 94 732 61747 85 62269 350 608  
60 800 (200) 23 79 631+6 203 411 631 22 742 97 846 64415  
603 93 64 740 691 924 65601 743 66043 336 521 609 722  
625 67113 649 689 68185 245 373 682 903 84 (200) 69417 908  
70400 60 410 613 612 32 858 91 99 983 71070 124 262  
81 72180 (200) 97 382 607 62 809 67 819 73010 340 478 601  
74176 422 689 89 76330 600 58 629 727 78044 289 419  
60 806 77003 527 46 654 787 78068 170 300 67 763 78369  
92 356 86 180001 89 92 63 877 796 923 77  
80139 64 296 308 726 821 913 81051 296 261 92 403 29  
878 999 82622 640 833 83668 801 697 84298 339 36 62  
411 21 44 770 829 31 85328 402 81 600 924 88003 259 711  
929 63 87136 48 59 202 329 893 (200) 696 783 869 88060  
138 44 460 320 705 807 (200) 679 89370 640 849 97  
90986 289 66 75 342 44 508 19 724 72 851 921 91343 (200)  
404 63 639 951 92008 197 398 497 93011 120 381 410 41 63  
604 22 (1000) 90 (200) 740 876 946 64 94310 457 616 628



Wochen-Spielplan der Berliner Theater.

Königl. Opernhaus. Sonntag: Der fliegende Holländer. Montag: Fidelio. Dienstag: Romeo und Julia. Mittwoch: Cavalleria rusticana. Donnerstag: Madama Butterfly. Freitag: Carmen. Sonnabend: Lohengrin. (Anf. 7 1/2 Uhr.) Sonntag: Die Hugenotten. Montag: Lohengrin. (Anf. 7 1/2 Uhr.)

Reifer von Lindor. Abends: Mardragola. Montag: Die Fäbän. Dienstag: Sigaros Cabaret. Mittwoch: Mardragola. Donnerstag: Der Troubadour. Freitag: Manon Lescaut. Sonnabend: Die Hugenotten von Nürnberg. (Anfang 7 Uhr.) Sonntag: Parsifal. (Anfang 7 Uhr.)

Kasino-Theater. Sonntagnachmittag 4 Uhr: Ruffeliebe. Abends: Die alte Weibchen. (Anfang 8 Uhr.)

Deutsches Theater. Sonntag: Romeo und Julia. Montag: Der Kaufmann von Venedig. Dienstag: König Lear. Mittwoch: König Heinrich IV. 1. Teil. Donnerstag: Romeo und Julia. Freitag: König Heinrich IV. 2. Teil. (Anf. 7 Uhr.)

Reifen-Theater. Sonntagnachmittag 3 Uhr: Gretchen. Abends: Hobeil - der Franz. (Anf. 8 Uhr.)

Table with 4 columns: Wasserstand, am, seit, Wasserstand, am, seit. Lists water levels for various locations like Remel, Müst, Bregel, etc.

Möbel-Engros-Lager. Wir liefern direkt an Privats als Spezialität: gediegene Ein-, Zwei- u. Drei-Zimmer-Einrichtungen. Albert Gleiser, Berlin C. 33, Alexanderplatz.

Jedes Wort 10 Pfennig. Das fettgedruckte Wort 20 Pf. (zuletzt 2 fettgedruckte Worte). Stellensuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pf.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pf. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe. Teppiche! (schlechte) in allen Größen, fast für die Hälfte des Wertes. Teppichlager Strim, Gieseler Markt 4. (Anf. 10 Uhr.)

Monatsanläge. Valeris, großes Lager. Jede Figur, fast man am billigsten beim Kaufmann; jede Veränderung nach Wunsch in eigener Werkstatt.

Yeha Prozent Rabatt Vorwärts-letern. Gardinenreife, Fenster 1,50, 1,95, 2,45, 2,85, 3,50, 4,25, 5,50, 6,85 ufm.

Federbetten. Stand 11,00, 16,00, hochste 21,00. Herrenbetten, Damenbetten, silberne 4,00. Leihhaus Dren.

Wohnungsmöbel. Kleiderkasten, Kommoden, Schränke, etc. in verschiedenen Ausführungen.

Kanarienhähne und Weibchen verkauft. Kanarienhähne, tiefes Gefieder, Brustweibchen, etc.



